

Objekttyp: **Issue**

Zeitschrift: **Das Konzept : die Monatszeitung**

Band (Jahr): **7 (1978)**

Heft 7-8

PDF erstellt am: **30.06.2024**

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

### **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

# das Konzept

Erscheint monatlich an allen Hochschulen, Techniken, Seminarien und andern höhern Schulen der Deutschschweiz: Auflage 32 000

Redaktion: Bruno Baeriswyl, Ruedi Kung, Rolf Nef, Liselotte Suter  
Adresse: Weinbergstrasse 31, CH-8006 Zürich, Tel. (0)1 47 75 30  
Inserate: Inseratverwaltung «das Konzept», Weinbergstrasse 31, CH-8006 Zürich, Tel. (0)1 47 75 30, PC-Konto 80-36651  
Abonnemente: pro Jahr Fr. 18.- (Ausl. 22.-), PC-Konto 80-37626

<b>Inhalt</b>	
<b>Im geteilten Berlin: Deutschland, bleiche Mutter</b>	Seite 2
<b>Neues zur Unterwanderung der UNO durch die Multis: Die leisen Propagandisten</b>	Seite 3
<b>Solarenergie: Profit auch aus der Sonne</b>	Seite 4
<b>NZZ-Luchsinger im Jagdrevier: Eine Satire von N. Meienberg</b>	Seite 5/6
<b>Bauboom in den Bergregionen: Die Ferienstädte in den Alpen</b>	Seite 7
<b>Libyen: Widersprüchliche «grüne Revolution»</b>	Seite 8
<b>Politische Musik: Sind Mozart-Hörer reaktionär?</b>	Seite 9

## Das Anwaltskollektiv zur Presse

Betrachtet man die Presse zum Kröcher/Möller-Prozess, so stellt man fest, dass dieselben Mechanismen der Konditionierung von Meinungen, die in der BRD schliesslich Phänomene wie Sympathisantenhate, Berufsverbot und Rufmord möglich machten, auch in der Schweiz in Teile der Presse eingegangen sind. (...)

Nehmen Sie als Beispiel das Anwaltskollektiv in Zürich, weil es jetzt gerade uns betrifft. Es umfasst 13 Mitglieder und wird ohne Frage weiter wachsen und auch nicht das einzige seiner Art bleiben. Alle, auch die Kanzleimitarbeiterinnen und -mitarbeiter, arbeiten für denselben, bescheidenen Lohn und haben gleiches Mitbestimmungsrecht in allen Fragen.

Ein Zürcher Journalist schreibt aber notorisch über «das von Bernard Rambert angeführte Anwaltskollektiv», obwohl Kollege Rambert ihm ausführlich erklärt hatte, dass dies nicht der Wahrheit entspreche. Derselbe, wie auch andere Journalisten, suggerieren ihren Lesern ohne jeglichen Anhaltspunkt eine Komplizenschaft zwischen Angeklagten und Verteidigern. Wiederrum denselben Journalisten ist die Tatsache, dass die Verteidiger, welche unter Protest ihr Mandat niedergelegt, nachträglich aber noch die Presse gegenüber Erklärungen abgegeben haben, schlechter Anlass dafür, das Anwaltskollektiv, welches durch seine reale Funktionsweise entmündigende Strukturen überflüssig gemacht hat, als

Ganzes lächerlich zu machen, indem er von den «verwirrlichen Regeln einer Gemeinschaft» schreibt, «die notwendige Normen grosszügig auf den Abfallhaufen der Formalitäten wirft».

Überdies bin ich der Überzeugung, dass die meisten Rechtsanwältinnen sich in der Würde ihres Standes verletzt fühlen würden, wenn sie sich, nicht ohne einen Polizisten zu stossen – er zudem noch mithört – zu ihrem Mandanten beugen müssten. Ich glaube, die meisten hätten das Gefühl, sich auf dem «Abfallhaufen der Formalitäten» zu befinden, um mit den Worten des zürcherischen Journalisten zu sprechen. Zugegeben, es ist dann noch eine Frage der Zivilcourage, diesem Gefühl auch Ausdruck zu verleihen. Dort würde es dann wahrscheinlich eher hapern. (...)

Dass es bezüglich der Tatsachentreue und Kommentierungswiese innerhalb der Presse grosse Unterschiede gibt, zeigen neben einzelnen deutschsprachigen Berichten diejenigen etwa von «La Tribune» und «Le Démocrate» sowie von vielen anderen französischen Zeitschriften. Doch wer wüsste es nicht schon längst: Die Kategorie des Anstands, auch in politisch relevanten Auseinandersetzungen, ist in der französischen Schweiz und in Frankreich schon seit je höher entwickelt als in der deutschen Schweiz. (...)

(Auszüge aus der Pressekonferenz vom 26. Juni in Pruntrut)

Was bedeutet das Engagement von linken Anwälten im Pruntrut «Terror»-Prozess?

## «Wir haben die Auseinandersetzung gewagt»

Ein Gespräch mit dem Anwaltskollektiv über seine Rolle und Position im Verfahren

«Der Rechtsstaat hat gesiegt!» verkündete die Presse nach dem Pruntrut Urteil. Im übrigen ist es in letzter Zeit eher still geworden um diesen Prozess. Während die Haltung der Berner Justiz von Anfang an klar und eindeutig war, hat das Verhalten der Verteidiger immer

wieder Anlass zu Fragen und Unsicherheiten gegeben, auf rechter wie auf linker Seite. Ein paar dieser Fragen haben wir dem Anwaltskollektiv gestellt. Wir publizieren hier dieses Gespräch als Diskussionsbeitrag, der, so hoffen wir, auch Reaktionen provoziert.

Das Gespräch führten Beat Schweingruber vom «Konzept» sowie Bernard Rambert, Edi Schönenberger und Hans Zweifel vom Anwaltskollektiv.

Nein, wir haben das bereits an der Pressekonferenz vom 24. Mai dargelegt. **Beni Rambert, Edi Schönenberger und Gian-Andrea Danuser** (der übrigens nicht Mitglied des Anwaltskollektivs ist, sondern vom Büro Leuenberger kommt) sind aus Protest gegen die Vorverurteilung, gegen die Haftbedingungen und gegen ihre eigenen Arbeitsbedingungen zurückgetreten. Es gab in diesem Sinn keinen Streik unter den Verteidigern. Der Rücktritt erfolgte von allen dreien im Sinn eines politischen Aktes, einer offensiven politischen Handlung. Es ist müssig, immer wieder zu protestieren, aber trotz dem Protest dabei sein und eine Gerichtsreise mitzumachen.

solut skandalösen Haftbedingungen und auch mit dem immensen Propagandaapparat gegen die Gefangenen. Der Prozess findet effektiv nicht im Gerichtssaal statt, sondern im Gefängnis, und zwar handelt es sich um einen Vernichtungsprozess.

**Ist der Hungerstreik der Gefangenen das einzige Mittel, gegen die nach wie vor unhaltbaren Bedingungen zu protestieren?**

Nachdem die Rechtsmittelinstanzen den Ausnahmezustand bestätigt haben, unter Bestreitung des politischen Anspruchs der Gefangenen, bleibt der Hungerstreik die einzige konkrete Waffe der Gefangenen gegen das Haftregime.

«das Konzept»: Warum verteidigt das Anwaltskollektiv Angehörige der Terroristenzene?

Anwaltskollektiv: Ein Grund für uns, Angehörige der Stadtguerilla zu verteidigen, ist der: Jeder, der in unserem Staat in Konflikt mit den Strafbehörden gerät, hat einen Anspruch auf Verteidigung. Für eine sinnvolle Verteidigung braucht es aber das Vertrauen zwischen Angeklagten und Verteidiger. Dieses Vertrauen ist nur dann gewährleistet, wenn der Verteidiger die Ideologie des Angeklagten in etwa verstehen kann.

Im vorliegenden Verfahren gegen Gabriele Kröcher und Christian Möller

**Ein Ausnahmegericht fällt auch ein Ausnahmerteil**

Es war uns dabei immer klar, dass einer bleiben musste, und zwar wegen der «Schutzfunktion» für unsere Mandanten. Damit wir die Besuche aufrechterhalten und die Klienten im Gefängnis betreuen und unterstützen können.

Jeder Vorwurf, dass wir unsere Mandanten im Stich liessen, setzt im übrigen voraus, dass man glaubt, ein Verteidiger könne in diesem Prozess bezüglich des Urteils etwas ausrichten. Das wiederum setzt einen Glauben in unsere Justiz, in unsere Klassenjustiz voraus, den wir nicht haben. Das bisherige Verfahren hat gezeigt, dass eine Rechtswidrigkeit die andere jagt. Es mussten im Lauf dieses Verfahrens mindestens neun schikanöse Massnahmen erst- oder letztinstanzlich aufgehoben werden. Im übrigen wurde der Fall vom Bundesgericht als **Ausnahmefall** bezeichnet; es ist zu erwarten, dass die Gerichte auch ein **Ausnahmerteil** fällen werden.

**Und die publizistische Waffe?**

Gerade weil sich die Hauptauseinandersetzung im stillen Gefängnis abspielt, ist es die Aufgabe der Verteidigung, diese Zusammenhänge einer breiten Öffentlichkeit zu vermitteln. Hingegen haben es die linken «Alternativmedien» während des vergangenen halben Jahres nicht für nötig befunden, sich um die Haftbedingungen zu kümmern, geschweige denn sich mit der Politik der beiden Gefangenen auseinanderzusetzen.

**Ist der Prozess politisch noch auswertbar?**

Genau diese Vermittlungstätigkeit wird euch ja übel vermerkt, in der «NZZ» etwa, die euch vorwirft, «Propagandisten der Angeklagten» zu sein. Das Ziel, diesen Prozess politisch und publizistisch auszuwerten, scheint mir nun aber praktisch nicht mehr erreichbar zu sein. Der weitaus grösste Teil der Medien, einschliesslich Radio und Fernsehen, zeigen wenig bis gar kein Verständnis für das Verhalten von Angeklagten und Verteidigung. Das heisst, dass die Öffentlichkeit nur noch einseitig, tendenziös und gespickt mit Vorurteilen informiert wird. Oder schätzt ihr das anders ein?

Diese Einschätzung teilen wir tatsächlich nicht. Die Situation ist zwar heute so – übrigens getreu nach deutschem Muster –, dass die bürgerliche Presse mehr oder weniger totschweigt, was die Gefangenen sagen bzw. was, was wir, als

ihre Verteidiger, heute zu diesem Verfahren sagen. Das war eigentlich auch nicht anders zu erwarten. Das heisst aber noch lange nicht, dass der Prozess nicht politisch auswertbar ist. Es fragt sich nur, auf welcher Ebene und in welchem Zeitpunkt.

Nach unserer Auffassung ist es langsam höchste Zeit, dass sich die gesamte Linke einmal um das kümmert und es ernst nimmt, was sich in diesem Prozess – in all diesen Prozessen – abspielt. Denn diese Verfahren machen Schule. Das sieht man bereits heute in der Bundesrepublik. Die Muster dieser Prozesse werden bei sogenannten sekundären und tertiären Prozessen übernommen, das sind Prozesse gegen AKW-Gegner oder andere Genossen. Darum muss das, was hier passiert, zwangsläufig die gesamte Linke etwas angehen.

Im weiteren wird dieser Prozess vom Staat als Vorwand für eine allgemeine

differenzierter anzuschauen, und nicht selber Opfer der bürgerlichen Presse wird. Bisher hat man von der linken Szene alle möglichen Formen von Distanzierung erfahren und wenig Ansätze zur effektiven Auseinandersetzung.

**Heisst das, dass sich Eure Öffentlichkeitsarbeit nicht an die bürgerliche Öffentlichkeit richtet, sondern vor allem an die Linke?**

Unsere Arbeit hat sich immer an die Linke gerichtet, weil wir nie daran geglaubt haben, dass die bürgerliche Presse sich gleichsam als Vehikel für unsere Arbeit eigne. ... und das hat sich nicht geändert.

Natürlich werden wir auch weiterhin versuchen, die bürgerliche Presse zu informieren bzw. mittels der bürgerlichen Presse Informationen durchzubringen, wir werden weiterhin Pressesprecherequivalents vorbereiten und Pressekonferenzen durchführen. Der Kampf muss ja auf allen Ebenen geführt werden. Und solange die Presse überhaupt berichtet und sagt, dass etwas los ist, so ist das immer noch politisch effizienter für uns, als wenn sie etwas totschweigt, wie etwa heute in der Bundesrepublik. Dort wird

### Wer bezahlt?

Die Prozesskosten (bis heute 30 000 Franken, bis im Herbst 50 000) sind praktisch noch ungedeckt. Die Angeklagten sind mitleidlos; das Anwaltskollektiv erhält aber auch – entgegen allfälligen Vermutungen – kein Geld aus dem deutschen «Untergrund», sondern ist darauf angewiesen, mindestens einen Teil der Kosten durch Spenden hereinzubringen:

**PC 80-4707, Anwaltskollektiv Zürich (mit Vermerk: Prozesskosten Pruntrut)**

nun erachten wir uns als geeignet, diese Leute zu verstehen. Denn ihr Ziel – die Änderung der gesellschaftlichen Verhältnisse – ist auch unser Ziel. Auch wir führen diesen Kampf gegen die Unterdrückung durch Wirtschaft, Staat und Kapital, wenn auch auf anderer Ebene und mit andern Mitteln.

Ferner sind wir der Meinung, dass die Stadtguerillas, Vertreter von bewaffneten Organisationen, die sogenannten Terroristen oder wie man sie auch nennen will, unserer Meinung nach eindeutig zur linken Szene, zur linken Bewegung gehören. Dies zeigt auch ihre Geschichte: Man muss klar sehen, dass die RAF und auch der «2. Juni» direkt aus der 68er-Bewegung und deren Vorgeschichte hervorgegangen sind.

### Eine linke Infrastruktur

Das Anwaltskollektiv will ja eigentlich für Unterprivilegierte da sein. Kann man Terroristen zu diesen zählen?

Es stimmt, dass wir zum Ziel haben, Unter- und Nichtprivilegierte zu vertreten und ihnen zu ihrem Recht zu verhelfen. Das ist aber nur ein Ziel. Daneben haben wir aber selbstverständlich auch das Ziel, innerhalb der Linken eine juristische Infrastruktur aufzubauen und darzustellen. Wir haben auch in anderen politischen Prozessen verteidigt, zum Beispiel das Demokratische Manifest oder die Gewaltfreie Aktion Milchbuck-tunnel (Widerstand gegen den Expressstrassenbau durch Zürich). Die Frage, ob die Vertreter bewaffneter Organisationen nun zu den Unterprivilegierten gehören oder nicht, erübrigt sich deshalb.

Warum haben sich drei von ursprünglich vier Verteidigern zurückgezogen? War das Ausdruck eines internen Konfliktes?



«Terrorismus»

Aufrüstung gegen die linke Bewegung benutzt; gegen die Bewegung der Arbeiter am Arbeitsplatz, gegen die AKW-Bewegung und andere.

### Mehr Auseinandersetzung von der Linken

Wir betrachten es nach wie vor als eine unserer Hauptaufgaben, den politischen Charakter des Verfahrens transparent zu machen. Wir haben nie erwartet, dass die bürgerliche Presse da gross mitmacht und auch nur einigermaßen «fair» über diesen Prozess berichten würde. Wir erwarten aber, dass sich die linke vermehrt mit diesem Verfahren auseinandersetzt und auch versucht, die Sache

in der Presse praktisch nichts mehr über diese Prozesse geschrieben.

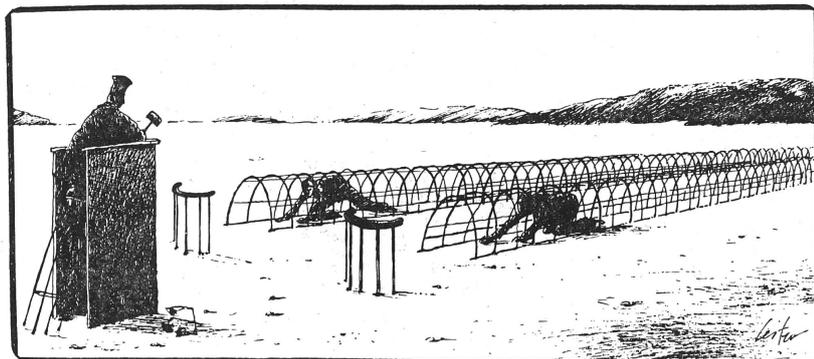
Ausserdem ist es jederzeit möglich, dass die Justiz weitere Fehler macht, noch gravierendere als die bisherigen, und dass diese Fehler dann doch von der Presse als Verletzungen aufgegriffen werden.

### Soziales Engagement ohne grundsätzliche Kritik undenkbar

Von rechter Seite wird es offen formuliert, aber selbst aus linken Kreisen wird die Meinung vertreten, das Anwaltskollektiv liesse sich von den Angeklagten für die Ziele des «2. Juni» bzw. der RAF instrumentieren. Stimmt das?

Erstens: Das Anwaltskollektiv hat 13 Mitglieder (9 Anwälte und 4 Mitarbeiter), und von diesen 13 Personen sind zurzeit fünf in der Verteidigung von Pruntrut engagiert, und auch die nicht vollzeitlich. Unsere juristische und politische Arbeit an den übrigen Verfahren geht also wie bisher weiter.

Leichtfertig wird die Etikette «Obstruktionsanwälte» Leuten angeheftet, die in einem Kollektiv mitarbeiten, das versucht, über 2000 minderbemittelten Rechtssuchenden pro Jahr zu ihrem kleinsten Recht zu verhelfen, von denen ein grosser Teil sonst wahrscheinlich gar keinen Rechtsanwalt aufsuchen würde. Bis heute haben sie sich durch solche Etikettierung von «Terroristen»- und «Obstruktionsanwälte» nicht davon abhalten lassen, unseren Beistand in Anspruch zu nehmen, im Gegenteil. Diese Seite des Engagements lässt sich schwer direkt angreifen, wiewohl ein solcher Angriff von gewissen Kreisen sicherlich gewünscht ist. Umgekehrt lässt sich soziales Eng-



Kritik an unserem Schulsystem aus der Sicht eines Mittelschullehrers

## Schulen dienen nicht der Bildung

Von unserem Mitarbeiter Jürgmeier

«Ich rede nicht von Ausnahmen, nicht von einer bestimmten Schule, ja nicht einmal von einem bestimmten Land», erklärt Hans Hehlen, Zürcher Mittelschullehrer, zu seinem soeben erschienen Buch «Selektion». In dieser Publikation zeichnet er die Schulwirklichkeit an verschiedenen Schülern und Lehrern sowie an deren konkreter Schulsituation auf. Hehlen nennt keine Namen, will nicht einzelne Lehrer oder Erziehungsdirektoren anklagen. Er stellt ein Schulsystem in Frage, mehr noch: ein Gesellschaftssystem. Im zweiten Teil des Buches leistet er in diesem Sinne eine umfassende Analyse der Mittelschule und ihrer gesellschaftlichen Funktion.

Die Mittelschule – die Schule im allgemeinen – hat in erster Linie einen Selektionsauftrag. Bildung kommt an zweiter Stelle. Da werden weder Fähigkeiten noch Talente der Menschen gefördert. Hier wird endgültig die «Sprache von Weizsäcker» die «Masche» von der «Elite» geschieden.

Das Gymnasium selektioniert das als minderwertig diffamierte, «leistungsgarmer», «dumme» und sozial schlecht gestellte «Schülermaterial» vom als hochwertig gefeierten «leistungsstarken» und sozial besser gestellten «Schülermaterial» ab. Die Selektion nach Gesichtspunkten der Einkommens- und Kapitalqualität, – Ob eine oder einer den Weg in die Elite schafft, hängt weniger von Fähigkeiten als von freien Eliteplätzen ab. Eine Elite ist eben nur eine Elite, wenn sie eine bestimmte Grösse nicht überschreitet.

### Die Fänge des Notendurchschnitts

Dazu ein konkretes Beispiel aus der Schule: Viele Lehrer gehen bei der Notengebung davon aus, dass ein bestimmter, konstanter Teil der Klasse eine ungenügende Note erhalten muss. Steigt der Klassendurchschnitt leistungsmässig an, wird der Notenmasstab verschärft. Der «schwächere» Teil der Klasse bleibt – trotz gesteigerter Leistung – im Bereich der ungenügenden Noten stecken. «Kam ein Schüler ist bereit, von dem Abkamm der Lehrer zu lernen, seine «Fehler» abzulegen, denn Jahre der Erfahrung lehren: mit unbedeutenden Abweichungen wird einem stetsfort dieselbe Zensur angemessen, selbst wenn einer sich zu verbessern will, zollt er, er kriegt niemals die bessere Note, denn der Deutschprofessor unterliegt der «Amtspflicht zu selektionieren». «Und wehe, wer als Lehrkraft dieser Pflicht nicht gerecht wird! Wer keine angemessene Zahl ungenügender Zensuren ausstellt, wird nicht mehr in die Zelle der Elite in vernünftigen Rahmen zu halten, wird nicht mehr oder nur für beschränkte Zeit wiedergewählt.

Der Erziehungsdirektor des Kantons Zürich schlägt in einer Unterhaltungs- sendung des Radios zurück. Interview \* Hans Hehlen, Selektion. Aufsteigen, Absteigen, Beharren: Bildung als Herrschaftsmittel des Menschen über den Menschen am Beispiel einer Mittelschule. Verlagsgesellschaft 1978. Vorwort von Alexander J. Seiler.

von Showmaster, berichtet er, man habe am Gymnasium nun statistische Erhebungen getätigt und ermittelt, dass die Biologielehrerin auf 723 ausgezählte, von ihr erteilten Noten nur deren zehn ungenügende gegeben habe, das heisst 1,38 Prozent, während der Durchschnittslehrer elf Prozent seiner Noten als ungenügende erteile.

### Kaderlieferant von Industrie und Staat

Der wesentliche Auftrag der Mittelschule der Volksschule besteht in unserer arbeitsteiligen Gesellschaft darin, der Wirtschaft und dem Staat die gewünschte Zahl von Kadern zu zuweisen und den grossen Rest in die Niederungen gewöhnlicher Lohnarbeit abzusenden. Bildung ist für den Staatsapparat, der solche als Herr der hauptsächlichsten Institutionen wie Mittel- und Hochschulen fast allein zu vermitteln weiss, nicht, wie es der Geist der Verfassung will, eine «Freiheit» und nicht, wie der ... Staatskundler lehrt, ein «Bürgerrecht», sondern eine nach wirtschaftlicher Notwendigkeit, wie herrschaftsorientierte akademische und andere Gruppen sie verstehen, zu richtende Zulieferungsverpflichtung, die er zu erfüllen hat ...»

### Bessere Erfolgchancen für Oberschicht

So erweist sich Erfolg oder Misserfolg an einer Mittelschule im wesentlichen als Lotterie. Die Treffer sind – wie in jeder Lotterie – sehr beschränkt. Allerdings: Zufällig ist das Ausschneiden bzw. Reinsortieren dieser oder jener nicht. Die oberen sozialen Schichten haben in diesem gezinkten Lotto mehr Treffer zu verzeichnen als die unteren. «Angenommen und behalten werden in der Regel die Söhne und Töchter bevorrechteter Eltern, weggewiesen diejenigen, die aus der Unterklasse kommen.»

Das hat verschiedene Gründe: Eltern aus unteren sozialen Schichten können ihren Kindern häufig den Weg in eine Mittelschule aus finanziellen Gründen nicht freihalten. Sicher aber können sie ihren Kindern ausserhalb des Gymnasiums eine Nachhilfeleistung zahlen oder sie im Falle des «Versagens» über die Hintertreppe der Privatinstitute in den «Tempel der Weisheit» einkaufen.

Wer als Arbeiter- oder Angestelltenkind an einer Mittelschule erfolgreich

sein will, muss sich den Gepflogenheiten der Oberschicht anpassen. So gerät er in oftmals leistungsmessenden – Konflikten mit seiner Herkunftswelt, in der Hölderlin und Relativitätstheorie genauso unbekannt sind wie Leguminosen und Integralrechnung. Er muss seine angestammten Sitten, seine eigene Sprache verleugnen, recht eigentlich die eigene Klasse verraten, wenn er den Aufstieg schaffen will. «Wer sich auf privilegierte Herkunft stützen kann, wessen soziales Niveau in das Niveau des Gymnasiums fugenlos überleitet, der hat Vorsprung vor seinen Konkurrenten, die neben der Schularbeit den Grübeleien sozialer Aufstiegsirren ausgeliefert sind.»

### Ideologie statt Bildung

Gewiss, das Gymnasium leistet auch anderes als Selektion. Es «bildet» auch. Aber wie und was? «Die Schulen», sagen die Lehrer, «dienen nicht so sehr der Erkenntnis und dem Denken als der Einübung von Arbeit, Arbeitsmoral, Stärkung des Arbeitswillens; an den Schulen des Landes wird das Arbeitsprinzip dem Erkenntnisprinzip vorgezogen, und Arbeit, das ist unter den Lehrern weiter nicht strittig, bringt Unlust ...»

Arbeit nach solchem Verständnis meint nicht Tätigsein für die Befriedigung notwendiger, menschlicher Bedürfnisse mit Nahrung, Kleidung, Wohnung, medizinischer Therapie usw. ... Arbeit nach Schulvorstellung ist Aktivität, die Schüler und Lehrer zur Unterwerfung unter den universellen Zwang lobbestimmter, von ihnen selbst nicht gewählter noch organisierter, ihnen niemals transparenter und nicht diskutierbarer Erwerbsarbeit disziplinieren soll. ...»

Arbeit und Leistung sind die Grundpfeiler der «Bildung», die da vermittelt wird. Das ist mehr Ideologie, weniger Bildung, Leistungs-ideologie, zum Beispiel: «Umwelt zu zerstören oder dies nicht zu verhindern gilt als Leistung. Zweitwagen zu produzieren und zu verkaufen, Zigaretten aufzuschwatzen, Alkohol und Drogen herzustellen, zu verkaufen und dabei hohe Profite zu erzielen gilt als Leistung.»

Herstellung von Gütern unter Dominanz von Rentabilität, deren Verteilung an zahlungsfähige Verbraucher, ihre Vernichtung angesichts zahlungsunfähiger Bedürftiger, Produktion von Überflüssigem und Verschleissware für Geldprivilegien, Mangel, Hunger, Krankheit und Tod von Millionen von Nicht-Geldbesitzern gilt als Leistung ...»

### Eliteschule des Faschismus

Die Mittelschule hilft mit, elitäre Herrschaftsstrukturen aufzubauen und zu erhalten. Weltkriege, nach deren Ausbruch der Wirtschaftsauftrag ist als papierne Verschleierung der Wirklichkeit. Die Mittelschule als demokratische Bildungsinstitution hat versagt. Sie ist nichts mehr als eine Schule der Elite, jeder Elite.



### Zeitgemässer Verbesserungsvorschlag für das Pestalozzi-Denkmal

Neu: Mundbinde gegen politische Äusserungen des Lehrers  
Neu: Fussfessel (Leistungsdrill), um dem Schüler kapitalistische Ordnung einzuäubern

«Und 1933, 1939, 1945? Die Clique der bevorrechteten deutschen Staatsmänner, Beamten und Offiziere, Techniker, Wissenschaftler und Ideologen, die von der Geschichte berufen waren, ihren Freiraum in zwei Weltkriegen zu beweisen, sie sind fast alle vor dem unbestechlichen Blicke ihrer Studienreife und Oberlehrer auf die Seite der Seelenlosen, Geistbegabten und Verantwortungsbefähigten verwiesen worden, während Millionen von deutschen Jugendlichen sich von diesen Herren der

Zuchtwahl ihre Verbannung aus dem Reiche von Geist und Privileg gefallen lassen mussten, um das ganz ausserordentliche Leistungsvermögen der Elite nicht zu verkleinern.

### Elitäres Pamphlet gegen die Elite

Man wird Hans Hehlen sein Buch nicht verzeihen. Wer aus der Schule plaudert, wer den Gortenschein unserer Elitebildung zerschlägt, wird aus dieser Elite verstorben, zu den «Gemeinen» verjagt.

Für seinen Mut zu Hans Hehlen zu danken. Denn: Er wird wenig Lob ernen. Kein Lob von der Elite, die er verwirft. Kein Lob von den vielen, denen Bildung vorenthalten wird. Denn: Hehlens Buch ist in der Sprache der Elite geschrieben. Eben: zu wenig deutsch und deutlich. Und hier liegt seine Schwäche, die er mit vielen Linken – ich will mich selbst nicht ausnehmen – gemeinsam hat: Er hat sich die Sprache der Herrschenden aufzwingen lassen. Und spricht sie weiter, als müsste er – noch als Ausgestoßener – wenigstens mit der Sprache beweisen, dass er ein rechtmässiges Mitglied der Elite sei. So bleibt das Verständnis gesellschaftlicher Kritik denen vorbehalten, die an ihr nicht interessiert sind, weil sie ihre eigene Herrschaft in Frage stellt. Diejenigen aber, denen Gesellschaftskritik und -veränderung zum existenziellen Bedürfnis werden müssten, werden durch die elitiäre Sprache von ihr ausgeschlossen.

von abgerissenen Häusern, oder Häuser mit vermauerten Fenstern. Es riecht nach Krieg, nach dem letzten und dem nächsten.

Auf diese Weise konnte verhindert werden, dass der massenhafte Auszug der Westdeutschen, die millionenweise in die DDR strömten, endlich gestoppt wurde und der Aufbau des Sozialismus nun ohne Überlastung vor sich geht.

Deshalb wohl sind auch die Zöllner der DDR contre coeur so rabauzig, misserlich, frohes Naturreich unterdrücken, weil sie nicht wünschen können, dass es uns zu sehr gefallen möge in Ost-Berlin, der Staat ist bereits überfüllt. Wir kommen aber am Checkpoint Charlie doch über die Grenze, nach einer Kontrolle von gut 50 Minuten. Deutschland im Sommer. Die westdeutschen Zöllner sind zwar seit Schleyer ebenfalls tüchtig, aber zu solchen Spitzenleistungen des Durchleuchtens noch nicht fähig. Wenn man hier filmen könnte ...»

Die Polizisten sind auch wacker. Nicht etwa brutal, nur hoch paternalistisch, eine Super-Schweiz der Uniformen, man ist daheim. Der Volkspolizist, nachdem man in einer sozusagen nicht markierten Einbahnstrasse gestoppt worden ist, wo jeder zweite Fremde zahlen muss, kassiert nicht einfach die Busse, sondern sagt, nachdem er den Pass gesehen hat: Herr Meienberg, haben wir eine Verbotstafel nicht beachtet, gibt den Pass zurück, sagt: Herr Meienberg, ich werde mich noch mit Ihnen befassen müssen, befasst sich eine Viertelstunde mit dem Fall, geht in sein Polizeiauto, kommt zurück. Sie kriegen jetzt eine Quittung von mir, sobald Sie mir 30 Mark gezahlt haben; und der Zöllner, welcher den Zwischenfall beobachtet hat, hebt den Schlagbaum erst, nachdem er didaktisch-räsonnabel seinen Kommentar gemacht hat, das nächste Mal werden wir aber gewiss die Augen offenhalten!

Dann die letzte Massnahme vor der Rückfahrt nach Berlin-West. Ein farbiger Spiegelchen wird unter den Wagen geschoben, damit kontrolliert sie, ob man ein Bürger der DDR die Republik blickt und nicht, und ein solcher unter dem Auto hängt. Der Spiegel ist leicht schräg gestellt, so dass die ganze Unterfläche bequem erfasst werden kann, wenn dieser tüchtige Apparat dem Autorand entlangfährt.

## Deutschland, bleiche Mutter ...

Von Niklaus Meienberg

Zum ersten Mal in Berlin, der geladenen Stadt. Spurensicherung (reperages ...) im Zusammenhang mit Buch und Film über den Attentäter Maurice Bavaud (1916-1941), schweizerischer Theologiestudent aus Neuchâtel, der 1938 ein Attentat auf Hitler plante, welches jedoch nicht gelang\*. Maurice Bavaud wurde 1941 im Mai enthauptet vom Pferd Metzger Rötger und seinen Gehilfen, in Berlin-Plötzensee.

Rötger gehörte anscheinend nicht zum Justizpersonal, war ein freischaffender Henker, pro Kopf wurde ihm ein angemessener Stücklohn vergütet. Die Akten, welche das belegen, sind trocken abgefasst wie alle Akten. Er soll, wie man uns im Berliner Justizsenat sagt, nach dem Kriege Selbstmord gemacht haben. Aus den Richterakten, welche allein in Plötzensee während des Dritten Reiches an die 2400 Menschen in den Tod schickten, wurde kein Selbstmord gemeldet. Die Herren, welche nach dem damals geltenden Recht streng gerecht gerichtet hatten, wurden vorerst unbeschädigt in den Justizapparat der Bundesrepublik übernommen. Erst viel später wurde einigen empfohlen, sich vorzeitig pensionieren zu lassen, aber ein Zwang bestand diesbezüglich nicht. Wie der ehemalige Marinestabsrichter Filbiner sagte: «Was damals rechtens war, kann heute nicht Unrecht sein» (heute Ministerpräsident von Baden-Württemberg).

Und jetzt sieht man also den Hinrichtungsgruppen in Plötzensee, welcher vom noch immer funktionierenden Gefängnis, heute Jugendstrafanstalt, mit einer Mauer abgetrennt und zur Gedenkstätte umgebildet wurde. Als die Guillotine, welche von den sprachbeubten Deutschen «Fallbeilgerät» genannt wurde, einmal durch Bomben beschädigt worden war, hat man die Verurteilten, die bereits einen Aufschub der Hinrich-

tung erhofften, an Metzgerhaken aufgehängt.

Die sind auch noch zu besichtigen. An der linken Wand ist ein Stück mit Plättchen verkleidet. Dort war früher ein Lavabo, wo sich das Vollzugspersonal die Hände waschen konnte, nachher.

Hängen macht weniger schmerzhaft als köpfer, wo spritzend befeuchtet werden mussten. Für das Waschen der Berufskleidung konnten Spesen verrechnet werden.

Das Todeshaus steht nicht mehr; es hat unter den Bomben gelitten. Dort wurden die Delinquenten aufbewahrt, bevor mit einer Kamera der Schauspielplatz erfasst wird. Also läuten am Gefängnistor. Sofort automatische Öffnung, sichtbar zwei Beamte hinter Panzerglas (gab es im Dritten Reich nicht, aber sonst kaum bauliche Veränderungen auf den ersten Blick). Mündlicher Erlaubnis zum gegenseitigen Anlagern; die Erlaubnis zum Fotografieren muss im Justizsenat geholt werden, bitte Herrn K. verlangen. Beim Austritt unübersehbar, inwendig am Gefängnistor, der grosse Streikbrief mit Terroristenporträts. Automatische Schliessung.

Am Telefon dann der speeditive Herr K. an der linken Wand. Er fragte, ob es schwierig, Begleitpersonal für unser Rundgang durchs Gefängnis abzustellen. Wir haben ohnehin gegenwärtig eine verdünnte Personaldecke. Wir konnten dann doch hinein, die Decke liess manchmal den Inhalt durchscheinen: jugendliche Gefangene. Die Anstalt ist jetzt in drei Zonen farblich gestrichen, aber gesamthaft immer noch die strengen Backsteine. Mitten drin eine neugotische, zweitürmige Kirche, fast schon Kathedrale. Funktioniert auch noch, wie damals. Ohne die Tröstungen der hl. Religion wurde bis 1944 nicht hingerichtet.

Dann ein Abstecher zur Mauer, und hinüber. Von einer Plattform aus sieht man historische Militärpersonen, die sind gekleidet fast wie die Wehrmacht, Kragenspiegel, Stiefel, Militärhut, sozusagen wie damals, nur die kleidsame Helmform setzt einen neuen Akzent (russisch). Da wird gute preussische Tradition aufrechterhalten. Kann aus den alten Filmen, dieses Kostüm. Die Mauer und das übrige Befestigungssystem sehen auch sehr gelungen aus. Eine Art von Röhren, ganz oben, damit man abglimmt mit den Händen. Und den Hochsprung immer wieder übt. Spitzensportler der DDR wurden auf die Mauer angesetzt, sagt mir der Schützerler F., um zu testen, ob deren Überwindung einem gestählten Menschen noch möglich sei. Man kann den Sport nie genügend fördern. Entsprechend hoch wurde die Mauer dann gemacht. Hinter der Mauer, scheint's, der verminte Streifen. Weil dort niemand wächern kann, die teuren Minen sind dort nicht zu lassen, und weil aber doch zwecks guter Sicht das Gras dort nicht wachsen darf, sieht man leuchtigste Hasen, welche die Vegetation niedrig halten. Staatlich geprüfte und vereidigte Tieren. Nach dem Hasen-Minen-Streifen die spanischen Reiter, Tankfallen, sodann Rest

\* Ein Film von Villi Herrmann, Hans Sturm und Niklaus Meienberg.

## das konzept

Redaktion und Administration: Weinbergstrasse 31, CH-8006 Zürich, Schweiz, Telefon (0) 41 47 75 30, PC-Konto 80-37626.  
Verantwortung: Bruno Biserwyl, Ruedi Küng, Rolf Neff, Liselotte Suter.  
Redaktionsstelle Bern: Fredi Häni, Tel. (031) 25 88 05  
Artikel geben jeweils die Meinung des Verfassers wieder.

Nachdruck nach vorheriger Absprache mit der Redaktion und mit Quellenangabe gestattet.  
Für unentgeltlich zugesandte Unterlagen kann keine Verantwortung übernommen werden.  
Herausgeber: Verein «das konzept» (Mitglieder: Verband der Schweizerischen Studentenschaften, Studentenschaft der Universität Zürich, Verband der Studierenden an der ETHZ).

Erscheinungsweise: Monatlich an allen Hochschulen, Techniken, Lehrerseminaren, Musikkonserwartoren, Höheren Wirtschafts- und Verwaltungsschulen und Schulen für Sozialarbeit der deutschen Schweiz sowie am Kiosk. Auflage 32 000.  
Inserate: Inseratvermittlung «das konzept», Weinbergstrasse 31, CH-8006 Zürich, Tel. (0) 41 47 75 30, PC-Konto 80-36651, 1 sp-mm-Zeile – 62 Fr. (übliche Rabatte)  
Druck und Versand: Tages-Anzeiger, Postfach, 8021 Zürich

Redaktionschluss: Nr. 9: 25. 8. 78  
Inseratenschluss: Nr. 9: 31. 8. 78

Schweizer Multis mausekeln weiter um ein gutes Image in der Welt

# Die leisen Propagandisten

Vor kurzem enthüllte die Entwicklungsorganisation «Erklärung von Bern» mit einer Fülle von Dokumenten die Machenschaften der Schweizer Multis (Roche, Ciba-Geigy, Sandoz, BBC, Sulzer, Nestlé), welche die Uno unterwandern, um Kritik an ihrem Geschäftsgebaren zu verhindern bzw. abzuschwächen. Die Dokumente beweisen, dass die Multis in der Zeit von 1972 bis 1974 die Uno regelrecht unterwanderten, indem sie einen ihnen genehmen Vertreter (Alt-Bundesrat Schaffner) einschleusten, dass dieser dann sogar die Arbeit sabotierte, indem er den Konzernern Uno-interne Papiere zuspielte. Und schon wieder wird ein solcher Fall bekannt: Ende

Mai hielt die Uno-Kommission für transnationale Konzerne ihre vierte Session in Wien ab. Der Leiter der schweizerischen Delegation, Minister Ph. Lévy von der Handelsabteilung, wurde wieder mit «Informationen» der schweizerischen Multis «versorgt», damit er eine den Multis freundliche Rede halten könne. Er hat's denn auch getan, und die Presse nahm eifrig die lebendigen Worte des Politikers auf. Die «Lererzeitung» und «das Konzept» sind gemeinsam diesem neuen Fall nachgegangen und dokumentieren, wie die Propagandastrategie der Konzerne funktioniert und wie die politischen Behörden mitmausekeln.

Deshalb scheint es uns ganz besonders wichtig, dass die Schweiz in diesem Komitee vertreten ist. Wegen der wichtigen Stellung der multinationalen Konzerne in der Schweizer Wirtschaft erlauben wir uns vorzuschlagen, dass, falls ein Schweizer Experte von den kompetenten Uno-Instanzen zugelassen werden sollte, eine Persönlichkeit ausgewählt wird, die die Rolle der schweizerischen multinationalen Konzerne in der Welt sehr gut und wenn möglich aus der Praxis kennt.

Die Handelsabteilung in Bern versteht den Wink der Konzerne mit dem Zaunpfahl und verspricht, in der Sache tätig zu werden. Nur: Der Direktor der Schweizerischen Handelsabteilung, Botschafter Jolles, war ein kluger Taktiker. Anstelle des offiziellen Konzernvertreters Fürer schlägt er den «gouvernementalen» Ex-Bundesrat Schaffner vor aus.

## Leserzeitung

Alternativmagazin

### Zusammenarbeit

In diesen kühlen Sommerwochen wird entfallen viel von Zusammenarbeit der alternativen Blätter der Schweiz geredet. Die Redaktionen der «Leserzeitung» und des «konzepts» wollten dem Gerede auch zu wenig Realität verhelfen. Der Artikel auf dieser Seite ist diese Realität: Er ist gemeinsames Produkt der beiden Zeitungen.

## das Konzept

### Der Delegierte der Schweiz als Spion

Im Hintergrund spielte das Konzernorchester: Die Direktoren der betroffenen Konzerne tagen regelmässig, um die Informationsstrategie zu besprechen. Man will Schaffner, als er in die Gruppe der «Eminent Persons» aufgenommen worden war, als Lautsprecher benutzen. Und Schaffner spielt mit. Er lässt sich von den Konzernern «Informationen» geben.

Und wie beim neu entdeckten «Fall Wenger» spielt auch ein Wirtschaftsmann als «Berater». Damals war das ein Herr Glättli, stellvertretender Direktor bei Sandoz, welcher Schaffner zur Seite stand und für glatte Information aus dem Konzernhauptquartier sorgte. Was dem Fass von Propaganda allerdings den Boden rausgrengte, war der Umstand, dass Schaffner den Multis Dokumente über den Verlauf der Sitzungen der «Eminent Persons» zuschicken liess (über Glättli), obwohl diese Informationen geheim gewesen sind (vgl. Dokument 81). Er wirkt als Saboteur der Anstrengungen der Uno-Gruppe, indem er den Schweizer Multis die Gelegenheit gab, die Argumente zum Voraus zu kennen und darauf gleich in der Gruppe (über Schaffner) antworten zu können.

Schaffner strich den tiefen Bass, der ihm in dieser illustren Guggen-Musik zugewiesen wurden war, mit Inbrunst: Er liess sich von den Multis mit Gegenargumenten versehen, und konkret auf den kritischen Bericht der Uno-Gruppe. Es sei darin zu emotionalen und unhaltbaren Schlussfolgerungen gekommen. Im Interesse eines ausgeglichenen Bildes müssten auch die positiven Seiten der Multis hervorgehoben werden, unter anderem die Tatsache, dass sie Kapital für produktive Zwecke mobilisierten, zu diesem Zweck oft sehr substantielle Risiken eingingen usw. usf.

### Machenschaften aller Art

Schaffner diente aber auch dazu, die relativ kritischen Mitglieder der «Eminent Persons»-Gruppe zu diffamieren, etwa den ehemaligen holländischen Minister Sicco Mansholt («extrem links stehend»), oder den Minister der BRD Hans Matthöfer («ebenfalls extrem links stehend»). Die Multis selber bauten in ihren Propagandafeldzug auch die Ausschaltung eines kritischen Gewerkschaftsvertreters ein (Charles Levinson), indem sie gemeinsam beschlossen, an allen Veranstaltungen durch Abwesenheit zu glänzen, wo Levinson auftrete. Ein weiteres Meisterstück Multi-gerischen Verhaltens ist das Weichmachen von Wirtschaftsjournalisten, damit diese hübsch und brav berichten. Sie werden von den Konzernern regelrecht bearbeitet, behohlet mit geldreichen Aufträgen (Bücherschreiben usw.) versorgt. (Die «Lererzeitung» und «das Konzept» werden dieses Kapitel in einem erneut gemeinsam verfassten Beitrag in einer nächsten Nummer aufschlagen.)

Vom 15. bis 26. Mai dieses Jahres hielt die Uno-Kommission für transnationale Konzerne (Multis) in Wien ihre vierte Session ab. Diese Kommission hat zur Aufgabe, Berichte über das Geschäfts-

Diesen Bericht schrieben Jean-Michel Berthoud von der «Lererzeitung» und Ruedi Küng vom «konzept».

verhalten der Multis zu prüfen und einzuschätzen. Sie gibt Empfehlungen für Transnationale Konzerne in New York Empfehlungen, wie sich die Uno gegenüber den Multis verhalten solle (z. B. «Kodex für gutes Verhalten»). In dieser Kommission für Multis sitzen auch Schweizer Regierungsvertreter, nämlich Minister Philippe Lévy von der Handelsabteilung in Bern und Ed. Jaggi von derselben Abteilung. Weiter sind Regierungsvertreter aus allen UNO-Mitgliedstaaten sowie Vertreter der internationalen Handelskammer, von internationalen Gewerkschafts- und Konsumentenorganisationen vertreten.

### Sprachrohr der Konzerne

Der schweizerische Delegierte, Minister Lévy, gab an der Session zum Thema «Tätigkeit der transnationalen Gesellschaften im südlichen Afrika» ein wohlworbereitetes und nachher in die Presse verteiltes Statement ab. Darin verurteilte er zu Anfang das System der Rassentrennung, schwang sich dann aber zu einer breit angelegten Lobhudelei schweizerischer Multis in Afrika auf. Lévy führte in der Sprache der PR-Steiler der Konzerne aus, eine Tochtergesellschaft eines schweizerischen Multis werde in ihrem Betrieb (7000 Beschäftigte, davon 70 Prozent Schwarze) das Prinzip «gleicher Lohn für gleiche Arbeit» an. Er verschwie aber, dass die Schwarzen fast ausschliesslich für minderwertige Arbeiten eingestellt sind, die Diskriminierung also schon im Vorfeld vorhanden ist. Lévy führte noch weitere Beispiele des holden Verhaltens der Schweizer (Tochter-)Firmen an, ohne daran auch nur einen Makel zu finden.

### Woher kommt die Information?

Dass ein Schweizer Regierungsvertreter in einer wichtigen Uno-Kommission sitzt, ist nicht weiter fragwürdig. Wie er

### Multis als Schmugglerbande

Der Basler Chemie-Multi Ciba-Geigy besitzt eine Niederlassung in Indonesien. Mit der indonesischen Regierung bestand eine Vereinbarung, wonach die Chemiefirma eine «Rimac-nach»-Anlage im Land errichte. Ciba-Geigy erwirkte bei der indonesischen Regierung das Recht (die Konzession), die technische Anlage zollfrei zu importieren. In die Sendung, welche von Basel aus geschickt wurde, schmuggelte die Firma jedoch weitere, nicht unter das Zollfrei-Abkommen fallende Einrichtungen mit ein; durch dieses Mätschen «sparte» die Firma 100 000 Fr. an Zollgebühren ein bzw. entging dieser Betrag dem indonesischen Staat.

(\*) Tuberkulose-Heilmittel

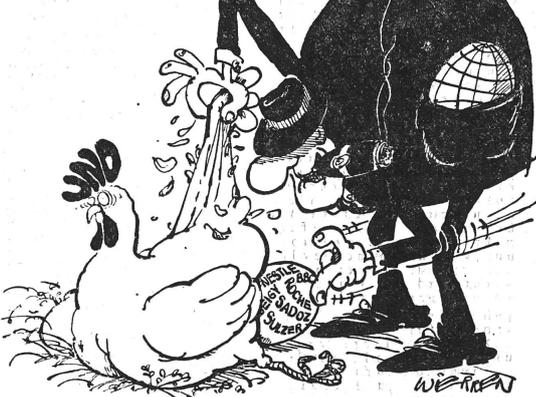
sich darin aber verhält, muss uns interessieren. Welchen Standpunkt nimmt ein Vertreter unserer neutralen Schweiz ein?

Tatsache ist: Vorgänger zur Session der Multi-Kommission wurde von der Schweizerischen Handelsabteilung eine Konferenz der Wirtschaftsverbände einberufen, in welcher die Verbände über das Problem der Multis angehört wurden. Der einzige, welcher an dieser Konferenz kritische Äusserungen vorbrachte, war der Vertreter des Gewerkschaftsbundes.

Tatsache ist auch: Der Leiter der schweizerischen Delegation, Lévy, wurde von den Konzernern mit «Informationen» versorgt. Dies gibt er selber zu in seinem Bericht: Seine Schilderung des prima Verhaltens der Multis fusste auf Angaben der Multis selber: Er bestätigte dies nochmals schriftlich dem Präsidenten der schweizerischen Anti-Apartheid-Bewegung, Pir. P. Rutishauser: «Die in der Erklärung zitierten Beispiele der Tätigkeit schweizerischer Unternehmen in Südafrika wurden Unterlagen entnommen, die mir von den Firmen zum persönlichen Gebrauch übergeben worden waren.» (Brief vom Lévy vom 31. 5. 78).

Damit ist allerdings das Mass des Interesses der schweizerischen Multis noch nicht voll: An den Sitzungen der Multi-Kommission nahm teilweise auch ein

Multi-Brut ...



Vertreter des Chemiekonzerns Ciba-Geigy, Wenger, teil. Ja, er liess die Delegation auch «Informationen» und weiter: Wenger lud nach der Session die Vertreter der Wirtschaft zu einem Essen ein.

### «Nicht ganz richtig ...»

Erstausen muss die Tatsache, dass ein Herr Wenger, Schweiz, auf der Teilnehmerliste der Session nicht figuriert. Nach Auskunft von Delegationsmitglied Jaggi (Handelsabteilung) rührte das daher, dass erstens die Sitzungen öffentlich seien, dass zweitens Herr Wenger «zufällig» in Wien gewesen sei, weil die Ciba-Geigy gleichzeitig einen Managerkurs in Baden (Österreich, bei Wien) durchführte, dass drittens Herr Wenger nur ein bis zwei Stunden anwesend gewesen sei und dass viertens er keinerlei Beraterfunktionen ausübt habe. Diese Auskünfte widerlegen aber klar unsere Informationen, wonach Herr Wenger den Delegationsmitgliedern aus der Schweiz nicht nur ein Essen, sondern auch konzerngerechte Informationen servierte.

Auf unsere Frage, ob denn die einseitigen Informationen (nur von den Konzernern) die Neutralität der Schweizer Delegation nicht verunmöglicht habe, antwortete Jaggi: «Wir haben keine Verantwortung gehabt, an den Angaben der Firmen vor allem nur die positiven Aspekte bekannt, weniger die negativen. Ihre Frage ist sicher berechtigt.» Er meinte weiter, es sei halt schwierig, Informationen von z. B. den südafrikanischen Gewerkschaften (unsere Frage) einzuholen. «Da müsste man halt schon mal selber hingehen.»

An seiner inoffiziellen Teilpräsenz an der Wiener Session der Uno-Kommission im Verein mit der offiziellen Schweizer Delegation der Handelsabteilung kann Herr Wenger, Ciba-Geigy-Konzernstab-Mitglied, ebenfalls nicht aussergewöhnliches finden. Wie sein Kollege Jaggi von der Handelsabteilung schon sagte, war er — wie er uns gegenüber auf Anfrage erklärte — «rein zufällig» dort. Auch seien diese Sitzungen öffentlich, und die Industrien hätten des

### Ph. Lévy, ein Mann auf vielen Stühlen

Minister Lévy von der Schweizerischen Handelsabteilung, Delegierter bei der Uno-Kommission für Transnationale Gesellschaften (und das selbst Sprachrohr der heimischen Multi) übt noch eine weitere, in diesem Zusammenhang brisante Funktion aus: Er ist Mitglied jener OECD-Aufsichtskommission, welche den «Kodex» für gutes Verhalten der Multis überwacht. Die internationalen Gewerkschaften haben das Recht, bei dieser Kommission Fälle anzugeben, wo Multis den Kodex verletzen haben. Diese prüft und urteilt dann. Es sind nun in der letzten Zeit wiederholt Fälle bekanntgeworden, bei welchen diese Aufsichtskommission nicht weiter untersuchte, weil angeblich keine Gründe dafür vorgelegen seien. Bei der Verletzung der Multis mit den Regierungsvertretern kommt allerdings dieses sonderbare Verhalten nicht von ungefähr.

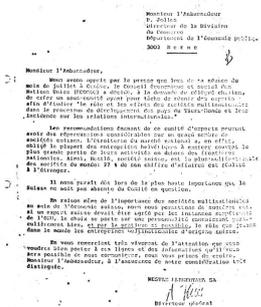
öffern schon Beobachter an solche Sessionsmandat. So auch dieses Mal. Die Angelegenheit ist um so brisanter, als erst vor kurzem die Entwicklungsorganisation «Erklärung von Bern» mit Dokumenten an die Öffentlichkeit gelangt ist, welche eindeutig beweisen, dass die Firmen massiv die Delegierten der Schweiz (damals Ex-Bundesrat Schaffner) beeinflussen und dass die Schweizer Delegation, vor allem Schaffner, als eigentlicher Saboteur der Uno fungierte.

### Schweizer Behörden und Konzerne Hand in Hand

Die Multis kämpfen um ein gutes Ansehen in der Welt. Deshalb wollen sie verhindern, dass in der Presse und in der Uno kritische Berichte verfasst werden, Berichte, die zeigen, dass es den Multis nicht um Entwicklung, sondern um größtmöglicher Profit geht. Dabei scheuen sie auch vor üblen Machenschaften nicht zurück (vgl. Kasten «Multi als Schmugglerbande»).

Als 1972 der «Wirtschafts- und Sozialrat» (ECOSOC) der Uno eine Experten-Gruppe zusammenstellte, welche den Einfluss der Multis auf die Weltwirtschaft schärfen sollte, handelten die Schweizer Multis (Roche, Ciba-Geigy, Sandoz, BBC, Sulzer, Nestlé) im Konzert. Sie versuchten, in diese Gruppe der «Eminent Persons» einen der Ihren einzuschleusen, nämlich Generaldirektor Fürer der Nestlé (vgl. Dokument 8).

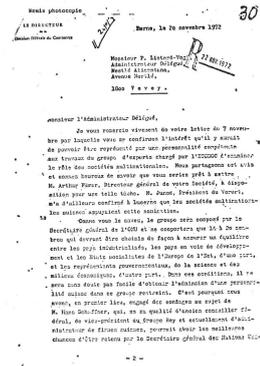
NESTLÉ, ALPI, S.A. 3



Dokument Nr. 8, 31. August 1972: Brief von Nestlé (Generaldirektor A. Fürer) an den Direktor der Handelsabteilung im Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement, Botschafter Jolles.

Durch die Presse haben wir erfahren, dass der Wirtschafts- und Sozialrat der Uno (ECOSOC) an seiner Sitzung vom Juli in Genf auf Antrag des chinesischen Delegierten beschlossen hat, ein Subkomitee zu schaffen, in dem Experten die Rolle und Wirkung der multinationalen Konzerne im Entwicklungsprozess der Länder der dritten Welt und ihre Einwirkungen auf die internationalen Beziehungen studieren sollen.

Die Empfehlungen dieses Expertenkomitees können beträchtliche Auswirkungen auf eine grosse Anzahl von Schweizer Konzernen haben. Die Begrenztheit des nationalen Marktes hat die meisten schweizerischen Unternehmen gezwungen, den grössten Teil ihrer Aktivitäten ausserhalb der nationalen Grenzen auszuüben. So ist die schweizerische Gesellschaft Nestlé der grösste internationale Konzern der Welt: 97 Prozent ihres Umsatzes werden im Ausland realisiert.



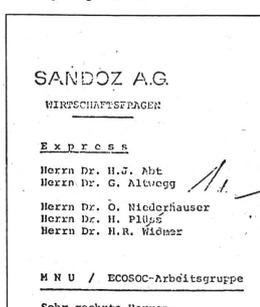
Dokument Nr. 30, 20. November 1972: Antwort der Handelsabteilung (Direktor Botschafter Jolles) an Nestlé (P. Liotard-Vogt, Delegierter).

Wir teilen diese Ansicht (nämlich dass unbedingt ein Vertreter der Schweizer Multis in das Uno-Subkomitee geschleust werden sollte, die Red.) und sind glücklich, wenn Uno-Generalsekretär Herr Arthur Fürer, Generaldirektor Ihres Unternehmens, für eine solche Aufgabe zur Verfügung zu stellen. Herr Junod, Präsident des Vorortes, hat mir in Luzern übrigens bestätigt, dass die schweizerischen multinationalen Gesellschaften diese Nominierung unterstützen. Es wird zweifellos nicht leicht sein, in diese kleine Gruppe eine Schweizer Persönlichkeit zu bringen. Deshalb haben wir sofort Sondierungen um die Person von Herrn Hans Schaffner an die Hand genommen, der, als Alt-Bundesrat, als Vizepräsident der Rey-Gruppe und zurzeit Verwaltungsratsmitglied schweizerischer Firmen, bessere Chancen haben könnte, vom Uno-Generalsekretär für dieses Subkomitee berücksichtigt zu werden.

Wir haben indessen bemängelt, dass wir auch in der Lage wären, eine Schweizer Persönlichkeit aus der Diktion einer multinationalen Gesellschaft vorzuschlagen, falls das Wahl erreichtem würde. Wir haben unsere Mission in New York beauftragt, die Sondierungen zur Person Herrn Arthur Fürer auszusuchen, falls Herr Schaffner, wenn Sie uns gelegentlich seinen Lebenslauf zukommen lassen könnten.

Es ist klar, dass diese Angelegenheit streng vertraulich bleiben muss, solange es nicht sicher ist, dass eine Schweizer Persönlichkeit in dieser ECOSOC-Experten-Gruppe zugelassen sein wird und deren Nominierung nicht gesichert ist.

SANDOZ A.G. 81



Sehr geehrte Herren,

Von Herrn a.B. Schaffner erhalte ich soeben die Ermächtigung, Ihnen zu Ihrer persönlichen und streng vertraulichen Kenntnisnahme das «summary» der ersten Sitzung der ECOSOC-Arbeitsgruppe zu überreichen.

Es ist von ausserordentlicher Wichtigkeit, dass nach ausserhalb hin unter keinen Umständen durchgereicht, dass dieses Dokument den Kreis der «Eminent Persons» verlassen hat. Es wäre überaus wünschenswert, wenn Sie Ihre Bemerkungen (nach Möglichkeit schriftlich) Herrn Schaffner am nächsten Montag zur Verfügung stellen könnten.

Die Kopien sind nummeriert; Ihr Exemplar trägt die Nummer

Mit freundlichen Grüessen,  
Ph. Lévy

USA: Wird auch Sonnenenergie Sache der Energiemonopole?

## Profit auch aus der Sonne

Von Tobias Kästli

Zurzeit ist in den USA (wie in den anderen Staaten auch) die Atomenergie am Zug. Sonnenenergie ist Sache von überzeugten Einzelnen. Im sonnigen Kalifornien war allerdings die Sonnenenergiegewinnung schon einmal weit verbreitet. Sie wurde erst durch das billige Öl verdrängt. Die Atomlobby will heute ihre Gewinne aus der Kernenergie sichern, plant aber für die Zukunft: Mit gigantischen Projekten drohen die Energiemonopole der USA auch die Sonne in ihren Profitfries einzuspinnen. Eine demokratische Bewegung muss dagegen jetzt schon für die Dezentralisierung der Sonnenenergiegewinnung kämpfen. Tobias Kästli hat sich in Kalifornien direkt informiert.

Die Redaktion

In der Schweiz war von Befürwortern der Nuklearenergie häufig zu hören, die Sonnenenergie sei keine echte Alternative: Sonnenkollektoren könnten vielleicht wirtschaftlich eingesetzt werden in Gebieten wie Texas und Kalifornien, nicht aber bei uns, denn hier sei die Sonneneinstrahlung zu gering. Ich war während anderthalb Monaten in Kalifornien; ich habe erfahren, wie auch dort die Nutzung der Sonnenenergie bekämpft wird, und zwar von ähnlichen Interessengruppen wie in der Schweiz. Ich habe aber auch erfahren, dass in den USA eine Tendenz wächst, die Sonnenenergie so zu nutzen, dass sie zu einer ähnlichen Bedrohung wie die Atomenergie werden könnte. Dezentralisiert genutzte Sonnenenergie erscheint den Energiemonopolgesellschaften als Gefährdung ihrer Profitinteressen, zentralisiert genutzte Sonnenenergie könnte zur neuen Gefahr für Gesellschaft und Umwelt werden.

### Sonnenkollektoren schon um 1900

In der Gegend von San Francisco ist für die privaten Haushalte das Gas wichtigster Energiespender. Das Gas wird über Fernleitungen, sogenannte «Lifelines», geliefert. Die Stadt hängt an den Lifelines wie der Embryo an der Nabelschnur. Die Sache ist ziemlich riskoreich, weil San Francisco Erdbebengebiet ist bei einem Erdbeben könnten die Lifelines abbrechen. Diese Situation erklärt, weshalb der Sonnenkollektor als eigener Energiespender auf dem Hausdach nicht nur aus ökologischen Gründen erwünscht ist, sondern auch dem Sicherheitsbedürfnis der Leute direkt entgegenkommt.

Sonnenkollektoren waren in Kalifornien schon einmal ziemlich weit verbreitet. In der Zeitschrift «CoEvolution» vom Herbst 1977 erzählt der 84jährige

Walter Van Rossem, dass er als kleiner Junge mit seiner Familie in ein neues Haus in Pasadena (Los Angeles) gezogen sei, und da sei auf dem Dach ein Sonnenkollektor für die Warmwasserbereitung gewesen. In der Nachbarschaft sei kaum ein Haus gebaut worden, das nicht auch einen solchen Kollektor auf dem Dach gehabt hätte. Erst mit der Entdeckung des Erdöls von Signal Hill (Los Angeles) um 1920 gerieten die Solarheizungen aus der Mode, weil das Öl so billig zu haben war.

Die erste Solarheizung wurde 1891 patentiert; der Erfinder hiess Clarence M. Kemp. Sein System war bereits recht effizient, wurde dann noch verbessert. 1909 lancierte William J. Baily, aufbauend auf Kemps System «Climax», den «Day and Night Solar Water Heater». Mit Hilfe eines gut isolierten Reservetanks konnte er erreichen, dass Tag und Nacht genügend Warmwasser zur Verfügung stand.

Im Jahr 1897 hatten 30 Prozent der Häuser in Pasadena sonnengeheiztes Warmwasser, Bailsys Tag-und-Nacht-System war ein Erfolg: 1920 verkaufte die Firma «Day and Night» allein 1000 Einheiten. Dann aber kam mit der Entdeckung der Ölorkommen der Vormarsch des Naturgases. 1926 verkaufte «Day and Night» nur noch 350 Einheiten und 1930 nur noch 40. Die letzte Einheit wurde 1941 gebaut.

### Opposition gegen Atomkraftwerke

Erdöl und Erdgas lagen in den Händen grosser monopolistischer Gesellschaften; ebenso die Kohle. Als nach dem Zweiten Weltkrieg Atomreaktoren gebaut wurden, war das erst recht eine Sache des Grosskapitals. Dieses Faktum allein hätte aber noch nicht zu bewirken vermocht, dass die Bevölkerung gegen die Energiemonopole protestierte und sich auf die Sonnenkollektoren zurückbe-

sann. Wie bei uns in der Schweiz wurde die Opposition erst lebendig, als die vielfältigen Gefahren im Zusammenhang mit der Atomenergie vermehrt publik wurden.

Heute gibt es in den USA, und besonders in Kalifornien, eine wachsende Bewegung gegen die Atomenergie, welche sowohl auf der Ebene der Gesetzgebung wie auf der Ebene der Massenkundgebung aktiv wird.

Es scheint heute in den USA klar zu sein, dass die Sonnenenergie stärker genutzt werden muss. Der 3. Mai 1978, der zum «Tag der Sonne» erklärt worden war, wirkte als unüberhörbares Signal. Präsident Carter selbst zeigte sich für TV und Presse vor einem Sonnenkollektor und kündete an, dass im nächsten Budget 100 Millionen für die Förderung der Sonnenenergie und anderer erneuerbarer Energien vorgesehen würden.

### Jane Fonda wirbt für Sonnenenergie

Auf dem Campus der Universität von Berkeley fand am «Sun Day» ein grosses Meeting statt, bei dem es nicht nur darum ging, für Sonnenenergie einzutreten, sondern auch dafür, dass die Gewinnung der Sonnenenergie nicht wiederum eine Angelegenheit der grossen Energiemonopole wird. Jane Fonda war nicht nur Aushängeschild für das Meeting, sondern auch militanteste Schreierin. Sie beschuldigte die Firma «Pacific Gas and Electric», im letzten Jahr 750 000 \$ eingesetzt zu haben, um ihre bisherige Monopolstellung als Energielieferant in Kalifornien auch im beginnenden Zeitalter der Sonnenenergie bewahren zu können.

Jane Fonda vertrat die Auffassung, dass Sonnenenergie, wenn man die Monopole draushalten könne, die Unabhängigkeit der kleinen Leute stärken würde. Sie zitierte auch einen Forschungsbericht des «California Public Policy Center» wonach bis zum Jahr 1990 etwa 400 000 neue Arbeitsplätze geschaffen würden, wenn Kalifornien auf Sonnenenergie umstellen würde; «Umweltschützer und Arbeiterbewegung werden schliesslich zu Sonnenarbeitern», rief Jane Fonda einer 4000köpfigen Menge zu.

### Gouverneur Brown und die «Small is Beautiful»-Bewegung

Jane Fonda vertritt mit rhetorischem Geschick die Anliegen ihres Mannes, des früheren radikalen Studentenfürhlers Tom Hayden. Dieser hat eine Bewegung

für Wirtschaftsdemokratie gegründet. In sein Konzept gehört auch die Förderung der Sonnenenergie. Er durfte hoffen, beim jetzigen Gouverneur von Kalifornien, Jerry Brown, einige Unterstützung zu finden. Brown gibt sich gerne ein bisschen unkonventionell. Einer seiner Berater ist der Architekt Sim Van der Ryn, der ein Anhänger der dezentralisierten Produktion gemäss dem Konzept des englischen Ökonomen Schumacher ist (small is beautiful). Am «Sun Day» verkündete Brown, er habe Van der Ryn zum Vorsteher eines neuen Büros zur Förderung der Sonnenenergie ernannt; das Büro hat einen Beirat, in dem Tom Hayden sitzt. Haydens wurde von Brown auch zum Vertreter Kaliforniens im «Western Sun project» ernannt, einem regionalen Projekt zur Förderung der Sonnenenergie. Ob es Van der Ryn und Hayden gelingen wird, in Anlehnung an Gouverneur Browns Idee die Sonnenenergie im Sinne des sozialen Fortschritts zu fördern, scheint fraglich.

### Atomlobby und Weltraumlobby

Trotz wachsendem Widerstand des Volkes gegen Atomkraftwerke ist die Atomlobby in Kalifornien noch sehr stark. Der Republikaner Evelle Younger möchte mit ihrer Hilfe den «umweltfantastischen» Brown vom Gouverneursposten verdrängen. Er macht sich deshalb stark für Atomkraftwerke. Kürzlich verkündete er an einer Pressekonferenz – assistiert von Atomphysiker Edward Teller –, Kalifornien brauche bis zum Jahr 2000 noch 50 neue Atomreaktoren!

Grössere Gefahr droht den Konzepten von Hayden und Van der Ryn aber durch Pläne, welche eine zentralisierte Nutzung der Sonnenenergie im Sinn einiger Grossunternehmungen vorsehen. Das linke Monatsmagazin «Mother Jones» hat in seiner Mainnummer einen solchen Plan detailliert beschrieben. Es geht darum, dass Boeing und andere Firmen zusammen mit der Nasa riesige Sonnenkollektoren im Weltraum installieren wollen. Es ist die Rede von einem Kollektor, der grösser sein soll als die Grundfläche von Manhattan! Die Sonnenenergie würde in Form von Mikrowellen zur Erde zurückgeschickt. Es handelt sich um das grösste bisherige Weltraumprojekt, würde Dutzende Milliarden von Dollars kosten, würde ungeheure Mengen von Energie verschlingen, bevor es selbst Energie liefern könnte. Die Übertragung der Energie durch Mikrowellen würde grosse Gefahren in sich tragen, denn alle Lebewesen im Bereich von Mikrowellen werden geschädigt (Krebs). Gouverneur Brown findet übrigens diese Projekt unterstützenswert, denn «small is beautiful on earth», klein sei schön auf der Erde, aber im Weltall sei gross besser!

### Selbstgebaute Kollektoren

Tom ist Biologiestudent in Berkeley (Kalifornien), er beschäftigt sich vor allem mit Ökologie; von daher hat er die Motivation, sich durch das praktische Beispiel für die umweltfreundliche Sonnenenergie einzusetzen. Er zeigt mir seinen selbstgebauten Sonnenkollektor. Er hat etwa 100 Arbeitsstunden gebraucht, um den Holzrahmen herzustellen, die wasserführenden Kupferrohre einzuspinnen, das Kupferblech darunterzulegen und das Ganze schwarz anzustreichen. Er hat ausschliesslich «recycled», also gebrauchtes Material verwendet. Der etwa 1,5x2,5 m grosse Kollektor hat ihn nicht mehr als 80 \$ gekostet.

Bill ist Rentner. Auch er hat einen Sonnenkollektor selbst gebastelt. Er hat ihn auf dem Dach seines Häuschens in Richmond montiert. Seine monatliche Energierechnung ist seitdem von 25 \$ auf 9 \$ gesunken (er hat auch alle Fenster doppelverglast und weitere Energiesparmassnahmen getroffen). Der Kollektor liefert ihm immer genügend warmes Wasser. Ein Problem besteht aber darin, dass die Steuerbehörden die Auffassung vertreten können, sein Häuschen durch den Sonnenkollektor einen Wertzuwachs erfahren und er müsse darum mehr Steuern bezahlen. Diese steuerrechtliche Bremse gegen Sonnenkollektoren wird gegenwärtig in Kalifornien auf gesetzlicher Ebene bekämpft.

### Schlussfolgerungen

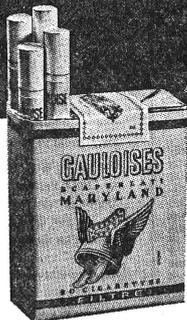
Man kann sagen, dass in Kalifornien die Sonnenenergie von niemandem prinzipiell bekämpft wird. Erdöl-Kohle-Atomlobby bekämpfen Sonnenenergie nur insofern, als sie als Promotor eines demokratischeren Wirtschaftssystems gilt. Insofern die Nutzung der Sonnenenergie aber profitträchtiges Geschäft zentralisierter Grossproduktion sein kann, ist die ganze Angelegenheit für die Monopolgesellschaften natürlich interessant. Diese Möglichkeit zeichnet sich in der Schweiz vorderhand noch weniger deutlich ab als in den USA.

In Kalifornien ist mir klar geworden, was auch für die Schweiz zutrifft: Wenn wir eine echte Alternative zur gegenwärtigen Atomenergiepolitik wollen, dann genügt es nicht, einfach mehr Sonnenenergie zu fördern, sondern wir müssen dann gleichzeitig für eine dezentralisierte, demokratische, kontrollierbare Energieproduktion kämpfen. Andernfalls könnte auch die Sonnenenergie eines Tages lebensbedrohend werden!



Wer im Filzler gern mal sitzenbleibt. Wer Schirm und Schutz gewährt – und nutzt. Wenn daher auch der Regen zum Vergnügen wird. Wer das Echte liebt – der raucht Gauloises. Würzig und unverwechselbar im Tabak.

# GAULOISES



## SSS STUDENTEN SCHREIB-SERVICE

### DISSERTATIONSDRUCK

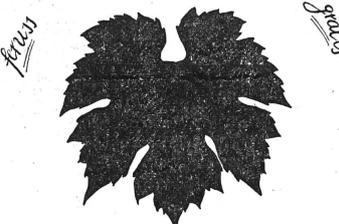
Als Spezialisten bieten wir: fachgemässe Ausführung, kürzeste Lieferfristen, günstigste Alles-inklusive-Preise (Inbegriffen: Verkleinerung der Vorlage, Offsetdruck, farbiger Umschlag, Titelsatz, Binden, administrative Umrübe).

### REINSCHRIFTEN aller Art

SONNEGGSTR. 26 • 8006 ZÜRICH • ☎ 01 / 32 00 88

# SUMMERFASCHT

uf de Allmäänd Brunau zürich  
14.15.16. Juli 78



Musig: Pan, Lovecraft, Skibberen, Providence, Stascha, Musig fo de Schürmüti, Ryband, Dschibuk Uigues, Inflagranti, nide jante, Masasch, Ane, Infoschänd, Kindergruppen, L.P.G.S.D.

## MOJON'S ARMY-SHOP

### U.S.-ARMY-Schlafsack

Fabrikneu, wasserdicht, sehr dick gefüttert, waschbar. Nie mehr kalt haben. Ideal für Übernachtungen im Freien. 3,5 kg schwer, 230 cm lang. Spitzenprodukt zu Schlagerpreisen:

Brutto **89 Fr.**

zuzüglich 6 Fr. Versandspesen. Passende Traghülle dazu (fakultativ): 7 Fr. Sofortversand mit Einzahlungsschein. Rückgaberecht. Studentenrabatt: 5%; ab 100 Fr. 10%. Bestellen oder Prospekt anfordern.

NICOLAS MOJON & CO. AG  
Bethlehemstr. 114, 3018 Bern  
Tel. ☎ (031) 55 33 66

Weiterhin führen wir u. a. im Schlafsacksektor:  
- Warme Decken-Schlafsäcke (ohne Kapuze). Zwei bilden auf Wunsch einen Doppelschlafsack.  
- Original-Schweizer Armee-Schlafsack.

Noch wenige Plätze frei!  
Zwei unvergessliche Reisen voller Abenteuer:

### Ladakh

Srinagar-Kargil-Saspol-Leh-Srinagar-Amritsar-Delhi-Jaipur-Agra-Benares  
15.7. - 7.8. Fr. 3.150.--

### Afghanistan

Zentralroute:  
Kabul-Ghazni-Herat-Jam-L'al-Band-I-Amir-Bamiyan-Mazar-I-Sharif-Kabul. 21.7.-15.8./25.8.-19.9.  
Fr. 2.750.--

### SSR-Reisen

Leonhardstrasse 10, 8001 Zürich  
Telefonverkauf: 01/242 3131  
**anders als anders**  
Reisen für junge Leute.

Niklaus Meienberg

# Jagdgespräch unter Tieren

oder: Besprechung der waidmännischen Qualitäten des Nimrods und Chefredakteurs Fred Luchsinger durch die von ihm gejagten Kreaturen, mit bescheidenem Exkurs in sein Berufs- und Klubleben; oder Festschrift für das 10jährige Bestehen von F. L. als Chefredakteur (1968-1978); oder Unrast im Walde.\*

Wir befinden uns im Unterholz des schönen Jagdreviers von Rafz im Zürcher Urland, hart an der deutschen Grenze. Ein begnadetes Gebiet mit reichlich Schalenwild und Raubwild, aber fast ohne Flugwild. Es sind an Wildbräten vertreten: Reh, Wildschwein, Sika-Hirsch, Has, Fuchs, Dachs, Steinmarder, Edelmarter, Iltis. Durch die Unbill der Witterung gedrängt, kuscheln sich im Jungtannendickicht völlig unvereinbare Tierarten aneinander, nämlich das Wildschwein Fridolin und das Reh Mirza, und verwickeln sich in einen Disput:

**Fridolin:** Ich hörs knirschen im Schnee. Ob er heutzutage wohl kommt und wir uns einen Schranz lachen können, wenn er wieder danebenbumst trotz Zielfernrohr?

**Mirza:** Heutzutage ist Freitag, da schreibt er den Leitartikel für den Sonntag, heut jagt er mit der Schreibmaschine, es ist Ruhetag für uns.

**F:** Ich hör es aber knirschen.

**M:** Deine Witterung lässt nach, hier riecht es deutlich nach Schmidheini, der riecht viel milder als Luchsinger. Schmidheini hat den leicht schmiedeisenen Escher-Wyss-Geruch, dort ist er Verwaltungspräsident. Er präsidentelt auf vier Kilometer gegen den Wind.

den im Rahmen, wo er einfach hineingestellt ist.

**M:** Bis all die Konkurrenten ausgeschaltet waren, welche auch Chefredaktor werden wollten, da war mancher Blutschuss nötig. Bieri, Reich, Müller, usw.

**F:** Eine erkleckliche Jagdstrecke, für wahr – schon allein der Kampf um die Macht im eigenen Betrieb war eine aufopfernde Sache, immer die Manuskripte zum vormaligen Chefredaktor Bretscher gedrängt, kuscheln sich im Jungtannendickicht völlig unvereinbare Tierarten aneinander, nämlich das Wildschwein Fridolin und das Reh Mirza, und verwickeln sich in einen Disput:

**Fridolin:** Ich hörs knirschen im Schnee. Ob er heutzutage wohl kommt und wir uns einen Schranz lachen können, wenn er wieder danebenbumst trotz Zielfernrohr?

**Mirza:** Heutzutage ist Freitag, da schreibt er den Leitartikel für den Sonntag, heut jagt er mit der Schreibmaschine, es ist Ruhetag für uns.

**F:** Ich hör es aber knirschen.

**M:** Deine Witterung lässt nach, hier riecht es deutlich nach Schmidheini, der riecht viel milder als Luchsinger. Schmidheini hat den leicht schmiedeisenen Escher-Wyss-Geruch, dort ist er Verwaltungspräsident. Er präsidentelt auf vier Kilometer gegen den Wind.

nicht einfach pfeffern gehen, wie man gern möchte, man muss auf verschiedenes Rücksicht nehmen. Das ist Charaktersache.

**F:** Nur starken Charakteren gelingt es, sich im Leben derart durchzusetzen und in der Jagd gegen die ungesunden Elemente so durchschlagende Erfolge zu haben wie unserem Luchsinger. Möcht' hier verweisen auf den Artikel zum letzten Jahresende, mit dem Titel «Zehn Jahre nach der Aufrühr», der in Tierkreisen allgemeine Beachtung gefunden hat.

**(Originalton «NZZ»-Luchsinger:** International organisiert und – wie man heute weiss, teilweise von Hanoi aus ferngesteuert, – war die Kampagne gegen Amerikas Engagement in Vietnam. (...) Was sich in der Folge ergab, war jedoch eine Art Generalprotest gegen Ordnung, Struktur, Werte, Tabus der Gesellschaft schlechthin. Protest mit Castro-Bärten, Seegrasfrisuren, Verwahrlosungslook, mit Wohnkomplexen, Fäkalienprobe und allem, was man sich ausdenken konnte pour épater les bourgeois.

**M:** Das ist konsequent gesprochen und treffsicher dazu. Es ist immer ein Erlebnis, wie dieser schmucke, strikt gekleidete Mann im Leben draussen die gleiche Funktion ausübt wie hier im

Der Wind pfeift, krächzende Rabengerausche im Wald.

Und hat sich sein Sohn hinauffletschen müssen mit geschärften Hauern, und ist ihm nach entsagungsvollen Lehr- und Korrespondententagen in Bonn, wo er mit Adenauer, dem unvergesslichen Fuchs, eine derart gute Beziehung hatte, dass dieser immer die «NZZ» zitierte – ist ihm wie gesagt gelungen, sein bescheidenes Herkommen zu vergessen und sich ganz oben einzuschmiegen in der Gesellschaft, und hat dabei manch goldene Elemente seines Naturells abkoppeln müssen, um einen schmittigen Charakter zu bekommen, wie sein ehemaliger Mitarbeiter Martin Schaub beobachtet, der auch mal bei der «NZZ» schaffte:

**Schaub:** Und übrigens, was die Humorlosigkeit und auch eine gewisse persönliche Überheblichkeit betrifft, die ich ganz persönlich erfahren habe, – der hat mich einfach nicht mehr gekannt, wenn man sich zufällig mal getroffen hat, da hat nune no so glueget. Er tzt ganz gezielt hierarchisch grüssen, er kennt mich nicht mehr. Das ist etwas, was einem auffällt, wenn einer nicht mehr Gruezi sagt, bei den Gelegenheiten, wo man sich zufällig sieht, wenn zum Beispiel ein Film über Nazismus kommt oder so, dann kommt also der Cattani, der Schlappner und der Luchsinger, und dann stehen sie zusammen, und man wird nicht gegrüsst. Bei der Ernennung zum Chefredaktor haben natürlich die anderen Redaktoren nichts zu sagen, das ist wie bei einer Papstwahl, weiss er oder schwarzer Rauch, gewählt oder nicht gewählt. Das Chefredaktorenbüro ist jense gross, nicht vier-eckig, sondern sechseckig, mit dem Erker von wo man auf den Sechseläutenplatz hinaus sieht, schon ein schönes Büro

Funktion der «NZZ», und sogar ein zweiter Speech von ihm über Amerika, über was auch sonst. Es wird immer auf bereichernde Art geluncht im Klub, der auf sein Banner geschrieben hat: «Unser Ziel ist Dienstbereitschaft im täglichen Leben», wie es in den Statuten heisst, und weiter im Absatz ein «Durch Pflege der Freundschaft als einer Gelegenheit, sich andern nützlich zu erweisen».

Wind- und Tiergeräusche im Wald

**M:** Die Nützlichkeitsreuewung im täglichen Leben, der diskrete Freundschaftsdienst werden konsequent gehandhabt. Kein Tag ohne eine gute Tat! Da kann es etwa passieren, dass ein Rotarier wie Luk Keller von der Kreditanstalt vom 25. Juni 1977 einen bösen Artikel von Herrn Blumpan über die Kreditanstalt in der «NZZ» lesen muss, es stand dort zum Beispiel: «In der Anstalt jedoch fiel die Generalversammlung dürftig aus». Schon am 28. Juni 1977 war jedoch der Schaden behoben, die Brüderlichkeit funktionierte, und der Rotarier Luchsinger schrieb ein «Nachwort zur Generalversammlung der Kreditanstalt», worin die Bank wieder als gut gesehnt gerückt wurde. Und wenn der Rotary-Bruder Vogelsanger unbedingt einen Nachruf in der «NZZ» platzieren will, Dr. Luchsinger immer willig. Auch der Redaktor Oplatta, weiland Kultur, jetzt Paris, hat solche Erfahrungen machen dürfen, dass ihm unerwünschte Artikel, die an der Adresse herausgeschickt, von ihm wieder in die Zeitung hineingebumst wurden; und sind all diese Leute dann ihrem Chef dankbar für die starke Hand und das Zurechtbringen der Masse.

Hartes Bise- und Windgeräusch im Wald

**F:** Es wäre aber Verleumdung, zu behaupten, nur Rotarier hätten direkten Zugang in die «NZZ». Es können auch andere Berühmtheiten sein. Als eine harte Kritik über Elsie Attenhofers neues Kabarett kürzlich in der «NZZ» erschien, ging Elsie sofort zu Fred ins sechseckige Büro, und Fred schrieb einen lobenden Artikel über Elsie. Der Lokalchef Zimmermann hatte den gefährlichen Mut, diesen Chefartikel quasi aus der laufenden Maschine zu reissen und sich bei Luchsinger über diesen Eingriff in sein Ressort zu beschweren, worauf er zurechtgewiesen wurde, dass man seit im Haus herumsehen konnte. Der Artikel kam dann nicht, ein Novum, das eine gefährliche Entwicklung in der Zeitung einleitete könnte, dafür kamen dann an einem Samstag Text von Elsie A. abgedruckt in der Wochenendbeilage, auf Veranlassung des Jägers. Ein demokratischer Kompromiss, der zu Weichen führen konnte. Wehret den Anfängen! Wohin kämen wir, wenn ein Chef seine eigenen Artikel nicht mehr publizieren darf.

**M:** Möchte gern wegkommen von diesen Quereulen und zurück zum Klub, ein Fingerzeil auf seine gesellschaftlichen Anlässe. Nicht alles ist berufsbezogen, die Gemütlichkeit fordert auch ihren Tribut. Es gibt die sog. Kameradschaftsabend und notabene unterhaltenen Anlässe mit Damen. Als Edmond de Stoutz Programmierer war, oder war es unter Pfarrer Vogelsanger, wurde ein Ausflug ins Selegemoor mit Augensehen in der dortigen Rhododendenzucht und in die Nachtessen, aber ohne Überbordung.

**F:** Überhaupt auf gute Sitten wird ein Augenmerk gerichtet. Überschweleliche Mitglieder können ausgeschlossen werden, zu welcher Massnahme aber seit 1958 erst dreimal gegriffen werden musste. Einer wirklich konnte wegen unehrenhaften Geschäftsverhaltens, d. h. Konkurs. Ein anderer, weil er die Präsenztische im Hotel «Carlton Elite» nicht respektierte. Und der dritte, weil er einem anderen Rotarier «die Frau ausgepasst hatte», wie Pfarrer Vogelsanger einem Reporter wirklich erklärte. Hätte er doch einen Nicht-Rotarier die Frau ausgepasst, er wäre heute noch im Klub.

**M:** Und noch ein Punkt: Politiker dürfen nicht in den Klub einreiten. Die Rotarier sind streng apolitisch, die wissen nämlich, wo die wirkliche Macht beheimatet ist. Es steht den Politikern jedoch frei, durch Pflege der familiären Beziehungen die Berichterstattung über ihre Tätigkeit in der rotarisch gefärbten Presse zu verbessern. So ist Stadtpresident Dr. Sigmond Widmer denn auch Patе geworden bei einem Sohn von Herrn Dr. Luchsinger, und die Artikel über die Regierung des Sigi sind also wirklich einflussam geschrieben in der «NZZ» und in den rarsten Färbchen. Wer wollt dem lieben Götti Schwierigkeiten machen, pfui. Aber das ist vielleicht doch unendifferenzier gesprochen, denn die «NZZ» war ja ganz gegen den Sigi am Anfang, weil Redaktor Dr. Bieri, der Freisingner, nicht Stadtpresident geworden ist, nachdem er durch die Harste erströbe, weil er nicht Chefredaktor werden konnte; da hat die «NZZ» dem frischgebakkenen Widmer oft diskret auf die Finger geklopft, bis er dann immer mehr wie ein Freisingner sich gebärdete. Da musste die Tante nicht mehr schimpfen, und es ist dies das erste Mal.

**F:** Soll jetzt nicht der Eindruck entstehen, unser Luchs habe gar keinen Sinn für Charme und sei immer militärisch kurz angebunden, auf der Jagd und beim Tanzen anlässlich der «Neuen Zürcher-Zeitungs»-Feste kann er durchaus verführerisch wirken, habe diesbezüglich ein Statement von Fernsehreporterin Dorothea Furrer, deren Mann vom Chef aus der Zeitung bugsiert wurde,

Man hört den Totenvogel schreien im Rafzer Wald.

**M:** Das schlägt alles noch nicht auf die Galle. Richtig bitter wird so ein Chefredaktor erst, wenn er für sein hartes Tag-



werk einschleimen muss den Undank der Intellektuellen. z. B. lesen muss auf Seite 225 in der Gesamtausgabe eines sativam bekannten Schriftstellers, Band IV, folgenden Passus; und erst noch im suhrkamp-Verlag:

Was man so in einer Kur alles tut! Seit einer Woche täglich die «NZZ», Neue Zürcher Zeitung» und «Schweizerisches Handelsblatt», 109. Jahrhundert, gelesen. Kann man sagen, dass diese Zeitung lügt? Man kann nicht sagen, dass ihre Zeitung lügt. Sie verhindert nur täglich die Aufklärung. Man gibt sich in der Aufmachung so langweilig wie möglich, das wirkt seriös. Es überträgt sich auf den Leser, sie kommen sich seriös vor, schon wenn sie die «NZZ» in der Hand halten. Ihre Mienen, wenn sie lesen: noch seriöser. Ab und zu ein kleiner Rufmord, humorig oder gediegen durch Herablassung: nur wer den Fall genauer kennt, sieht die Gemeinheit.

**F:** Wer schreibt so gottesjämmerliche Sachen?

**M:** Der Mann heisst Frisch und hat's im Gegensatz zu Major Luchsinger, welcher unter Oberst Henchoz in der Luftwaffe diente, nur bis zum Kanonier gebracht, wurde auch nie Chefredaktor, was seine Staatsverdröhenheit hinlänglich erklären dürfte. Die «NZZ» schlägt man, und den Staat meint man. Der Mann wurde auch nie in den Rotary-Club aufgenommen wie unser Luxi.

**F:** Der hat auch nie die Männerkameradschaft im Wald erlebt und insbesondere nie eine Trebjagd veranstaltet.

**Schweizer:** Ja also die Treiber, die gehen dann einfach durch die grossen Einstände hindurch, durch die Dickichte hindurch, und chlopfen an die Bäume, und so wird das Wild aufgeschreckt und verlässt dann das Dickicht, und aussen herum sind die Jäger aufgestellt, und die sehen dann das Tier herauskommen, und je nachdem schiessen sie oder schiessen nicht, da gibt es auch wieder strenge Vorschriften vom Jagdleiter, der sagt vorher, ob geschossen werden darf, man erinnert die Leute immer wieder an die Distanzen: schiessst ja nicht zu weit, – die Jäger müssen auch aufeinander aufpassen, dass nicht der eine den anderen anschießt, hat man kann also

Wald, er räumt auf und hält die Natur im Gleichgewicht, wie sein Jagdkumpen Hans Schweizer richtig sagt:

**Schweizer:** Und in erster Linie ist also wichtig, dass der Jäger das Tier schätzen tut, weil er eine Beziehung zu ihm hat. Er hat, seit der Wolf aus unseren Gegenden verschwunden ist, dieselbe Funktion wie der Wolf früher, welcher Schalenwild, Hirschwild usw. einfach in Schranken gehalten hat, damit sie sich nicht allzu stark vermehren. Man kann also sagen, der Jäger ist der moderne Wolf. Der Wolf hat ja auch immer eine gewisse Auslese gemacht, wenn er Tiere heutzutage erwünschte er immer das kräftigste oder schwächste Tier oder kranke Tiere, er muss diese immer ausmerzen, von den Jungen muss auch eine gewisse Anzahl weg, wenn man die Jungen alle leben liesse, dann gäbe das eine Altersgliederung in so einem Bestand, die falsch wäre, das muss schon abgestrikt sein, so und so viele Jungtiere, so und so viele im mittleren Alter, und dann ganz alte.

**F:** Wir haben Glück, dass nur kultivierte Herren uns bejagen und die Ordnung im Walde aufrecht erhalten, geseizend ist die Volksgart seit anno 1928 abgeschafft, es kommen nur noch marie in Frage, die pro Jahr so zirka 3000 Fr für unsere Tötung auslegen können, zum Beispiel die Familie Schwarzbach, Textil, von welcher dann Schmidheini das Revier übernommen hat welcher dann Luchsinger nachgezogen hat zu uns in den Wald. Auch unsere Verwandten auf dem Ottenberg sind stolz, im Wald ob Weinfeldern, die werden gar von Bührle gehamt und seinem Kumpan Gylli, dem ehemaligen Generalstabchef.

**Schweizer:** Es bracht eine Kultur. Auch die Bevölkerung auf dem Lande draussen muss ja im Jäger sein marie verstehen, vor dem marie in Frage, die pro Jahr so zirka 3000 Fr für unsere Tötung auslegen können, zum Beispiel die Familie Schwarzbach, Textil, von welcher dann Schmidheini das Revier übernommen hat welcher dann Luchsinger nachgezogen hat zu uns in den Wald. Auch unsere Verwandten auf dem Ottenberg sind stolz, im Wald ob Weinfeldern, die werden gar von Bührle gehamt und seinem Kumpan Gylli, dem ehemaligen Generalstabchef.

**F:** Sein Büro übertrifft alle andern, denn die Büroarchitektur hat ihren hierarchischen Zweck. Die zeichnenden Redaktoren haben Anrecht auf Spannteppiche und Vorhänge bis zum Boden, die andern müssen teppichlos leben, und die Vorhänge nur bis zur Fensterbank. Darum kann sich unser Luxi in diesem Haus nicht entspannen geben, jedoch im Rotary-Club darf er einmal pro Woche seine lange unterdrückte Humanität entfallen, da ist er unter sich, und die andern sind auch alle da, alle gleich hoch, jeweils ein top-man aus jeder Branche wie Pfarrer Vogelsanger sagt. Dieser repräsentiert die Theologie, Heinrich Oswald die Suppenindustrie, obwohl dieser jetzt in eine andere Branche hinübergeschlüpft ist, nämlich ins Presswesen, und die beiden Jagdkumpen Schmidheini und Blum sind auch in diesem Klub gewerkschaftlich organisiert und zwar beileibe nicht etwa in der Sektion Zürich West, oder Zürich Nord, sondern in der Sektion Zürich schlechthin, welches die ersteinsten ist im Lande weitherum, Charternummer 1734, Distrikt 200. Da wird nicht jeder guttort, der Mitgliederbestand liegt konstant bei circa 110 Stück. Bührle senior wurde nicht aufgenommen, der Reklamepatriot Rudolf Farner auch nicht, beide aus ethischen Gründen, und auch Bührle junior wurde nicht akzeptiert, hat nur seinen Angestellten Bruno Mariacher delegieren können. Man kann auch nicht kandidieren für den Rotary-Club, sondern nur auf geheimnisvolle Weise hineingezogen werden, von denen, die schon drinnen sind.

**M:** Also Sprungli ist drin und Edmond de Stoutz und de Wesk von der Bankgesellschaft und Radiochef Gerd H. Padel und Luk Keller von der Kreditanstalt, zugleich Verwaltungsratspräsident der «NZZ», aber hingegen werden keine Frauen aufgenommen und fast keine Juden und Katholiken. Und wird also jeden Freitag von viermal zum zweiten Schlag zwei zusammengehockt im Hotel «Carlton Elite», zuerst der einfache Luchs und dann immer ein Vortrag im Sinne der Horizontenerweiterung; auch einfach.

**F:** Da war der berühmte Klassifikationsvortrag von Ringier-Chef Oswald über die Suppenindustrie und der beachtliche Exkurs von «Tages-Anzeiger»-Inhaber Otto Coninx über seine Grönlandreise, und natürlich der Überschall-Höhenflug unseres Luchsingers über Wesen und

\* Das «Jagdgespräch unter Tieren» ist Meienbergs Beitrag zur Festschrift für die Journalistin Laure Wyss, «Der Festtag – Ein Magazin zu Ehren von Laure Wyss» mit Beiträgen von Jürg Federspiel, Martha Farner, Hugo Loetscher usw. ist im Buchhandel für 9 Fr. erhältlich.

Jagdgespräch unter Tieren

Fortsetzung von Seite 5

schwuppdwupp, er leitete das Ressort Wissenschaft und Forschung:
Furrer: Ich kenne kai Mao wo so fantastisch Walzer tanzt wie da Herr Luxsinger.

Walzerklänge evtl. Strauss

M: Es ist unvermeidlich, dass dieser weitgereiste verdiente Mann ein paar Feinde hat. Wo gehobelt wird, fliegen die Redaktoren auch unter uns Tieren hat sich eine Dissidentengruppe gebildet, angeführt von einem halbgastigen Fuchs, welcher der Tollwutbekämpfung entronnen ist.

F: Wie ich in Erfahrung bringen konnte, sollen diese auf politisch schiefen Ebenen sich befindenden und charakterlich wenig gefestigten Aufführer, die mit ihren Seegrasfrisuren epatierend wirken, bei der nächsten Treibjagd den Spieß umkehren und ein Attentat aus dem Hinterhalt auf unseren Dr. Luxsinger ins Auge fassen wollen. ...

F & M: (getragen feierlich rezitierend)

Fürst Kraft ist, liest man, gestorben Luftatmend wie ererbte, hat er erworben eine Nachrappersonlichkeit.
Übte unerschrocken Kontrolle
Ob jeder rechtens tat
Aktiengesellschaft Welle Aufsichtsrat.
So starb er in den Sielen
Doch wandt er in Stunden der Ruh
Höchsten sportlichen Zielen
Sein Interesse zu.
Immer wird man ihn nennen
Den delikaten Greis
Schöpfer der Stutenrennen
Kiscazoopress.
Und niemals müde zu reisen
Genug ist nicht genug
Oft hörte man ihn preisen
Den Rast-ich-so-rost-ich-Zug.
Er steig mit festen Schritten
In seinen Sleeping Car
Und schon war er inmitten
Von Rom und Sansibar.
So schuf er für das Ganze
und hat noch hochbetagt
im Bergrevier der Tatra
die flinke Gemse gejagt
DRUM RUFT IHM ÜBER DIE
BAHRE
NEBEN DER
SCHWERINDUSTRIE
ALLES SCHÖNE, GÜTE,
WAHRE
EIN LETZTES MAL HALALI.

Marginalien zu einer nicht gesendeten Radiosendung oder das Protokoll einer Verhinderung

«So politisch wie Cäsars private Bürstereien»

Im Frühjahr 1978 schlug ich an einer Vollversammlung der «Faktenordner»-Mitarbeiter (eine periodische, angeblich satirische Radiosendung unter der Leitung von Jürg Kauer) vor, einen Beitrag über Herrn Luxsinger und seinen sozialen Hintergrund zu machen; ausgehend von seinem Neujahrartikel 7/778, «Zeitn Jahre nach dem Aufbruch», wollte ich die Frage einermessen beantworten: wie kommt ein Journalist und mächtiger Chefredaktor dazu, die ganze 68er-Generation schnoddrig, verständnislos, oberflächlich frech zu verhöhnen; welches Milieu hat diesen ursprünglich scharf denkenden Mann so weit gebracht, die Hoffnungen von unzähligen Leute so zu verhöhnen? In welchen Kreisen muss man verkehren, um derart schreiben zu können? Der Auftrag wurde erteilt.
Nach drei Arbeitstagen ein Anruf von Kauer: Radiodirektor Hersche habe ihm telefonisch, welchem Padel telefoniert habe, welchem Luxsinger telefoniert habe, welcher er erhalte, hat bei seinem Rotary-Budler, der ob tatsächlich diesen Auftrag habe, Kauer meinte, Zeit müsse ich vorsichtig sein, es sei bereits Feuer im Dach.
Ich war vorsichtig und verstand plötzlich, warum La Fontaine am Hofe Ludwigs XIV. keine Reportagen, sondern nur Fabeln schreiben durfte, und Swift verstand ich auch beser. Statt mir recherchierten nach das Wildschwein Fridolin und das Reh Mirza.

die einzelnen Fürstentümer (redaktionelle Ressorts) eine grosse Unabhängigkeit genossen, womit es in Wirklichkeit aber doch nicht so weit her ist.
Genährt wird dieser «NZZ»-Mythos durch die Struktur der Zeitung, die keinen übergeordnet-mächtigen Verleger kennt wie Frey von der «Tages-Anzeiger», und deren Aktien so direkt sind, dass der einzelne Inhaber keinen direkten Einfluss nehmen kann auf den Gang der Zeitung; jedoch kann natürlich die politische Linie des Rechtsfreins aus von einem Chefredaktor durchgedrückt werden, der so ausgewählt ist von seinem Vorgänger (nominal vom Verwaltungsrat ...), dass eine solche Garantie besteht für die «rechte» Gesinnung, vgl. Luxsinger und seine Verquickungen. Für den Mythos verantwortlich ist aber auch der diskrete, leicht antikierte, untertöbige Stil (sintemalen noch altertümliche Wörter wie «Zeittafel» ohne ironische Distanz gebräuchlich sind), die schlimmen Perioden werden im vornehmlichen, oft leicht gekränkten Ton vorgebracht, diskret rauspernd. Und drittens wird die Legende aufrechterhalten durch die Folgen, welche ein Artikel in der «NZZ», punkto Innen-, Kultur- und Wirtschaftspolitik, allemal hat. Dieser kann, vom journalistischen Ethos her betrachtet, so schuldigfertig sein wie er will, und einen Tatsachen völlig verdrehen (manche «NZZ»-Journalisten haben keine Abneigung vom Recherchieren, haben noch nie vergleichendes Quellenstudium getrieben, wissen nicht, wie man dem Volk aus Maul schaut und Interviews macht usw.; es ist immer ein Artikel mit Folgen, die «NZZ» wird in den herrschenden Kreisen penibel gelesen, Bundesverwaltung und kantonale Potentaten, selbstverständlich auch die Wirtschaftsführer legen jedes Wort auf die Goldwaage, richten sich klammheimlich oder offen danach, weil, wenn die «NZZ» spricht, hat das Grossbürgertum in seiner zürcherisch-imperialistischen Ausprägung gesprochen, und von Zürich aus wird bekümmert die Schweiz regiert, in gewisser Beziehung «stimmen» also die Artikel der «NZZ» immer, sie schaffen, Verlangend hin, Halb Wahrheit her, eine neue Wirklichkeit. Nicht weil durch sie die Welt gründlich erfasst wird, stimmen sie, sondern weil die Geschäftswelt sich an ihnen orientiert; Unternehmer, höret die Signale! Die «NZZ» ist unser «Prophet», unser «Omnipotente Romano»; mit Nuancen eines Adjektivs, mit diskreten Nebenätzen wird Politik gemacht. Die Oberen lesen das Blatt im Klartext, von den weniger Mächtigen muss es dechiffriert werden. Ein halbhoftisches Organ, fast ein Staatsanzeiger für die beamtete Intelligenz, für die Chefen in Wirtschaft & Politik. Ein Blatt, dem man nicht für Intellektuelle, Laufend wird hier eine Gruppensprache der Herrschenden reproduziert und produziert.

Und ganz oben wacht der «patron de choc» F. L. über den rechten Ton. Für Aussehenstende ist von diesem janusgesichtigen Menschen nur sichtbar sein geschnürter, verschmökter, gediegener, akademischer Stil.
Nachdem ich den Beitrag geschrieben hatte exakt in der vorliegenden Form (nur die Episode Attenhofer-Luchsinger und die Erwähnung Gygli-Bührlé und Sigi Widmers Zählung sind jetzt nachträglich hier beigefügt worden und der Mundart-Originalen ins Schriftdeutsche, mehr oder weniger, übersetzt), nicht ohne vorher während dreier Tage vergeblich versucht zu haben, Luxsinger selbst zu interviewen, wobei mir schliesslich gelang, seiner Sekretärin die Feststellung zu entlocken, er wolle mich nicht empfangen, «weil er kein Vertrauen mehr zu mir habe», wobei man präzisieren muss, dass die «NZZ» schon öfters über meine Sachen geschrieben hat, manchmal diffamierend und mit schlimmen materiellen Folgen für mich, ohne dass je ein Redaktor sich die Mühe genommen hätte, mit mir persönlich zu sprechen, die Herren wissen immer schon alles zum voraus; nachdem ich es anders machen wollte als die «NZZ», dachten Kauer und ich sogar daran, Herrn Luxsinger die fertige Sendung eventuell vorgelesen zu lassen. Damit er, zum Schluss, garantiert ungeschmitten, seinen Standpunkt hätte beisteuern können.
Das fertige Manus wurde sofort an Radiodirektor Hersche geschickt, welcher mir am nächsten Morgen telefonierte, es sei «sprachlich wie immer hervorragend», auch «juristisch, in Sachen Persönlichkeitschutz, könne man anstreifen, nicht aussetzen», aber die Ausstrahlung sei «schwierig», weil die «NZZ» immer günstig über das Radio und seine Reorganisationspläne berichte und auch weil einige Echo-der-Zeit-Korrespondenten «NZZ»-Journalisten seien.

der in den samstäglichen Seminararbeiten (Leit-Artikeln des Leit-Hammels) aufscheint; nach innen, Richtung Innenstehende (oder Innenliegende) wirkt er mit dem weniger akademischen Charme eines Knecht Ruprecht und dem Fingerzeiggefühl eines Ernst Morgeli. Herrschen durch Massivität. Eine echt autoritäre Erscheinung, ganz wie die Bosse in der Industrie, etwas bühlerhaftes, ein Direktor, verglichen mit Hubert Beuve-Méry oder Jacques Fauvet von «Le Monde» eine durchaus ungeistige Erscheinung; Militärmusik. Und eine Pyramidenspitze, auf die Druck ganz kräftesparend ausgeübt werden kann.
Eine dezentralisierte Zeitung mit selbstbesuch auf Luxsinger verübt werden, die in «Jagdgespräch unter Tieren» erwähnten Fälle sind eventuell nicht die Regel. Es genügt, den Aufsteiger F. L. in die exquisten Klubs aufzunehmen und ihm durch diese Mitgliedschaft zu schmeicheln, damit der Chefredaktor, obwohl selbst (Reineinkommen 78: 21 000 Fr., Reinvormögen 394 000 Fr.) nicht sehr begütert, kein Inhabersproduktionsmittel im Zweifel sich den Interessen des Kapitals ganz verbunden fühlt und diese Gefühle seinen Untergebenen vermittelt. Der soziale Umgang, nicht nur das Sein, bestimmt das Bewusstsein ...

Ich hörte nichts mehr während Wochen, erhielt dann in Paris einen Anruf von Radioredaktor Kälin, ich solle doch bitte mitmachen in der Sendung «Samschig-Mittag»,
Dieser taktische Rückzieher wurde dadurch möglich, dass sich die SRG-Hausverbände (VSRTA (Verband Schweizerischer Radio- und TV-ArbeiterInnen) und die SRG-Direktoren mit Zehtausender-Monatsgehältern angeschlossen sind (!), ausgetrickelt. Dies war möglich, weil die Drohung des SSM mit «allen möglichen Kampfmitteln» (Dienst nach Vorschrift, Bummelstreik oder Streik) leer bleiben musste. Das Geld fehlte. (Inzwischen hat der SSM-Kongress die Bildung eines Streikfonds beschlossen.)
Dem SSM fehlte nichts anderes übrig als die eigenössische Einigungsstelle anzurufen, welche schliesslich die SRG dazu verpflichtete, dem am schlechtesten bezahlten Personal eine Lohnzulage von einem Prozent auszurichten.
Doch im SRG-Zentralvorstand stiegen wiederum die Sozialbremser. Und wiederum funktionierte sie, dass andere Gewerkschaften ähnliche Forderungen stellen könnten. Der Vermittlungsvorschlag wurde abgelehnt und das SSM musste den miesen GAV unterzeichnen - gegen die SRG, wie SSM-Präsident Alfredo Knuchel erklärte. Den GAV kündigten kaum nämlich nur, wer ihn auch unterschrieben hat. Diese Kündigung bindet auch den VSRTA - wird Ende 1979 fällig sein.
Das SSM hat den kürzeren gezogen. Trotzdem waren einige Erfolge zu verzeichnen. Die SRG-Monopolisten mussten Farbe bekennen. Sie haben das ohnehin lädierte Image der SRG (15prozentige Gebührenerhöhung bei gleichzeitiger unnötiger Reorganisierung der Tagesschau für 1 Mio. Franken und jährlichen Mehrkosten von weiteren 3 Mio. Franken!) mit ihrem unsozialen Vorgehen nur noch mehr angekratzt. Das SSM hat jedenfalls Auftrieb erhalten. Knuchel: «Seit dem Frühjahr hatten wir Dutzende von Neueintritten zu verzeichnen.» Fredi Hänni

Broger und ich könnten jeden Samstag bis zum Sommer zehn bis zwölf Minuten miteinander völlig frei debattieren, ungeschmitten und ohne Eingriff eines Talk-masters. Ich war nicht begeistert.
Die erste Debatte wurde am 7. April aufgenommen. Broger kam sofort mit einem Fall, der mich betraf, nämlich die Abschmetterung der Hofer-Club-Beschwerde gegen meinen Jeanmaire-Beitrag im «Faktenordner» vom Dezember 76. Ich hatte ein und wollte noch ein bisschen von Zensur sprechen.
Die Sendung wurde am folgenden Samstag ausgestrahlt, ungeschmitten, aber mit anschliessendem hinterköhligen Kommentar des Pressechefs von Grüningen: Der Entscheid, die Luxsinger-Sendung nicht auszustrahlen, sei ein «redaktioneller» gewesen und nicht äusserer Druck zuzuschreiben. (Seit wann gehört Radio-Direktor Hersche zur Redaktion des Faktenordners? Er hatte abgeklummt, während Kauer die Sache bringen wollte. Also Irrführung der Öffentlichkeit.)
Radiodirektor Hersche schrieb mir am folgenden Mittwochabend einen Expressbrief, nachdem er sich mit Broger abgesprachen hatte. «Die Sendung habe seine Erwartungen und Hoffnungen enttäuscht», und am nächsten Samstag werde sie nicht mehr stattfinden, und überhaupt nicht mehr. (Das tat sie dann auch wirklich nicht.) Ich hatte falsche Gründe angegeben für die Nichtausstrahlung meines Luxsingers; tatsächlich habe die Sendung nicht realisiert werden können, weil a) «es keinen Anlass gebe, Luxsinger hochzunehmen» und b) die Hörer gar nicht begreifen würden, was mit den angeblichen Club-Verfälschungen gemeint sei.

Von gewisser linker Seite konnte ich viele Beweise herlicher Teilnahme entgegennehmen: ich hätte ja wissen können, dass Luchsni tabu sei, und meine Fähigkeit, im Umkreis von 50 Kilometer sei einzige gefährliche Fettnäpfchen zu trampeln, sei stupend, und ich hätte wieder einmal nur so getan, als ob ich etwas produzieren wolle, in Wirklichkeit hatte ich von Anbeginn den Wirbel im Auge gehabt, welcher nach dieser doppelten Abklemmung entstanden war (die «Tat» machte eine Titelgeschichte daraus, die «Tribune de Lausanne» berichtete halbseitig, der «Tagi» detailliert - die «NZZ» natürlich gar nicht), und es sei mir eben nicht wohl, wenn nicht ständig über meine Person berichtet werde, und überhaupt seien diese «NZZ-Internas» und das «Privateleben» von F. Luxsinger politisch uninteressant (in wirklich ganz privater Verein, der Rotary-Club, diese gebaltete Machtdiagnose aller zürcherischen «top-men», wie Pfr. Vogelsanger es nennt; und rein private Beziehungen im Jagdrevier zwischen Dr. Blum, Dr. Schmidheini und Dr. L.).

Vielleicht müsste man den Begriff «politisch» doch etwas weiter fassen, über die «politische politicienne» der Berufspolitiker hinausgehen, und vielleicht hatten z. B. Cäsars private Bürstereien mit Cleopatra auch etwas mit Politik zu tun. Punkto Fettnäpfchen darf man sagen, dass jeder seriöse Journalismus irgendwam mit ihnen zu tun hat, ich halte nicht kramphaft Ausschau nach solchen, sondern sie stehen ringsherum dichtgedrängt, man kann nicht anders als sie betreten, wenn man sich bewegt. Oder was soll man von jenen hochqualifizierten Wirtschaftsjournalisten halten, die lethzin vom Tagi-Magazin aufgefördert wurden, Themenvorschläge zu offerieren; welche sich anboten, über den Bührlé-Konzern etwas Kohärentes zu schreiben, oder über die BBC oder über die Mövenpick-Unternehmen, oder über die Emscher Werke; und welche dann von einem ausgewachsenen Dr. Redaktor die Antwort erhielten: diese Themen interessierten die Leser nicht.

Niklaus Meienberg

Radio- und Fernsehgesellschaft brüskiert ihre Mitarbeiter

Die Harten von der SRG-Ranch

Der Zentralvorstand der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG) hat eben einen unschönen Triumph gefeiert. In der Auseinandersetzung mit der grössten Mediengewerkschaft, dem Syndikat Schweizerischer Medienschaffenden (SSM), hat er seinen harten Kopf auf der ganzen Linie durchgesetzt. Selbst der Vermittlungsvorschlag der eigenössischen Einigungsstelle wurde von der SRG abgelehnt. Dabei hätte sie dieses Trostpfaster - zur Wiederherstellung des sozialen Friedens im eigenen Haus - bloss 300 000 Franken gekostet: ein kleiner Teil der Medienleute hätte eine einmalige Lohnzulage von einem Prozent erhalten. Nun muss die noch junge Gewerkschaft SSM den ungenügenden Gesamtarbeitsvertrag vorläufig schlucken.

Ausgerechnet die Herrscher über die «objektiven und ausgewogenen» Medien Radio und Fernsehen müssen vordemonstrieren, wie die gewerkschaftlichen Forderungen mit allen verfügbaren Tricks abgewürgt werden können. Die neuen Verhandlungen für einen neuen Gesamtarbeitsvertrag (GAV) für die rund 3000 Radio- und TV-Arbeiter der SRG liefen im Juli 1977 an. Eine der Hauptforderungen der rund 1500 im SSM organisier-

ten Medienleute war die Verwirklichung der 40-Stunden-Woche. Das wurde von der SRG-Verhandlungsdelegation auch zugesichert - auf den 1. Januar 1981.
Doch dann nahm die übergeordnete Behörde in der SRG-Hierarchie, der Zentralvorstand, diese Zusicherung zurück. Inzwischen war nämlich bekannt geworden, dass die SGB-Initiative zur Verkürzung der Arbeitszeit sang- und klanglos begraben werden musste. Die

FDP- und CVP-Strategen unter den SRG-Gewaltigen befürchteten bei Zugeständnissen Auswirkungen auf andere Branchen, in denen ebenfalls GAV-Verhandlungen ins Stocken geraten waren ...

Dieser taktische Rückzieher wurde dadurch möglich, dass sich die SRG-Hausverbände (VSRTA (Verband Schweizerischer Radio- und TV-ArbeiterInnen) und die SRG-Direktoren mit Zehtausender-Monatsgehältern angeschlossen sind (!), ausgetrickelt. Dies war möglich, weil die Drohung des SSM mit «allen möglichen Kampfmitteln» (Dienst nach Vorschrift, Bummelstreik oder Streik) leer bleiben musste. Das Geld fehlte. (Inzwischen hat der SSM-Kongress die Bildung eines Streikfonds beschlossen.)

Dem SSM fehlte nichts anderes übrig als die eigenössische Einigungsstelle anzurufen, welche schliesslich die SRG dazu verpflichtete, dem am schlechtesten bezahlten Personal eine Lohnzulage von einem Prozent auszurichten.
Doch im SRG-Zentralvorstand stiegen wiederum die Sozialbremser. Und wiederum funktionierte sie, dass andere Gewerkschaften ähnliche Forderungen stellen könnten. Der Vermittlungsvorschlag wurde abgelehnt und das SSM musste den miesen GAV unterzeichnen - gegen die SRG, wie SSM-Präsident Alfredo Knuchel erklärte. Den GAV kündigten kaum nämlich nur, wer ihn auch unterschrieben hat. Diese Kündigung bindet auch den VSRTA - wird Ende 1979 fällig sein.

Das SSM hat den kürzeren gezogen. Trotzdem waren einige Erfolge zu verzeichnen. Die SRG-Monopolisten mussten Farbe bekennen. Sie haben das ohnehin lädierte Image der SRG (15prozentige Gebührenerhöhung bei gleichzeitiger unnötiger Reorganisierung der Tagesschau für 1 Mio. Franken und jährlichen Mehrkosten von weiteren 3 Mio. Franken!) mit ihrem unsozialen Vorgehen nur noch mehr angekratzt. Das SSM hat jedenfalls Auftrieb erhalten. Knuchel: «Seit dem Frühjahr hatten wir Dutzende von Neueintritten zu verzeichnen.» Fredi Hänni

Wir versprechen keinen heissen Sommer.

Aber einen heissen Herbst. Abonnieren Sie!

«das konzept», Jahresabonnemen 18 Fr., Ausland 22 Fr. Aus technischen Gründen laufen die Abos stets bis Ende Jahr.
Ich bestelle ein Abonnement «das konzept» (Zutreffendes ankreuzen)
[ ] September 1978 bis Dezember 1979 für 24 Fr. (Ausland 28 Fr.)
[ ] Unterstützungsabonnemen (doppelter Betrag)
[ ] Geschenkabonnemen, (Name des Beschenkten hier eintragen: (Adresse für Rechnung auf Zeitungsrund)
Name, Vorname:
Adresse:
PLZ, Ort:
Beruf: Datum:
Talon einsenden an: «das konzept», Weinbergstr. 31, 8006 Zürich
Schicken Sie bitte eine Gratisprobenummer an folgend(e)n Bekann(t)e(n): dk 78/7

UdSSR
SSR-Reisen in das grösste Land der Welt:
Einsteigen und fahren und fahren... Mit der Transsibirischen Eisenbahn durch die Weite Sibiriens: Moskau-Wladiwostock-Nachodka. Inbegriffen: Flug Zürich-Moskau-Nowosibirsk, Bahnfahrt inkl. Schlafwagen, Transfers, Stadtrundfahrten, Vollpension, Visum. Daten: 30.7.-13.8. und 6.-24.8.78
Var. A: ohne Rückflug Fr. 1580.- - 1610.-
Var. B: mit Rückflug (Tokio-Zürich) Fr. 2750.- - 2780.-
Karelien-Baltikum
Leningrad-Petrosawodsk-Kishi-Helsinki-Tallin-Riga
15 Tage, Flüge, Vollpension, Ausflüge, Besichtigungen, Stadtrundfahrten, Transfers, Visum.
23.7. - 6.8. Fr. 1450.- 3. - 17.9. Fr. 1360.-
Von Moskau nach Istanbul
Flüge, Bahn- und Schiffstransport, Vollpension, Ausflüge und Besichtigungen, Transfers, Visum
16.7. - 2.8. Fr. 1490.- 3. - 20.9. Fr. 1390.-
Weitere interessante Russland-Reisen im grossen SSR-Ferienkatalog!
SSR-Reisen
Leonhardstrasse 10, 8001 Zürich
Telefonverkauf: 01/242 31 31
anders als anders
Reisen für junge Leute.

Der Bauboom in den Bergregionen: Profite für die Bergbevölkerung?

# Die Ferienstädte in den Alpen

Vom VIVA-Kollektiv\*

Nachdem der Bauboom in den städtischen Agglomerationen zusammengebrochen ist, haben sich zahllose Immobiliengesellschaften auf Ferienbauten in unseren Bergregionen spezialisiert: Das Fehlen von Zonenplänen in den meisten Berggemeinden ermöglicht es ihnen, praktisch überall zu bauen. Der Bergbevölkerung wird das «grosse Geschäft» versprochen. Ein Beispiel aus den Bündner Alpen, ein grossangelegtes Ferienort bei Lenzerheide, zeigt die Auswirkungen eines solchen Projektes auf die einheimische Bevölkerung.

Wo heute noch häufig Rehe zu beobachten sind, wird schon nächsten Monat der Bagger den ersten «Spatenstich» für ein neues grossangelegtes Ferienort auf der Lenzerheide durchführen: An der Lenzerheide, die von der Lenzerheide nach Ober- und in einem bisher unberührten und der landwirtschaftlichen Nutzung

schafsbild ein. Von einer Überbauung à la Sövalv könne nicht im geringsten die Rede sein. Vielmehr sei man bei der Planung dieses Ferienortes darauf bedacht gewesen, keine Betonklötze aufzustellen. Geplant seien «gediegene» Reiheneinfamilienhäuser mit separatem Eingang und Giebeldach. Der Ausbau dieser Ferienhäuser gehe ins «Rustikale». Bauführer Burri vom Architekturbüro Mörgeli, Hinwil, meint sogar, man könne weit reisen, um ähnlich schöne Ferienhäuser zu finden.

Offensichtlich hat die «La Schmetta Immobilien AG» aus der Sövalv-Überbauung von Göhner ihre Lehren gezogen. Mit einer «rustikalen Masche» soll der sicher weit verbreiteten Opposition gegen Grossüberbauungen der Wind aus den Segeln genommen werden. So ganz nach dem Motto: Ob Betonklotz oder «rustikal», Hauptsache, die Kasse stimmt. Zudem ist sich die «La Schmetta Immobilien AG» bewusst, dass die Ferien Gäste keine Lust haben, gleich wie daheim zu wohnen, gehört doch der ländliche Stil zum besten Verkaufshilf. Dies scheint sich offenbar schon zu bestätigen, denn von den ersten geplanten 18 Einheiten sollen bereits deren 12 verkauft sein. Der Verkauf der übrigen sechs Einheiten soll in den nächsten Wochen erfolgen. Die meisten Käufer seien übrigens Schweizer, meint Burri. Ein Absatzproblem bestesse in keiner Weise. Der Ausländeranteil werde gar noch geringer sein, als er in der «Lex Furgler» vorgeschrieben sei (48 Prozent).

## viva

dienenden Gebiet gleich neben dem «Crestas-Skiflip» sollen 132 Reiheneinfamilienhäuser im Rahmen einer Grossüberbauung erstellt werden.

Die Baubewilligung für die 1. Etappe des gigantischen Projekts ging sang- und klanglos über die Bühne. Nicht einmal der Verein «Pro Lenzerheide/Valbella» wusste etwas davon. Offenbar wirbelte die Geschichte um die Sövalv-Überbauung in der Nähe der Talstation der Rothornbahn derart viel Staub auf, dass andere Vorhaben in aller Stille beschlossen werden konnten. . . .

### Immobilien AG als Vermittlerin

Als Eigentümerin der fraglichen Parzelle ist die Erbgemeinschaft Bergamin, Lenzerheide, eingetragen. Gemeinderat und Besitzer des Hotels «Touring» Lenzerheide, Gaudenz Bergamin, vertritt in Sachen Grundeigentum die Interessen der Erbgemeinschaft. Noch ist im Grundbuch kein neuer Eigentümer eingetragen, doch zukünftige Eigentümer des Bodens werden die Käufer der

hinwegtäuschen, dass die Gemeinde Vaz/Oberbaz einen ersten Zonenplan ablehnte, und jetzt deshalb mit leeren Händen dasteht. Besonders wenn es sich um derart riesige Projekte handelt, wie die «La Schmetta»-Überbauung eines Ort, wäre es Pflicht der Gemeinde, mit der Erteilung von Bewilligungen bis zur generellen Einzonung zuzuwarten.

Die Erteilung der Bewilligung für das «La Schmetta»-Dorf ist allerdings kein Zufall. Die Weichen dafür wurden schon mit der Genehmigung des oben erwähnten Quartierplans im Jahre 1976 durch den Gemeinderat, in welchem o Wunder, auch Gaudenz Bergamin sitzt, gestellt. Mit der Genehmigung dieses Quartierplans, dessen Baugelände sich zur «allgemeinen Beruhigung» im generellen Kanalisationsprojekt von 1964 befindet, wurde die Genehmigung des Baugesuchs praktisch zur Formsache. Auch wenn vorderhand nur die erste Etappe bewilligt wurde, kann mit grosser Sicherheit davon ausgegangen werden, dass dies auch für die zwei weiteren Etappen der Fall sein wird.

### Grosses Geschäft - für wen?

Die Grossüberbauung ist zunächst ein grosses Geschäft für die Erbgemeinschaft Bergamin und die zu diesem Zweck gegründete «La Schmetta Immobilien AG». Ebenfalls ein Geschäft könnte das Vorhaben für reale Einkaufsgeschäfte werden, was allerdings noch nicht feststeht. Man ist geneigt, zu fragen, in welcher Hinsicht die grosse Mehrheit der Vaz-Oberbaz davon wohl profitieren könnten. Wenn es nach der offiziellen Version gehen sollte, so könnte man meinen, dass dieses Bauvorhaben nur «zum Wohl» der einheimischen realisiert würde. Und sofort nennt man uns die Auflagen, unter welchen die Bewilligung erteilt wurde (Ausnützungquote, Bau einer Strasse mit Durchgangrecht, Servitut für die Pistenbenützer im Winter, Erstellung der Wasserleitung, Bau von genügend Garagen). Dann wird selbstverständlich auch auf den Steuerertrag aus den Einfamilienhäusern hingewiesen. Bleibt zu fragen, welche Lasten die Gemeinde dafür zu tragen hat, worauf wir selbst Antwort geben müssen:

Die Gemeinde Vaz/Oberbaz wird demnach eine Kläranlage zu finanzieren haben, die wohl zum geringsten Teil aufgrund der Abwasser der einheimischen Bevölkerung notwendig geworden ist;

Die Gemeinde muss Massnahmen für den Ausbau und die Verbesserung der Infrastruktur allgemein ergreifen, die nur zu einem geringen Teil von den Touristen finanziert werden. (So schauen für die Gemeinde aus einem Schmetta-Ferienhaus voraussichtlich weit weniger als 500 Fr. jährlich heraus);

Mit der einseitigen Entwicklung in Richtung Ferienstadt wird sich die einheimische Bevölkerung auf lange Frist und teilweise schon heute mit dem Problem des einseitigen Arbeitsplatzangebots konfrontiert sehen. Mehr Tourismus bringt nicht mehr Berufswahlmöglichkeiten und vor allem nicht ganzjährige Vollbeschäftigung. Im Gegenteil, gebraucht werden in dieser Branche meist unqualifizierte Arbeitskräfte; eine wirkliche Erwerbsgrundlage für die grosse Mehrheit der ansässigen Bevölkerung wird aufgrund des saisonbedingten Anstiegs nicht geschaffen. Die Folge davon: Abwanderung der angestammten Bevölkerung und Schaffung saisonbedingter Arbeitsplätze für Auswärtige.

Der Touristenboom ist eine vorübergehende Sache. Mit der einseitigen Förderung des Tourismus wird der Weg einer einseitigen wirtschaftlichen Entwicklung im Interesse der Lohnabhängigen und Kleinbauern verbaut. Eine in der Zukunft wohl wahrscheinliche Krise sowie Störungen im Währungssystem werden unmittelbar das Leben in den Touristenstädten zum Erlahnen bringen. Die Folge davon: drastische Zunahme der Arbeitslosigkeit, da keine alternative Beschäftigungsmöglichkeiten. Die Vergangenheit hat die Richtigkeit dieser These schon längst erwiesen. Auf sämtliche Krisen haben die touristischen Regionen ungleich sensibler reagiert als andere Gebiete.

### Die Nachwehen des Baubooms

Zahllose Immobiliengeschäfte haben sich in den letzten Jahren auf Ferienbauten spezialisiert, nachdem der Bauboom in den städtischen Agglomerationen zusammengebrochen ist. Man beruft sich dabei auf die noch immer vorhandene Nachfrage und hofft, auch hier noch kräftig abrahmen zu können. Was später mit den erbauten Häusern geschieht, interessiert diese Leute meist wenig. Deshalb bevorzugen sie den direkten Verkauf der Liegenschaften, sei es im Stockwerkeigentum oder normal.

Die «La Schmetta»-Überbauung stellt höchstens in einer Beziehung einen Sonderfall dar, nämlich in der Frage der Taktik: Während Göhner noch plump mit dem Einsatz von Betonklötzen einfährt, macht man es hier auf die feinere Tour. Damit soll die Überbauung in diesem landschaftlich offensichtlich schützenswerten Gebiet keineswegs gerechtfertigt werden. Doch das Problem bleibt das gleiche: Wollen wir eine Entwicklung aufzwingen lassen, die uns in eine Sackgasse treibt?



Wie ein Oberst 1300 zum Lachen bringt

## Rote Flecken auf «unsere Standarte»

«Wir haben in diesem WK wieder einmal bewiesen, dass wir kriegstauglich sind.» Also tönten die klirrenden Militärsprecher. Anlass: 1 Fahnenabgabe. Ort: ein Gebirgsflugplatz. Zeit: 1 Tag im Juni. Die Mitwirkenden: 2 Divisionäre, 1 Offizierskorps. Sowie: die Truppe.

Es geht nicht ohne. Am Ende einer Dienstleistung am Vaterland steht die Fahnenabgabe. Genommen wurde sie zwar nie, dafür darf sie «abgegeben» werden, die Fahne. Zurück mit dem weisseflechten roten Tuch (oder ist es ein rotweisses weisses Tuch?) in die muffige Ecke eines eidgenössischen Zeughauses.

Rund 1300 Soldaten warten vier Stunden auf die Show. Der Befehl lautet auf fünf Uhr. Selber schuld, wer schon um eins da ist. 16.25 Uhr: Ein Helikopter über den Köpfen. 35 Minuten zu früh. Zu spät kommen ist schlimm - zu früh jedoch schlimmer: Da muss man sich verdrücken. Das haben auch die beiden Fluggasagiere, zwei Divisionäre, längst gelernt und befehlen eine Alpenrundflug. Gnäg, jammernd über das viel zu kleine Millitärbudget, lässt grüssen.

16.53 Uhr: Der Divisionär-Transporter landet. Die Truppe setzt sich über das Flugfeld in Richtung Generalität in Bewegung. Es beginnt zu regnen. Wie aus Kübeln. Die Uniform ist binnen drei Minuten nass bis auf die Haut. Die Regelpelerine bleibt säuberlich gerollt im

Sack. Vor rot-weissen Fahnen friert sich besser.

«Helm ab!» schreit einer. Auch die Kopfhaut darf nass werden. Ein Goldbetreuer bestiegt einen Jeep. Die unenberrliche Rede kann beginnen. Thema diesmal: «Unsere Standarte». (Zuvor haben sich Militärmusikanten mit einem Marsch abgemüht im Kampf gegen das Gewitter. Die Fahne, pardon: Standarte ist vorbeigerauscht. Einer hat salutiert. Und noch einer und ein dritter.) Die Standarte müsse wieder vermehrt geachtet werden. Es gebe - der einfalsreiche Jeep-Oberst sagt es im Bräuston der Entrüstung - in der Schweiz Leute, die beim Einnachten die Standarte nicht einmal von der Stange nähmen. Von der dritten Reihe an gehen hinten anschwelndes Gefächter. Doch unbekümmert um solcherlei Privatitäten tut es weiter ganz Intimes aus dem Feldlautsprecher: «Ich könnte das Militär nicht aus meinem Leben wegdenken.» Der Oberst, sonst auch noch Sekundarschulvorsteher (frets.), verursacht grösste Heiterkeit.

Nach dreiviertel Stunden ist der Spuk vorbei. Die Herren Höheren Offiziere setzen sich in den Helikopter oder in den Mercedes. Auf den offenen Lastwagen frösten 1300 Soldaten in zügiger Abendluft.

Der Husten ist nach 10 Tagen auskuriert. «Kriegstauglich» sei die Truppe, wurden 1300 Schweizer in verlogener «Wir»-Form belehrt. Kein Wunder bei solchen Armeeführern. Fredi Häni

### «Pro Valbella/Lenzerheide»: Bürgerliche Opposition

## «Wir wollen eine Entwicklung in geordnetem Rahmen»

Die «Pro Valbella/Lenzerheide» ist ein Verein der Nicht-Einheimischen, also der Ferienhaus- und wohnungsbesitzer, die Angst vor einer weiteren ungeplanten touristischen Entwicklung haben. Es ist dies die einzige offizielle Opposition gegen Grossüberbauungen usw. im Bereich Valbella/Lenzerheide, die zudem praktisch keine Kontakte mit der einheimischen Bevölkerung hat. Wir lassen die «Pro Valbella/Lenzerheide» zu Worte kommen, um die bürgerliche Opposition gegen solche Projekte besser zu beleuchten.

viva: Herr Hosang, Sie waren völlig überrascht, als die Bündner Zeitung Sie aufgrund dieses Projektes anfragte. Wie sieht es mit der Informationspolitik der Behörde gegenüber Ihrer Vereinigung?

«Pro Valbella/Lenzerheide»: Die Behörden geben uns natürlich keine Informationen. Wir müssen selbst schauen, dass wir amtliche Publikationen über aus geschriebene Baugesuche informiert werden.

Warum hat die PVL gegen die «La Schmetta»-Überbauung keine Einsprache erhoben?

Als Verein haben wir keine Einsprachelegitimation. Falls wir ein Projekt aus irgendwelchen Gründen schlecht finden, nehmen wir mit den Anstössern Kontakt auf, welche direkt Betroffene zur Einsprache legitimiert sind. Selbstverständlich beraten wir diese.

Die Anstösser der «La Schmetta»-Überbauung sind aber gegen dieses Projekt. Sie haben nur Angst, etwas öffentlich dagegen zu unternehmen.

Es ist mir neu, dass diese Anstösser dagegen sind. Doch aufgrund unserer Erfahrung in anderen Fällen kann ich sagen, dass es sehr schwierig ist, direkt Betroffene dazu zu bewegen, vom Recht auf Einsprache Gebrauch zu machen. Und wenn keine Einsprachen gemacht werden, können wir auch nichts machen. Wir könnten in solchen Fällen höchstens an die Gemeinde gelangen, um darzulegen, dass in Positionen aus von seiten der Einheimischen besteht.

Welche Mittel gibt es sonst noch, um solche Projekte zu verhindern?

Wir könnten die Quartierpläne, aufgrund deren die diversen Baubewilligungen erteilt wurden, anfechten, da diese Quartierpläne, die vom Gemeinderat genehmigt wurden, nicht rechts gültig sind. Dies ist nicht nur unsere Auffassung,

sondern auch jene der kantonalen Planungsstelle.

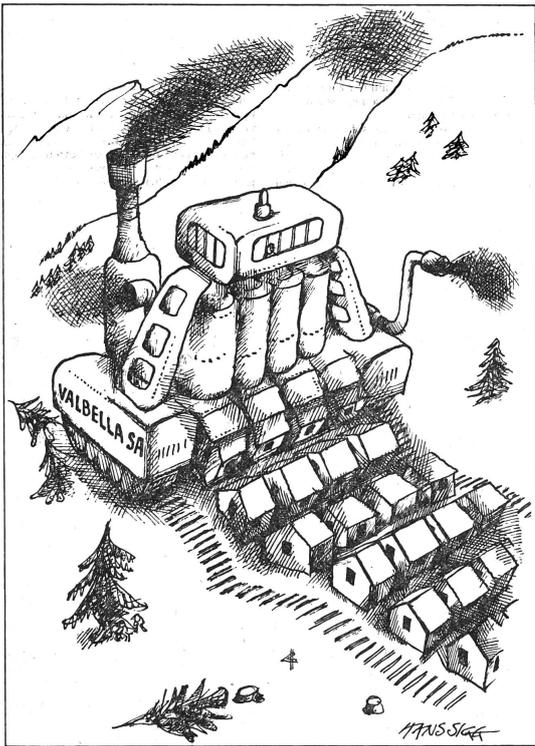
Quartierpläne können nämlich gemäss Gesetz erst dann genehmigt werden, wenn die sogenannte Grundordnung, die Ortsplanung, vorhanden ist, was in Vaz/Oberbaz nicht der Fall ist. Solange keine Ortsplanung besteht, bedeutet die Genehmigung eines Quartierplans ein Ja zu einem «Teil-Ortsplan», der, wenn nicht vom Volk, so mindestens von der Regierung genehmigt werden müsste. Mit diesem Vorgehen werden die Bestimmungen des kantonalen Raumplanungsgesetzes umgangen.

Wir haben in einem Fall ein Projekt so angefochten. Die vom Bündner Verwaltungsgericht abgewiesene Beschwerde wurde ans Bundesgericht weitergezogen, welches jetzt zu entscheiden hat. Alle beteiligten Anwälte sind übrigens der Ansicht, dass der Entscheid des Verwaltungsgerichts nicht haltbar ist.

Welche Versuche wurden bisher von der PVL unternommen, um die einheimische Bevölkerung insgesamt gegen die unverantwortbare Baupolitik der Behörden zu mobilisieren?

Wir haben mit dem Gemeinderat schon einige «Strässe ausgefochten». Unsere Stellungnahme zur gängigen «Planungspraxis» ist schon seit Jahren bekannt. Wir haben auch immer betont, dass wir Gegner eines Nullwachstums sind. Vielmehr wollen wir eine Entwicklung in einem geordneten Rahmen. Dies wurde teilweise missverstanden. Es wurde uns unterstellt, wir hätten unsere Liegenschaften schon, wir wollten nur keine weiteren mehr.

An die Bevölkerung direkt haben wir uns nie gewendet. Wir wollen zwar bei der Gründung unseres Vereins eine Erklärung in alle Haushaltungen schicken, liessen aber aus Angst vor einer Konfrontation mit dem Gemeinderat davon ab.



Reiheneinfamilienhäuser sein. Die «La Schmetta Immobilien AG» tritt als Vermittlerin auf. Diese Gesellschaft garantiert der Erbgemeinschaft Bergamin für die bereits bewilligte Etappe sowie für die zwei weiteren Etappen, falls sie bewilligt werden, den vertraglich vereinbarten Kaufpreis. Die von der Überbauung betroffene Parzelle 173 umfasst ein Gebiet von 38 258 Quadratmetern.

### Rustikale Masche

Auf Anfrage hin beteuert uns die Generalunternehmung, das geplante Ferienort fuge sich wunderbar ins Land-

planungsgesetz für den Kanton Graubünden von 1973 den Gemeinden die Erstellung eines solchen vorschreibt. Die Bewilligung für das Vorhaben wurde lediglich aufgrund eines Quartierplans erteilt, der nicht etwa amtlich, sondern privat von einem Zürcher Planungsbüro (D. Schlueter und H. Hoessli) erstellt wurde. Genehmigt wurde dieser Plan schon vor fast zwei Jahren, nämlich im September 1976. Es ist klar, dass der neuerstellte zur Abstimmung gelangende Zonenplan - eine erste Auflage des Zonenplans wurde vor einiger Zeit abgelehnt - auf dieses und ähnliche Projekte keinen Einfluss mehr haben wird. Die Ausscheidung in Bauland und Schutzgebiete wird demnach nur noch eine Alibi-funktion besitzen. Der zu beschliessende Zonenplan wird die geschaffenen Zustände höchstens sanktionieren.

Nun ist es aber so, dass diese Taktik der Überbauung vor einer generellen Einzonung einer Umgehung der einschlägigen Bestimmungen des Bündner Raumplanungsgesetzes gleichkommt. Darüber kann auch die Tatsache nicht

\* Das VIVA-Kollektiv gibt im Kanton Graubünden monatlich die Alternativzeitung «VIVA» heraus. Probenummern bei VIVA-Kollektiv, Postfach 66, 7002 Chur.

«das konzept» stellt den regionalen Alternativzeitungen Platz zur Verfügung, damit sie über Probleme, die nicht nur ihre Region betreffen, informieren können.

Eindrücke aus dem «sozialistischen Libyen» zeigen die Widersprüche dieser «Grünen Revolution» von oben auf

# Blicke hinter die Kulissen des Schlaraffenlandes Libyen

Von unserem Basler Mitarbeiter Oti Scheiwiler

In Libyen findet seit 1969 die Revolution statt, welche das Volk aus seinen materiellen und moralischen Ketten befreien soll. Materiell herrscht denn auch im Ölland Libyen Wohlstand, ja der Geldsegen, welcher sich übers Volk ergiesst, mutet paradisiisch an. Auf Erkundungsfahrt allerdings entdeckt man die Kontraste: Die moderne Zivilisation wurde dem Volk dekretiert, es weiss nur wenig mit den Wohlstandsgütern anzufangen. Und die Industrie ist völlig von den westlichen Industrienationen abhängig. So findet man denn auch wenig von der moralischen Befreiung. Mit dem Islam als Staatsreligion, mit den unveränderten Beziehungen zwischen den Geschlechtern, mit dem nach wie vor tiefen Ausbildungsstand der Bevölkerung konnte kein Selbstbewusstsein des Volkes entwickelt werden. Das «Selbstvertrauen» ist noch immer das Vertrauen in den grossen Führer Kadhafi.

### Die Redaktion

Mit «République Arabe Libyenne» ist mein Touristenvisum im Pass überschrieben. Zwar ist diese Bezeichnung noch gültig, zumindest aber nicht mehr offiziell: 1976 hat Oberst Kadhafi Libyen ohne ersichtlichen Grund in «Sozialistisches Arabisches Libyisches Volks-al-Jamahiriyah» umbenannt.

Laut Prospekten hat sich Libyen seit dem Septemberrevolution 1969 von einem Land des Rückstandes, das während Jahrhunderten durch Fremdherrschaft und Ausbeutung in politischer Bedeutungslosigkeit und innerer Verelendung dahinvegetierte, zu einem modernen sozialistischen Staat gewandelt. Ziel der Revolution war die Schaffung eines Musterbeispiels für die gesamte Welt, die Befreiung des Menschen von jeder Form der Unterdrückung, materieller Wohlstand und soziale Gerechtigkeit durch Güterumverteilung.

### Wohlstand erreicht

Diese Zielsetzung soll jetzt, acht Jahre nach Kadhafis Machtergreife, durch gezielte soziale und ökonomische Massnahmen weitgehend realisiert worden sein – Libyen hat «ein einzigartiges Beispiel der totalen Revolution geschaffen, um es der Menschheit zu präsentieren und den Menschen von allen materiellen und moralischen Ketten, die seinen freien Willen unterdrücken, zu befreien.» Mit einiger Erwartung nähere ich mich der libyschen Grenze.

Dass die materiellen Vorstellungen der Revolutionsregierung erreicht worden sind, wird bald klar. Mitten in der Wüste taucht vor mir ein neuerrichteter Dorf auf. Symmetrisch angeordnete Einfamilienhäuser in Fertigbauweise, neue Moscheen in italienischem Kirchenbaustil, ein modernes Spiel. Einige Kilometer davon entfernt finde ich Reste des alten Dorfes, welches vor drei Jahren aufgegeben wurde. Baracken ohne Dach, zerfetzte Strassen, Berge von Schutt und Müll: Relikte des vorrevolutionären Libyens.

### Nur eine Fassade?

Auf guten Strassen rasen die neuesten japanischen und europäischen Automobile. Warenhäuser nach unserem Muster säumen die Wege; Restaurants, modernste Tankstellen. Im Gegensatz zu anderen arabischen Staaten fehlt das Bild der zerlumpten Bettler, die regiert am Strassenrand hocken, keine «Bakschisch» heischende Kindercharme umzingelt einen schreiend, gut gekleidete Leute prägen das Alltagsbild. Also hat die Propaganda nicht zuviel versprochen?

Die Wirklichkeit, die hinter dieser materiellen Fassade steckt, sieht anders aus. Es ist allerdings schwierig, dahinter zu kommen, da Kommunikation mit Libyern nur beschränkt möglich ist; in grossen Orten findet man nur mit Glück Leute, die von englischer und italienischer Kolonialzeit her sich einmischen in einer Fremdsprache verständigen können.

92 Prozent der Libyer sind Analphabeten, oder anders ausgedrückt, von den zwei Millionen Einwohnern haben rund 16 400 wenigstens eine Grundschulbildung. Obwohl in den letzten Jahren mit grossem Aufwand an der Verbesserung des Bildungssektors gearbeitet wird, beschränkt sich die Investitionen hauptsächlich auf Schulhausbau; auf Lehrinhalte und die eigentliche Ausbildung wird zu wenig Gewicht gelegt. Überhaupt setzt der Staat alle Hebel zur Beschaffung von materiellen Gütern in Bewegung, um die gesteckten Ziele so schnell wie möglich zu realisieren. Die

nötigen Mittel dazu stammen aus den Erträgen der Erdölproduktion. Kadhafi hat 1969 einige ausländische Ölfirmen aus dem Land geworfen, die restlichen teilweise nationalisiert. Sechs Gesellschaften müssen 51 Prozent des Gewinns an die libysche nationale Ölgesellschaft (NOC) abliefern, sechs weitere Firmen 85 Prozent.

### Haufenweise Geld

Dadurch und in Anbetracht von nur 2 Mio. Einwohnern steht der libyschen Regierung ein ungeheures finanzielles Potential zur Verfügung. Was mit diesem Geld angestellt wird, ist zum Teil recht fragwürdig. Denn einerseits baute und baut man neue Häuser, Strassen, Spitäler, Schulen und Fabriken, investiert Millionen von Franken in landwirtschaftliche Projekte, für die man hochtechnisches Material benötigt. Andererseits steht dieser völlig einseitig entwickelten Infrastruktur ein Manko an ausgebildeten Leuten, die mit der vorhandenen Technik umgehen und arbeiten können, gegenüber. Ein Entwicklungsland mit über 90 Prozent Analphabeten wird schlagartig und hilflos den Produkten einer überindustrialisierten Gesellschaft ausgeliefert.

Die Folgen: Links und rechts entlang der Strassen stehen neue Autos, teils Unfallwracks, teils Wagen mit Motorschaden. Die Libyer kennen keine Verkehrsregeln, fahren rücksichtslos und schnell. Kaum ein Land wird wahrscheinlich eine so hohe Unfallquote aufweisen können; hinter jeder Kurve liegen Wracks, tote Esel und Kamele. Bei Pannen wird das Auto stehengelassen und ein neues gekauft. Geld ist genug vorhanden. Ein ca. 15-jähriger Junge mit einem fabrikneuen Mercedes erklärt mir in Nalut lachend, dass er in seiner Garage noch einen grossen BMW stehen habe ...

In Benghazi schaue ich zu, wie ein Autofahrer über die Stoppsstrasse fährt und von der Polizei angehalten wird. Ohne Zögern nimmt er einige Geldscheine heraus – man hat es ja! Libyen hat übrigens keine Eisenbahn und nur ein schlecht ausgebaut Busnetz. Wozu auch? Jeder hat seinen eigenen Wagen, der Liter Benzin kostet knapp 20 Rappen, und die Ausländer nehmen das Tax.

Materielle Armut scheint tatsächlich nicht zu existieren. Jeder Bürger erhält vom Staat einen monatlichen Unterstützungsbeitrag, wenn er keine Lust hat zu arbeiten oder infolge Unfalls, Krankheit usw. nicht arbeiten kann. Die Summe reicht gut aus zum Leben. Dazu kommt eine Stabilisierung aller Grundnahrungsmittelpreise durch staatliche Subventionen.



... neben ärmlichen Hütten

Unter solchen Voraussetzungen ist die Versuchung für die Libyer natürlich gross, das Angebot des Staates auf ein bequemes Leben ohne Arbeit auszunutzen. Sämtliche Arbeitsplätze, die schwere körperliche Arbeit und qualifiziertes Personal verlangen, sind von Ausländern besetzt. Auch Ärzte, Bauarbeiter, Ingenieure usw. kommen aus Ägypten,

### Arbeiten nicht mehr nötig

Ein wichtiges Planziel der Revolution ist der Wohnungsbau. Jeder Libyer soll sein eigenes Haus oder seine eigene Wohnung haben. Bürger mit relativ tiefem Einkommen bekommen vom Staat zinslose und baukostendeckende Kredite, die auf Antrag nach zwei Jahren geschenkt werden können. Die gesamte medizinische Betreuung ist gratis; bis vor kurzem konnte man gratis im Land telefonieren.

Unter solchen Voraussetzungen ist die Versuchung für die Libyer natürlich gross, das Angebot des Staates auf ein bequemes Leben ohne Arbeit auszunutzen. Sämtliche Arbeitsplätze, die schwere körperliche Arbeit und qualifiziertes Personal verlangen, sind von Ausländern besetzt. Auch Ärzte, Bauarbeiter, Ingenieure usw. kommen aus Ägypten,

Tunesien, Algerien und Europa. Speziell im Wohnungs- und Strassenbau trifft man viele Griechen, Pakistaner und Engländer an.

Fremdarbeiter werden gut bezahlt, wobei es allerdings eine Art Lohnhierarchie gibt. Paradoxerweise verdienen Amerikaner am meisten. Danach folgen die Europäer, die wiederum nach Land klassiert werden. Am schlechtesten schneiden die Nachbarländer Ägypten und Tunesien ab, die aber, verglichen mit den Verhältnissen im eigenen Land, immer noch hoch entlohnt sind.

Die Libyer selbst bevorzugen staatliche Ämter. Der Chefarzt vom Bezirksspital Nalut beispielsweise untersteht dem neuen Gesundheitsminister, der vor drei Jahren noch Schwimmsportler in Tripolis tätig war und der weder schreiben noch lesen kann. Seinen emotionalen und willkürlichen Anordnungen haben aber sämtliche Spitäler Folge zu leisten.

Ein beliebiger Job ist militärisch. Vor jedem staatlichen und politischen Geschäft steht ein zusätzliches kleines Haus mit Stuhl für den Wachposten den ganzen Tag und trinkt gemütlich seinen Tee.

### Moderne Zivilisation dem Volk aufgepöppt

Libyen besteht, abgesehen von einem kleinen Gebiet im Akhdargebirge und einigen künstlichen Grünflächen, aus Wüste. Die revolutionäre Regierung hat dem Sand den Kampf angesagt und hofft, auf landwirtschaftlichem Sektor selbstversorgen zu werden. Unter dem Slogan «Die Revolution überlebt von ausländischen Firmen (vertreten sind vor allem Ostblockstaaten) Projekte zur Eindämmung der zunehmenden Versandung, der Bewässerung und Viehzucht angestellt und ausgeführt. So wird der Bauer, der bis vor kurzem nur Ochse und Pflug kannte, mit modernstem Maschinenmaterial konfrontiert, das er kaum beherrscht, geschweige denn reparieren kann.

Ähnliche Wirkung – der Gegensatz jahrhundertalter Tradition und heutiger Technologie – zeichnet sich in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen ab. In Tripolis z. B. werden in einem jungen Libyer nach Hause eingeladen. Von aussen sieht der Wohnblock europäisch sauber und steril aus. Doch schon im Treppenhause wird ein Unterschied deutlich. Hühner und Hunde rennen in wildem Durcheinander umher. Ganze Türen hegen aus den Angeln gehoben die Türhaken, ausserhalb sind defekte Kühlschränke und Kochherde, alle neueren Typs, stehen zweckfremd in den Räumen. Die Leute werden zuvor in Baracken gelebt, auf offenem Feuer gekocht und die Kleider am Brunnen gewaschen. Nun, in enge, komfortable Wohnungen gedrängt, finden sie sich kaum zurecht.

### Alles muss importiert werden

Läuft man durch Tripolis' verkehrsreichen Innenstadt, strahlt ein Oberst Kadhafi mit sanftem Lächeln von Transparenten, Wänden und Gebäuden entgegen. Auffallend sind die auf Häuserfronten geklebten, aggressiven, zum Teil aber guten Plakate: sie rufen zum Widerstand gegen den Zionismus auf, karrieren Israels Begin, verurteilen aufs schärfste die imperialistische Haltung der USA. Gleichzeitig aber findet man in den Läden massenweise importiertes amerikanisches Kriegsspielzeug, vom Panzer bis zur Fernlegewaffe mit atomarem Sprengkopf. Überhaupt wird nahezu alles eingeführt, Nahrungsmittel in Konservendosen, Getränke (ausser Alkohol) in Libyen gesetzlich verbotene Kleider, Möbel, Luxusgüter, Maschinen usw. – vorwiegend aus den Vereinigten Staaten und Europa. Die landeseigene typische Handwerksproduktion verkümmert, die ökonomische Abhängigkeit von ausländischen Staaten ist total.

Natürlich wird versucht, eine eigene Industrie aufzubauen, allerdings unter fremder Regie, mit fremden Arbeitskräften und ausländischem Führungspersonal ... Libyen ist Beispiel einer tragischen Fehlentwicklung. Es propagiert einerseits die «Dritte-Welt-Theorie», einen von den beiden Supermächten USA und UdSSR unabhängigen arabischen Sozialismus mit dem Islam als gesetzlicher Basis. Auf der anderen Seite hat es sich gerade wegen differenzierter, überstürzter und einseitig materieller Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse in eine so starke Fremdbhängigkeit hineinmanövriert, dass es sich kaum mehr davon lösen kann.

### Kadhafi: als charismatischer Führer

Trotzdem: das Volk ist grösstenteils zufrieden mit dem momentanen Status. Kadhafi heisst das Zuberwort; er ermöglicht und garantiert ihm materielle Freiheit. Als Dank übernehmen die Libyer alle politischen Programme kritisch und akzeptieren blind sämtliche Massnahmen des Führers. Beispiel: ohne Zögern folgten sie 1973 der Aufforderung zum Marsch auf Ägypten, um «unmoralische» Nachtclubs anzuzünden und

Sadat mit einem von Blut geschriebenen Pamphlet zur Vereinigung der beiden Staaten zu zwingen.

Offizielle oder öffentliche Opposition gegen die Regierung existiert nicht. Sämtliche Parteien wurden 1969 abgeschafft. Grundvolkskongresse wählen heute Führungskomitees, die den Gesamtvolkskongress, das de iure höchste politische Machtorgan, bilden. Exekutiv ist der Revolutionsrat mit Kadhafi an der Spitze, er führt die libysche Politik kann unangenehm werden. Inrte bei spielsweise, dem Geburtsort Kadhafi,



werde ich nach einer kritischen Bemerkung aus einem Restaurant hinausgeworfen, und man droht mir mit der Polizei.

### Volk nur mangelhaft informiert

Die Nachrichtenagentur ARNA besitzt absolutes Informationsmonopol. Eine ihrer Hauptaufgaben besteht in der «Aufklärung der Welt über die wahre Libysche Arabische Republik und im Widerstand gegen die Verleumdungskampagnen und die Propaganda, die gegen die LAR in der Weltpresse verbreitet wird».

Dass sie selbst Informationen unterschlägt oder verfälscht, stelle ich in Diskussionen über den Julikrieg 1977 gegen Ägypten fest. Die Libyer sind tagelang mit Siegesmeldungen überhäuft worden. Sie bedauern heute alle, dass sie 25 000 ihrer ägyptischen Brüder töten und dem Nachbarland eine so harte Lektion erteilen mussten. Dass sie in Wirklichkeit eine Niederlage einstecken mussten, dass einige ihrer Soldaten untkamen, dass viele der teuren Radarstationen entlang der Grenze durch massive und gezielte ägyptische Luftangriffe zerstört wurden, das ahnen und glauben sie auch nicht. Die beteiligten Soldaten werden isoliert, bis ein wenig Gras über die Sache gewachsen ist.

Ein ägyptischer Gastarbeiter, der ausländisches Radio abhörte, um über den Kriegsverlauf informiert zu sein, berichtet mir, dass die Familien der gefallenen libyschen Soldaten erst nach einer gewissen Zeit und einzeln benachrichtigt werden. Wie tausend andere Fremdarbeiter auch, hat er seine Familie nach Hause geschickt: Kadhafi drohte mit einer Vergeltungsaktion gegen die im Land arbeitenden Ägypter. Seit vielen Monaten hat er keinen Lohn mehr ausbezahlt bekommen – als Druckmittel zum Bleiben.

Während meines Aufenthaltes werde ich einige Male verhaftet und oft stundenlang festgehalten und verhört, nur weil ich offenbar verbotene Objekte fotografieren will. Da im Zuge der Revolution durchwegs alles arabisch beschriftet worden ist, kann ich nicht lesen, ob es sich um ein staatliches oder gar militärisches Gebiet oder Gebäude handelt.

Auf dem Land sind auch die Verkehrsschilder durch arabische Zeichen ersetzt worden, was mir etliche Probleme aufgab. So etwa in Tigi, wo mich ein Polizist anhält, weil ich in eine Einbahnstrasse hineinahre. Es wirkt zu komisch, wie er hilflos einen Strafzettel aus seiner Uniform herauslässt; er ist kaum älter als 12 Jahre; das Amt scheint käuflich zu sein.

Eine Polizeipatrouille, die mich stoppt, weil ich keine arabischen Nummernschilder besitze, versucht mich einen Nachmittag lang zum Islam zu bekehren. Sie treibt dazu eigens einen tunesischen Dolmetscher auf.

### Frauen werden noch immer gequält

In Tobruk erklärt mir ein algerischer Kellner stolz, er darf nächste Woche heiraten werde. Auf meine Frage, ob die Frau eine Libyerin sei, starrt er mich ungläubig an: «Tu es fou, ça coûte trop cher!» Die Revolution hat in Libyen keine Befreiung der Frau gebracht. Der materiellen Reichtum hat nur die arabische Sitte verändert, statt wie früher Scham und Kamele verlangt die Familie der Frau nun Bargeld. Billig ist das nicht, mindestens 20 000 sFr. soll der minimale Ansatz zurzeit betragen.

Sicher hat die Revolution von 1969 gravierende Missstände beseitigt. Doch die abrotte Wohlstand kam für das Volk völlig unvorbereitet und plötzlich. Trotz vieler guten Grundlagen ist das Land alles andere als ein sozialistischer Staat. Wirklichkeits kann Libyen seinen Sozialismus erst dann, wenn es sich nicht nur verbal aus den Klammern der kapitalistischen und imperialistischen Staaten löst und sich selbst aufzubauen versucht.

## das konzept TIP

### Entwicklungsbezogene Spiele

eb. Entwicklungspolitische Spiele sind nicht Familien-Unterhaltungsspiele. Sie sind geeignet für Gruppen von 15 bis 25 Personen und können zwischen 2 1/2 und 5 Stunden dauern. Sie sind ein spannendes und motivierendes Bildungsmittel für Gruppen von Erwachsenen und Jugendlichen (ab 15 oder 16 Jahren) und Schulklassen.

In jedem Spiel wird eine bestimmte gesellschaftliche Situation oder ein wirtschaftlicher Mechanismus simuliert. Die Teilnehmer spielen eine bestimmte Rolle und erfahren ganz hautnah die Situation eines Entscheid-Trägers oder Entscheid-Betroffenen. Es werden den Spielern Zusammenhänge bewusst, und zwar sowohl auf der Ebene der Beziehungen zwischen den Menschen (gruppendynamischer Aspekt) als auch auf der Ebene der gesellschaftlichen Wirklichkeit (Realitätsbezug).

Jeder Spieler braucht einen Leiter, der wenn möglich das Spiel bereits selber erlebt hat. Bei mindestens vier der sechs

- Spiel Nr. 1: Überleben in Katonida, 20 Fr.
- Nr. 2: Wen macht die Banane krumm?, 20 Fr.
- Nr. 3: Das Weltungerspiel, 20 Fr.
- Nr. 4: Das Spiel der Grossen im Kleinen, 20 Fr.
- Nr. 5: Gerechtigkeit für José, 35 Fr.; (z. Zt. vergr.)
- Nr. 6: Das Perlenenspiel (Nur Beschreibung, ohne Spielmaterial) 2 Fr.

Spielen muss der Leiter das Spiel durch eigenes Erleben bereits kennen. Die Spielwertung mit der ganzen Spielergruppe ist unerlässlich und erfordert zusätzlich noch mindestens 50 Prozent der Spielzeit. Die Auswertungsdiskussion erstreckt sich sowohl auf das gruppendynamische Erleben als auch auf den Realitätsbezug (evtl. durch ein anschliessendes Referat vermittelt).

Bei der «Erklärung von Bern» können Sie genauere Informationen zu den Spielen oder gleich die Spiele selbst beziehen (Gartenlostr. 2).

Zum Beispiel das Weltungerspiel – Simulation von Mechanismen des internationalen Handels und Entwicklungskredits in Zusammenhang mit der Ernährungsproblematik. Die Teilnehmergruppen spielen eine Gesellschaft in einem Entwicklungsland, die mittels Nahrungsproduktion und Neuanstellungen von Neuangehenden massenweise einen Ausweg aus der Armut suchen. Dabei frisst die (vom Spielleiter in jeder Phase berechnete) Inflation stets wieder Erträge weg. Die Teilnehmer müssen eine ausführliche Buchhaltung führen und ziemlich viel rechnen (Stufe Dreizehnt- und Prozentrechnung).

### Reisen in die dritte Welt

Der Arbeitskreis «Tourismus und Entwicklung», Basel, und die Kommission für Entwicklungsfragen der Uni Zürich haben die z. neu überarbeitete Auflage der Broschüre «Reisen in die Welt» herausgegeben. Darin behandeln die Autoren alle Aspekte des Tourismus in die dritte Welt, vor daran verdient, wie (wenig) dieser Tourismus nützt, aber auch die Frage, ob es einen «Alternativtourismus» gibt. Auch «das konzept» hat zu dieser Problematik eine breite Diskussion geführt (siehe in die Welt» herausgegeben). Darin behandeln die Autoren alle Aspekte des Tourismus in die dritte Welt, vor daran verdient, wie (wenig) dieser Tourismus nützt, aber auch die Frage, ob es einen «Alternativtourismus» gibt. Auch «das konzept» hat zu dieser Problematik eine breite Diskussion geführt (siehe in die Welt» herausgegeben).

### Auf dem Buckel der Schwachen

Das Kurssell der Finanzvorlagen dreht sich immer weiter. Im Juni 1977 wurde mit grossem Mehr die Einführung der Mehrwertsteuer, die vor allem die unteren Einkommen indirekt stark belastet hätte, vom Volk abgelehnt. Doch was soll's: Die in Vorbereitung stehende Mehrwertsteuer zweite Auflage ist um keinen Deut besser. Dahinter steht System: Zur Deckung der zunehmenden Bundesdefizite sollen auf Druck von rechts immer mehr die unteren Einkommen zur Kasse gebeten und geschöpft werden. Gleichzeitig werden auf Drängen der gleichen Kreise die Bundesausgaben für den Sozialbereich gekürzt – also gerade diejenigen Ausgaben, die die Bevölkerung nach zurückgehaltenen repräsentativen Meinungsumfragen (vgl. «das konzept» März 1978) stark erhöhen möchte. Im Gegensatz dazu überstehen die Militärausgaben regelmässig auch noch den kleinsten Kürzungsantrag. Wieso wohl?

Balz Hosiung untersucht in seinem Buch «Die sieben mageren Jahre – Schweizer Finanzpolitik auf dem Buckel der Schwachen», das im August dieses Jahres beim Zürcher Limmat-Verlag erscheinen wird, den wachsenden Zugriff des Bürgertums auf die unteren Einkommen über die Wehr- sowie über die Warenumsatz- resp. Mehrwertsteuer. Hosiung zeigt, dass die meisten demagogischen Argumente die Rechte gegen den Sozialstaat Stimmung macht und gleichzeitig die Militärausgaben ungeschoren über die Runden rettet. Denn die Rechte ist nicht a tout prix gegen einen starken Staat, nur sehr entschieden gegen einen starken Sozialstaat.

Wie politisch ist die Musik:

Sind Mozart-Hörer reaktionär?

Von Hugo Faas

Die Frage nach dem politischen Gehalt der Musik - einst Hobby von ein paar Musikwissenschaftlern und -soziologen - gehört heute zu den zentralen Punkten, wenn über Alternativkultur diskutiert wird. Dabei können sich die Gemüter jeweils ganz schön erhitzen, wenn es darum geht, abzuklären, ob diese oder jene Musikform reaktionär bzw. progressiv und alternativ sei. Bei einem politischen Lied etwa wird man sich noch relativ leicht einig - nicht so bei der Bewertung der Instrumen-

talmusik. Da öffnen sich scheinbar unüberbrückbare Gegensätze, und das Gespräch endet meist mit der unbefriedigenden Bemerkung, dass halt die Geschmäcker verschieden seien. Nun lassen sich aber, meint Hugo Faas, trotzdem Antworten auf die Frage nach dem politischen Gehalt der Musik finden (auch der Geschmack sei ja nicht irgendeine gottgegebene Sache) - nur müsse man «anders» (nicht eindimensional) fragen. Hier sein Diskussionsbeitrag.

Wie kann man überhaupt politisch argumentieren, wenn es zum Beispiel um Barock- und klassische Musik geht?
• «Barock und Klassik sind bürgerliche Schwelgerei. Denn: der Barock und die Klassik sind die Musik des aufstrebenden Bürgertums (Zwischenfrage: Sind sie das wirklich?). Jetzt, wo das Bürgertum an der Macht ist, ist es nur folgerichtig, dass es diese Musik in seinen Kulturpalästen subventioniert.»

• «Barock und Klassik sind Heile Welt-Musik. Denn: in unserer Jugend wurden jeweils bei feierlichen und festlichen Anlässen (Weihnachten usw.) Barock und Klassik gespielt. Also ist es nur folgerichtig, wenn durch das häufige Abspielen suggeriert werden soll, die Welt sei auch heute heil, festlich und feierlich.»

• «Barock und Klassik sind Ruhe- und Ordnungsmusik. Denn: Wie sich leicht nachweisen lässt, zeichnen sich Barock und Klassik durch festgelegte Strukturen und starre Formen aus. Somit ist es nur folgerichtig, wenn Barock und Klassik die erklärte Liebingsmusik all jener ist, die sich auch im Alltag für die Erhaltung von starren Strukturen und die Einhaltung von Ruhe und Ordnung einsetzen.»

• Diese Argumente sind zweifelsohne zutreffend. Aber daraus den Schluss ziehen zu wollen, dass jeder, der Vivaldi oder Mozart hört, ein Reaktionär sei, ist wohl ebenso falsch, wie die geäußerte Kritik richtig und notwendig ist. Wir kommen nicht weiter, wenn wir unsere Frage nur einseitig nach dem politischen Gehalt stellen. Bei der Musik durchdringen und bedingen sich gegenseitig die verschiedensten Dimensionen. Neben der politischen Ebene wären mindestens noch die ästhetische, die emotionale, die historische, die soziologische und die ökonomische Dimension zu beachten. Zieht man dazu noch die funktionalen Aspekte (z. B. Tanz- und Unterhaltungsfunktion, Protest-, Waren-, Aktivierungs-, Identifikationsfunktion) und vor allem den kontextuellen Rahmen in Betracht, so ergibt sich ein ganzes Netz von Verknüpfungen und Beziehungen, in welches auch politische Aspekte hineingewoben sind.

«Musik kann gebraucht und missbraucht werden»
Im gesellschaftlichen Bereich zeigt sich die Ambivalenz der Musik deutlich. Nicht ein Musikstück oder ein bestimmter Musikstil an sich ist progressiv oder revolutionär, die Musik wird es erst durch den Kontext, in dem sie gespielt wird. So kann in Zeiten politischer Unterdrückung das Pfeifen eines munteren Liedes bereits Widerstand bedeuten. Auch gemeinsames Singen, ein gemeinsamer Liederschatz kann einer gesellschaftlichen Bewegung Kitt geben. Musik ist ein ausgezeichneter Träger und Vermittler von Gefühlen. Nur, und das ist der Haken, als solcher Träger kann sie nicht nur gebraucht, sondern ebenso auch missbraucht werden. Den Arbeiterliedern stehen die faschistischen Kampflieder gegenüber, militärischen Mär-

chen die «Internationale» (auch sie ein Marsch). Fazit: Es gibt keine bestimmte Musikform, die es in sich trägt, positiv-progressive politische Emotionen und nur diese zu transportieren. Ebensoviele gibt es eine Musikart, deren Zuhörer man sogleich und jederzeit als Faschisten erkennen kann.

Dem entspricht das Identifikationsbedürfnis des Hörers mit «seiner» Musik. Welcher engagierte Zeitgenosse möchte



sich schon gerne von seinen Gesinnungsfreunden bei Anhörens «faschistoider» Musik ertappen lassen! Solche Becken sind allerdings überhaupt nicht am Platz. Musik an sich ist jenseits von gut und böse. Mag die eine Form sich besser zum Marschieren eignen, die andere für pathetische Anlässe, eine weitere für ein aufmüpfiges Fest, ... immer muss zuerst nach dem Grund des Marschierens, des Pathos des Festes gefragt werden, damit der politische Nenner gefunden werden kann.

Was ist bessere Musik?
Das heisst nun aber nicht, dass Musik und Politik nichts miteinander zu tun hätten. Im Gegenteil, gerade weil sich die Musik so leicht als Vehikel benutzen lässt, ist sie zum beehrten Instrument geworden. Instrument zur Beruhigung, Verdämmung, Konsumförderung, zum Geldverdienen, immer aber auch Instrument zum Widerstand, zum Fröhlichsein, zur Bewusstseinsweiterung, zur Bereinigung der Gefühlswelt.

Aus diesen Gründen tritt die ästhetische Ebene in den Vordergrund, d. h. es ist wichtig, dass gute Musik gespielt wird. Es ist oftmals bemüht zu sehen, wie Leute, die mit den bestehenden Zu-

ständen nicht einverstanden sind und die sich für eine bessere Welt einsetzen, im ästhetischen Bereich die gegebenen Zustände bedenkenlos übernehmen (und dabei denke ich auch an gewisse Musik- und Liedermacher und -besonders an diese). Nur, was ist bessere Musik? Dies ist eine sehr schwierige Frage, deren Antwort immer wieder von neuem gefunden werden muss. Tendenziell kann sicher gesagt werden, dass eine reichhaltige

Musik besser ist als eine armselige. Keinesfalls sollte aber «besser» im Sinne eines elitären Aesthetizismus verstanden werden.
Hörgewohnheit als Verarmung
Die Frage nach der besseren Musik hängt eng mit dem Geschmack zusammen. Der Geschmack aber, herausgebildet durch Erziehung und Lebensgeschichte eines Individuums, verweist auf Hörgewohnheiten. Meistens laufen Diskussionen über «gute Musik» zunächst darauf hinaus, dass man diejenige Musik in den Schutz nimmt und sie zur besseren erklärt, die man selber gerne hört. Der Hebel ist jedoch viel eher bei den Hörgewohnheiten selbst anzusetzen, anstatt die eine Musikform gegen die andere ausspielen zu wollen. Nicht das Anhören eines simplen Musikstückes führt zur Verdrämmung, erst wenn dies in sich drehenden Hörgewohnheit geworden ist, hat Verarmung stattgefunden. Das Durchbrechen von Hörgewohnheiten wäre anzustreben, nicht um liebgewonnene Musikformen aufzugeben, sondern um sich neuen Klängen zu öffnen und in neue musikalische Bereiche vorzustossen. Weniger die Musikform ist wichtig als die Art und Weise des Hörens, das wir

nicht stehenbleiben, sondern uns - wie in allen anderen Lebensbereichen - weiterzuentwickeln versuchen.

Andererseits ist die Musikform doch nicht ganz so unwichtig, solange es noch Sparten wie jene nichtstimmige Musik gibt, die es geradezu darauf abgesehen hat, Hörgewohnheiten zu zementieren. Ich meine damit die allgegenwärtige profillöse Background-Musik, die ein fades Eintopfgericht aus den verschiedenen Musikstilen ist.

Diese Musik, nach ausgekartetem System und nach festen Regeln (durch Umfragen stets à jour gehalten) synthetisch hergestellt, hat nun doch ziemlich klare direkte politische Funktion. Im Einkaufszentrum soll sie die Kaufkraft anheben, in den Magazinsendungen darüber hinwegtrösten, dass die Nachrichten meist schlimme sind, am Arbeitsplatz soll sie die Leistung steigern usw. Das Perfidie an dieser Musik ist, dass sie im zeitgemässen Mäntelchen daherkommt, indem sie laufend progressive Elemente in sich aufnimmt, allerdings erst nachdem diese fein säuberlich kastriert worden sind. Doch so neu ist das auch wieder nicht. Schon immer haben sich Herr-

(man vergleiche das erste Rolling-Stones-Konzert im Hallendatum mit dem bisher letzten ...)

Manchmal entwickelt die Musik allerdings starke regenerierende Kräfte, wie man am Jazz, dem bald achtzigjährigen Steuermannchen ersieht. In der Geschichte des Jazz haben sich immer wieder junge Musiker mit neuen Klängen und neuartigen rhythmischen Konzepten durchgesetzt. Zumeist war der neue Jazz auch Ausdruck des fortschrittlichen Teils der schwarzen Bevölkerung der USA, deren Freiheitsbedürfnis nur Malcolm X und Jaha Muhammad, sondern auch Charlie Parker und John Coltrane heissen.

Der Zwang zum (marktgerechten) Neuen

Was beim Jazz zu einem konstituierenden Prinzip gemacht wurde, das Durchbrechen von Hörgewohnheiten, hat - wie alles - auch seinen Haken. Dieser Zwang, immer etwas Neues zu bringen, verleitet viele Musiker dazu, Überfrüchtete als letzten Schrei anzubieten und so zu Modemachern zu verkommen. Solches war von jeher die Praxis, die lebendig weiter entwickelnder Musik, dieser Balanceact zwischen dem Bestreben, echter Ausdruck seiner Zeit zu sein, und der Gefahr, zur Mode und zum Kommerz zu degenerieren. Und das zunehmende Tempo des Wegwerfkapitalismus, der immer schneller Marktlokale entdecken oder schaffen und neue oder neu aufgemachte Produkte auf den Markt werfen muss, um seine Maschinerie im Gang zu halten, hat diese Problematik noch verschärft. Keine neue Musikart, die nicht sogleich kommerziell auszubuten versucht wird. Damit sind wir schliesslich noch dort angelangt, wo das Verhältnis von Musik und Politik vielleicht am brisantesten ist: bei den Bedingungen, unter denen heutzutage Musik produziert wird.

Schallplattenfirmen haben sich von gewerbeähnlichen Betrieben zu weltumspannenden Konzernen entwickelt, die Impressarios von ehedem sind abgelöst worden von der Macht der nach modernen Management-Methoden geführten Grossagenten, die Musik wie Kravatten oder Suppen verkaufen. An der Musik lässt sich mit besonderer Schärfe das Wesen einer Gesellschaft aufzeigen, die alles und jedes zu einem Warendeckel verurteilt.

P. S. «Glaub an kein Musikdogma - es ist schon zum voraus falsch.»

Mit Georg Kreisler gilt es zu sagen: «Trau keiner Musik über dreissig.» Und modischen Strömungen erste Probe nicht. Trau keinem politischen Liedmacher. Ein politischer Furz im Text heisst noch lange nicht, dass er politische Musik macht. Misstrau jeder Musik, die einen Text braucht, um zum Tragen zu kommen. Und überhaupt: diese Textlaubbauigkeit der Intellektuellen, die zu einer argen Verarmung im emotionalen und ästhetischen Bereich geführt hat. Gute Musik ist jeder Poesie vergleichbar. Wie diese sagt sie mehr aus, als auf den Zeilen steht. Sie regt die Phantasie an und bewegt die Gefühle. Sie entzieht sich einer dogmatischen Auslegung. Darum glaub an kein Musikdogma, es ist schon zum voraus falsch. Misstrau der Politik in allen Lebensbereichen. Das kulturelle Leben muss endlich ebenso wichtig werden, und deshalb wollen wir in Zukunft die Frage doch besser anders formulieren: Wie musikalisch ist die Politik?

Eine «konzept»/SSR-Dienstleistung
Gratis-Reisepartnersuche



Text sauber mit Schreibmaschine (grosser Abstand, kurze Zeilen) schreiben, maximal 33 Worte. Längere Inserate werden gekürzt. Name, Adresse nicht vergessen! Inserat, mit 40 Rp. frankiert, einmünden in «das Konzept», Reis mit, Weinbergstrasse 31, 8006 Zürich, Einmündenschluss wie Inseratenschluss (vgl. Impressum).
Kommerzielle Inserate, solche mit andern Zwecken als der Suche nach Reisepartnern sowie Chiffre-Inserate können nicht angenommen werden. (Wir verweisen dafür auf unsere günstigen Kontakt- und Kleinanzeigen in den Rubriken «treffpunkt», «Flohmarkt».)

Student (23) sucht Reisepartner oder Reisepartnerin für eine einmonatige Europareise zwischen dem 15. 7. und dem 1. 9. 78. Wenn Du einen anderen Reisevorschlag hast, können wir uns vielleicht vereinbaren. Telefonier an (021) 22 92 60.

Wer kommt mit mir per Motorrad (125 cm) im Juli/August nach Garmisch-Partenkirchen, 19. sucht Gefährtin - kommt Du mit? 22. Student, Christian Schrengelberger, Hildstr. 6, 8004 Zürich, (01) 242 21 63.

Wer kommt mit mir per Motorrad (125 cm) im Juli/August nach Garmisch-Partenkirchen, 19. sucht Gefährtin - kommt Du mit? Ruf mich an: (072) 72 16 97, Isabella Naef, Kreuzlingen

Der Kluge reist im Zug! Wer fährt mit mir (20) in der Nacht vom 14./15. Juli im Adria-Express an die Adria (Riccione)? Nähere Auskunft erteilt Roland Hodel, Basel, Telefon (061) 20 53 34.

Schottland Land und Leute kennenlernen - per Bahn und Rucksack. Gymnasium, 19, sucht Gefährtin - kommt Du mit? Ruf mich an: (072) 72 16 97, Isabella Naef, Kreuzlingen

3 Reiselustige im Alter von 20 bis 23 Jahren (2 Burschen, 1 Mädchen) suchen für die Sommerferien (ca. 3 Wochen, Mitte Juli-Anfang August) 1 oder 2 Reisepartnerinnen. User Feriendate, Frankreich, Meise Dich bei Tel. (038) 41 19.

Hättest Du (Schuldamin) Lust, mit mir Anfang Ferie für ca. 2 Wochen «London the English way» zu reisen? (d. h. Logis & Breakfast bin eine Familie, s. Programm mit Umfang usw. mached mir zeme). Tel. (01) 80 02 87 (r. abig ab ca. 20.00, Peter)

25jährige, weibl., suche Reisepartner(in) für ca. vier Wochen Ferien in Spanien oder Portugal ab 15. Juli. Bedingung: unkompliziert. Tel. (055) 27 76 81 abends.

Ich (23, weiblich) plane ab Herbst '78, evtl. Frühjahr '79, einen ca. 3- bis 6mte. Israel-(Kibbuz-)Aufenthalt. Suche gleichgesinnte Mitpartner(innen). E. Stähli, Schwaneeggasse 3, 8810 Horgen

Ich (20, weibl.) suchte kollabor. Reisepartner für 1-2monatigen Sprachaufenthalt in Teneffia, (Okt./Nov. 78). Tel. (061) 42 57 56 ab 18.00 Uhr.

Suche für Engländerinnen vom 10. Juli bis 24. Juli 1978 aufgeschlossene, zuverlässige Reisepartnerin, mit evtl. gleichen Interessen, im Alter von 20 Jahren. Will London und Umgebung während 14 Tagen besser kennenlernen. (062) 21 08 30, 9.00-17.00, Daniel Hagmann.

Er/22, suche Reisepartner(in), 18-24, für 2-3 Wochen Rundreise in Dänemark, Schweden, Reise mit Zug (Eurotrain Rundfahrkarte in Skandinavien), ab 2. 9. 78. Wer kommt mit? Pläne und Ideen vorhanden. René Schindelholt, Blotzbeimstr. 71, 4055 Basel.

Tip für Reisende nach Peru (Lima)
Saubere, zentral und billig übernachten
bei: Sra. Esperanza Josi Acisolo Villaran 365 Lima (Peru)
(Lima Avenida Wilson and Av. Uruguay).

treffpunkt
Kontaktinserate
Adresse für Zuschriften auf Chiffre-Inserate: Chiffre-Nr., «das Konzept», Weinbergstrasse 31, 8006 Zürich
Boy, (22/178) Nord, sucht zärtlichen Lederboy mit oder ohne Motorrad zum Aufbau einer innigen Freundschaft. Absolute Diskretion. Jede Zuschrift mit Bild wird beantwortet. Chiffre A 753.
Sind Sie sinnlich? Gibt es das heute noch? Jünger Mann (26/173) sucht weibliches Wesen, um gemeinsame Sinne anzuregen. Chiffre B 754.
BE: Ex-Student (26/180) mit Bart und mässig linker Schläpfe. Suche: schlanken, bärtigen Genossen bis 30, keine Trauerweide. Brief mit Bild würde mich freuen. Chiffre C 755.
Vielseitig interessierter, gehbehinderter Student, 27, sucht eine warmeherge, ebenfalls behinderte Partnerin, die eine ernsthafte Liebesbeziehung aufbauen möchte. Chiffre D 756.
Sehnt Du Dich nach einem Freund, dem Du wirklich vertrauen kannst? Ich bin 24, Wirtschaftstudent (Hilfshörer), unabhängig, vielseitig interessiert, wohne in Bern. Welche jüngere Mann schreibt mir bald, damit wir uns näher kennenlernen können? 100prozentige Diskretion ist selbstverständlich. Chiffre E 757.
Einsamer Steppenwolf (36/180) möchte nicht mehr allein heulen. Welche nette Wäflin hätte Lust, mit mir durch die Steppe zu streifen? Nimm schnell meine Fahrt auf. (Jeder Brief mit Photo wird beantwortet. Chiffre F 758.

FLOHMARKT
Kleininserate
WG in Russikon: Wir (25, 22, 2) suchen auf 1. September Frauen, Männer und Kinder fürs Zusammenleben in einem Bauernhaus (Nähe Pfäffikon ZH). (01) 97 33 25 (Willi Keller).

Die billigsten Kontakt- und Kleininserate weit und breit!
treffpunkt FLOHMARKT
Kleininserat: 5 Zeilen 10 Fr. (Weitere Zeilen 2 Fr.)
Kontaktinserat: 5 Zeilen 15 Fr. (inkl. Chiffregebühr) Zeile à 30 Zeichen)
Talon ausfüllen und einreichen an: Inseratenverwaltung «das Konzept», Weinbergstrasse 31, 8006 Zürich, Bank (min. 10/15 Fr.) auf Postcheckkonto 80-36 651, Inseratenverwaltung «das Konzept», 8006 Zürich, einziehen oder Banknote belegen. Ihr Inserat erscheint nach Überweisung des Betrags. Falls Text länger als gegebenes Feld, pro zusätzliche Zeile à 30 Zeichen 2 Fr. einziehen. Unter dieser Rubrik werden keine kommerziellen Inserate angenommen.
Name und Adresse:

Für alle bis 26
Reisen auf die günstige Tour.
Mit Eurotrain vom SSR
Zum Beispiel, einfach ab Zürich
Rom 43 - Wien 50 -
Paris 45 - London 95
Stockholm 165
Rund 30 Städte auf eigene Faust - mit dem speziellen Eurotrain-Billet vom SSR, für alle bis zum Alter von 26.
Schick uns einfach den Coupon oder auf an Tel. 01 242 30 00
Bis 40% billiger
Bitte schickt mir gratis den Eurotrain-Prospekt!
Name
Vorname
Strasse
PLZ/Ort
SSR-Reisen
Postfach, 8023 Zürich
Telefon-Verkauf 01/242 31 31
Verkaufsstelle
Leonhardstrasse 10, 8001 Zürich

Unser Briefkasten für Ahnungslose

# Lieber Onkel Adolar!

Herr F. C. in X. Ich pflichte Ihnen völlig bei, dass man endlich aufhören sollte, das argentinische Regime in der satism bekannten Manier zu diffamieren. Gerade die Fussball-WM sollte auch dem letzten Zweifler die Augen geschlossen haben.

Wie mir verschiedene Besucher versicherten, wurden nämlich während der ganzen WM nie irgendwelche Schüsse gehört, noch konnten Folterszenen oder herumliegende Leichen vermeldet werden. Der schlagendste Beweis dürfte aber die unumstößliche - und von keiner Seite bestrittene - Tatsache sein, dass von den angeblich Tausenden von vermissten oder verschwundenen Personen keine einzige je zu sehen war.

Nein, Frau P. R.-Ü. in D., es ist keineswegs verwunderlich, dass die *Oben-Oben-Site* (bzw. -Unsite) ausgerechnet im eher rückständigen Kanton Bern eingereicht hat, Gerade der bisherige Berner Vertreter im Bundesrat hat doch schon

während Jahren seine Politik oben ohne betrieben, was ihm kaum je den Vorwurf der Anstössigkeit eingebracht hat. Im übrigen teile ich Ihre Auffassung, wonach das Enthüllen sekundärer Geschlechtsmerkmale bei der Frau zwangsläufig zu einem weiteren schweren Sitzenfall führen muss. Um die fortschreitende Volkslästernheit einzudämmen, muss im Gegenteil gefordert werden, dass die sekundären Geschlechtsmerkmale auch beim Mann fürderhin verhüllt werden müssen.

Nein, lieber Herr F. H., jetzt in Bern: Ihre Forderung nach vermehrter Mobilität der Schweizer Arbeitnehmer war keineswegs ein taktischer Fehltritt. Im Gegenteil! Im Interesse unserer Wirtschaft - und damit schliesslich des gesamten Volkswohls - sollten Sie unbedingt daran festhalten.

Kurzfristig wird zwar die örtliche Verschiebbarkeit und die damit unvermeidliche Entwertung unserer Arbeiter den Parolen ultralinken Gruppen Auftrieb verleihen, etwa dem Slogan: *Alle Arbeiter sind Fremdarbeiter.* Aber erstens hat unser Volk bisher stets eine gesunde und natürliche Abwehr gegen derart realitätsfremde Ideologien bewiesen. Zweitens sind langfristig wesentliche Vorteile zu erwarten. Sind die Schweizer Arbeiter tatsächlich einmal zu Fremdarbeitern geworden, so sind sie im Falle einer verhassten Rezession relativ einfach ins Ausland abzuschicken.

## «Wir haben die Auseinandersetzung gewagt»

Fortsetzung von Seite 1  
gement aber ohne Kritik an herrschenden Verfahrensweisen nicht denken.

### Linke selber Opfer der bürgerlichen Propaganda

Zweitens: Wenn Rechte von uns sagen, dass wir uns mit dem bewaffneten Widerstand identifizieren und uns von ihm instrumentalisieren lassen - dann erstaunt das nicht. Das wurde schon seit Jahren so in der BRD gemacht. Es ist heutzutage auch sehr einfach, jemanden abzuschüssen, indem man sagt, er sei ein «Terrorist» oder ein «Terroranwalt».

Wenn aus der linken Szene der Verdacht auftaucht, sei's gemunkelt oder offen ausgesprochen, wir würden uns mit dem bewaffneten Widerstand identifizieren bzw. uns vom «2. Juni» instrumentalisieren lassen, dann können wir diesen Verdacht nur mit Stauern zur Kenntnis nehmen. Woher kommt eine solche Vermutung, ein solches Urteil? Es ist wohl nicht zu simpel, wenn wir hier unsererseits die Vermutung äussern, dass ein Teil der Linken, die einen solchen Verdacht haben, selber Opfer der bürgerlichen Propaganda gegen uns geworden sind. Wenn irgend jemand diesen Verdacht der Identifikation oder der Instrumentalisierung hat, dann soll er doch sehr schnell bei uns vorbeikommen und

das ausführen, damit wir darüber reden können. Dazu vielleicht ein naives Beispiel, das dem unterentwickelten Differenzierungsvermögen gewisser Genossen und Genossen nachhelfen könnte: Wenn ein Anwalt jemanden verteidigt, engagiert verteidigt, dem vorgeworfen wird, er habe Diebstähle begangen, dann fällt es doch niemandem ein, den Anwalt deswegen Dieb zu nennen oder Diebstahl-Sympathisant!

### Die Auseinandersetzung wagen

Dieser Vorwurf von linker Seite rührt wohl auch daher, dass Ihr, als linkes Kollektiv, in einem grossen Bereich der Öffentlichkeit - berechtigt oder nicht - nun halt eben doch mit der Terroristen-szene identifiziert werdet, durch Euer Verhalten in diesem Pruntruhr Prozess. Und dieses Image, wird befürchtet, schadet dann eben der linken Bewegung insgesamt. So wie der Terrorismus an sich der linken Bewegung wohl viel mehr geschadet als genützt hat.

Diese Frage ist Teil einer politisch-theoretischen Auseinandersetzung. Man kann in diesem Zusammenhang ja auch gar nicht von einer einheitlichen linken Bewegung ausgehen. Es stellt sich auch die Frage, ob die fehlende öffentliche Auseinandersetzung der Linken mit dem Phänomen Terrorismus nicht weit mehr

geschadet hat. Das Anwaltskollektiv hat mit dem Übernehmen des Prozesses diese Auseinandersetzung gewagt. Sollten die andern Linken das nicht auch tun?

Dieses Gespräch wurde am Tag vor der Urteilsöffnung im Pruntruhr Prozess geführt. Das Anwaltskollektiv wollte sich zu diesem Zeitpunkt nicht dazu äussern, was es nach dem Urteil zu tun gedenke. Auch nach dem Urteil wollte uns das Kollektiv keinen Kommentar dazu abgeben. - Immerhin scheint sich die Prophezeiung, ein Ausnahmegericht müsse ein Ausnahmerteil fallen, erfüllt zu haben. Elf Jahre Zuchthaus sind viel für einen, von dem nicht einmal sicher ist, ob er überhaupt geschossen hat, und von dem man eigentlich auch sonst nichts weiss. Vielleicht darum. Das Gericht hielt es offenbar für notwendig, dass er geschossen hat. «In dubio pro terror.» Der Rechtsstaat hat gesiegt. Ja, das hat er.

### Frühere Beiträge zum Thema:

«das konzept» Nr. 478: «Steine aus dem Rechtsweg räumen, ein allgemeines Interview mit dem Anwaltskollektiv  
Nr. 1077: Terrorismusdiskussion mit Beiträgen von Adolf Muschg und Herbert Marcuse sowie zwei Stellungnahmen der Redaktion  
Nr. 1177: Ergänzung zur Terrorismusdiskussion («Wir leben in einer Kultur der Gewalt») (Jede Nr. 1.50 Fr.)

## EDP-TRAINING FOR GRADUATES

### A 12-months programme of special training courses in England and practical assignments in Switzerland

International Computers Ltd. is the largest European Computer Manufacturer. ICL's rapid progress over the last years has relied on personnel of high calibre who are and will be contributing to our future growth on the Swiss market.

#### WE WILL:

- give you an outstanding and intensive training in LONDON-PARIS and ZURICH or BASLE
- offer you attractive salary, fringe benefits, expense and travel reimbursement
- propose to you a motivating job which will have a direct involvement in influencing customers' future efficiency

#### IF YOU ARE:

- holder of an academic degree (university, polytechn. school, higher business school or equivalent)

- 23 - 27 years old
- persuasive, logical and sales minded
- fairly fluent in English, in addition to your mother tongue
- mobile and available by end of September 1978

#### IF YOU WANT:

- challenges and decision making responsibility early
- to become a large computer specialist in
  - sales
  - systems
  - projects



For further details, please call immediately J.P. Stuerchler, Personnel Manager, or send your resumé to

Buckhauserstr. 26 8048 Zürich  
Tel. 01/52 26 25

Sie suchen in Zürich  
**möbl. Zimmer** oder  
**möbl. Wohnung?**  
Rufen Sie uns an, wir können Ihnen bestimmt verschiedene interessante Angebote unterbreiten. Keine Gebühren!

**devo** Verwaltungs AG, 8039 Zürich  
Todistr. 48, Tel. 202 73 11

**DISSERTATIONEN** druckt exzellent  
von DIN-A4-Vorlage auf DIN-A5-Format

**BÖNECKE**  
Lieferung erfolgt jeden Dienstag und Freitag  
3392 Clausthal-Zellerfeld  
Fach 29, Ruf 05323/3525

Frachtverbilligung Raster billigst

## COPY-CORNER

FOTOKOPIEN UND DRUCKSERVICE

Seilergraben 41 8001 Zürich  
Tel. 01/32 49 34 PC 80-27780

Mo-Fr 08.30-18.30 / Sa 10.00-13.00

<b>Fotokopien</b>	- Normal	20 Rp.	-Verkleinerung	30 Rp.
	- mit Legi	15 Rp.	- mit Legi	25 Rp.
Kopien auf Normalpapier (Xerografisches Verfahren)				
<b>Schnelldruck</b>	(ab einer Vorlage)	<b>1-seitig</b>	<b>2-seitig</b>	
		30 Ex.	4.50	9.-
		50 Ex.	5.50	10.50
		100 Ex.	7.50	14.50
		200 Ex.	15.-	28.-
		300 Ex.	21.-	38.-
		350 Ex.	23.-	42.-
		400 Ex.	25.50	44.50
		500 Ex.	28.-	52.-
		1000 Ex.	40.-	73.-

Reinschriften Dissertationsdruck

## Bestellcoupon für das konzept - Sonderangebote

Alle die folgenden Artikel können bestellt werden bei der Redaktion «das konzept», Weinbergstr. 31, 8006 Zürich.

Anzahl	Artikel	Preis	Porto + Verpack.	Total
.....	Inhalts- und Autorenverzeichnis 1972-77 ungebunden mit Spiralbindung	6.-	-70	6.70
.....	Schulspiel (aus Nr. 676), dreifarbig, A 2, gefalzt starkes Papier, (ab 5 Stück 3.-) ungefalzt in Rolle	3.50	-70	4.20
.....	Arbeitslos-Spiel (aus Nr. 176), einfarbig, gefalzt A 2, starkes Papier (ab 5 Stk. 1.-) ungefalzt in Rolle	1.50	-70	2.20
.....	Sonderdruck «Nukleare Aufrüstung»	1.-	-40	1.40
.....	Sonderdruck «Schwangerschaftsabbruch»	1.-	-40	1.40
.....	Sonderdruck «Armee»	1.-	-40	1.40
.....	Sonderdruck «Frauenbewegung heute»	1.-	-40	1.40
.....	Ärzt- und Pillenliste (adressiertes und frankiertes Antwortcouvert beilegen!)	gratis		
.....	«das konzept»-Jahrgänge, pro Jahrgang	10.-	2.-	12.-
.....	Poster «Unser Strauss» ungefalzt in Rolle (aus Nr. 178) gefalzt	2.-	2.-	4.-
.....	Poster «Gefangener der Freiheit» ungefalzt in Rolle (aus Nr. 478) gefalzt	2.-	2.-	4.-
.....	Mai-Zitig (gemeinsame Zeitung zum 1. Mal vom «zeitdienst» und «dem konzept»)	2.-	-	2.-
.....	Sonderbeilage «Film in der Schweiz» (aus Nr. 178) (Zum Auflegen+Verteilen)	gratis		
.....	Adressliste der Alternativmedien	1.-	-40.	1.40

Zahlungsmodus \*Zutreffendes ankreuzen

Ich überweise gleichzeitig mit dem Absenden dieses Talons den entsprechenden Betrag auf das PC-Konto 80-37626, «das konzept», Zürich (Verwendungszweck bitte auf der Rückseite des Abschnittes vermerken!)

Ich lege den entsprechenden Betrag in Briefmarken bei\*

Ich lege den entsprechenden Betrag in Banknoten bei.\*

Name, Adresse

Erfahrene Korrektorin/Sekretärin redigiert, korrigiert und stellt Reinschriften und druckfertige Offsetvorlagen her (Blk-Kugelschrift) von Dissertationen, Publikationen, Manuskripten usw.

Mehrjährige Erfahrung mit wissenschaftlichen Texten, exaktes Arbeiten; sorgfältige, vorschriftsgemässe Ausführung. Liselotte Wildi, Tel. (01) 825 02 65.



Mit Beiträgen über Literatur, Theater, Film, Musik, Kunst, Architektur und Spielplan Schweiz.

In Ihrer Buchhandlung und am Kiosk erhältlich. Einzelnummer Fr. 1.50.

Ich bestelle 1 Abonnement Zytglogge Zytig.

Name: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

PLZ Ort: \_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_

Bitte ausschneiden und einsenden an: Druckeri Dürrenmatt AG, Pavillonweg 2, 3012 Bern, Telefon 031 23 89 00.

## Wir suchen jemanden, der bei uns ganztags im Laden arbeitet

Bedingungen: mindestens 30 Jahre alt, buchhändlerische oder kaufmännische Kenntnisse und vor allem eine gute Beziehung zu den Büchern, die wir hier verkaufen, und zu den Leuten, die zu uns kommen.

Bei uns arbeiten heisst, sich für den ganzen Betrieb zu engagieren: wir haben Selbstverwaltung.

**Pinkus Genossenschaft** Froschgaugasse 7 8001 Zürich  
Tel. (01) 32 26 74

**COPY QUICK COPY**

3M-KOPIEN Rp. 15  
XEROX-KOPIEN Rp. 20  
Normalpapier  
Studenten 10%  
Dissertationen

Waisenhausstr. 13 211 66 36  
Kreuzstrasse 19 34 39 39  
Zweierstrasse 129 35 38 88

**QUICK QUICK**

Bildungspolitik aus der Sicht des Präsidenten des Wissenschaftsrates, Hugo Aebi

## «Reformdiskussion geriet unter Druck»

**Studienreform, Erwachsenenbildung und Bildung ausserhalb der Universitäten: Das sind drei Themen, die im «Dritten Bericht über den Ausbau der schweizerischen Hochschulen» des Schweizerischen Wissenschaftsrates (SWR) behandelt werden. Mit dem dritten «Ausbaubericht» wurde laut SWR-Selbstinschätzung versucht, die Hochschulen «in einen gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang zu stellen» und «längerfristige Perspektiven» auszumachen. Das sind zumindest vielversprechende Ansprüche, die von einem Beratungsorgan des Bundesrates nicht unbedingt erwartet werden können. Nachstehend ein Gespräch dazu mit Professor Hugo Aebi, dem abtretenden Präsidenten des Wissenschaftsrates. Die Red.**

**VSS: Welche Erwartungen setzt der Schweizerische Wissenschaftsrat (SWR) in den dritten Ausbaubericht?**

Professor Aebi: Der Wissenschaftsrat des Bundesrates hat die Aufgabe, gegenwärtige und langfristige Fragen auszugreifen und zu diskutieren. In diesem Sinn beschafft und überprüft die Grundlagen für eine gesamtschweizerische Wissenschaftspolitik und schlägt die zu ihrer Verwirklichung nötigen Massnahmen vor. Er hat sich somit auf eine Beraterfunktion zu beschränken. Allgemeinverbindliche Beschlüsse fassen kann er nicht.

Die Erwartungen, die der SWR in den 3. Ausbaubericht setzt, gehen dahin, dass er den Behörden und der Öffentlichkeit die wesentlichen Fakten und Überlegungen zugänglich macht, von denen nach Auffassung des SWR die künftige Gestaltung des schweizerischen Hochschulwesens im Rahmen unseres Bildungswesens und der absehbaren gesellschaftlichen Entwicklung mittel- und längerfristig bestimmt sein sollte.

**Wurde eine Zusammenfassung des Berichts abschliessend vor der HFG Abstimmung veröffentlicht?**

Mit der Information, die in dieser Zusammenfassung steckt, sollte die Diskussion über das HFG mit guten Argumenten profiliert werden. Es ging uns darum, die Bevölkerung frühzeitig mit dem Problem der geburtenreichen Jahrgänge vertraut zu machen. Nur eine lange andauernde Information dringt in das Bewusstsein der Leute ein. Übrigens wurde bereits im September 1977 eine Parlamentsinformation über diesen Bericht an parlamentarische Kommissionen abgegeben.

**Was bewog den SWR, das Problem der Studienreform aufzugreifen?**

Am dritten Ausbaubericht sollten vermehrt auch qualitative Aspekte berücksichtigt werden. Die gesamte Reformdiskussion geriet immer stärker unter den Druck der geburtenreichen Jahrgänge, die in den nächsten Jahren die Hochschulen und die Stätten der Berufsbildung überrollen werden. Ferner ist zu beachten, dass es Studienreformen gibt,

die kostensenkend wirken, jedoch auch solche, die die Kosten massiv erhöhen.

**Wurde der SWR bei der Studienreformdiskussion eher von einem Effizienzgedanken geleitet?**

Angesichts der sich abzeichnenden Engpässe mussten wir dies tun. Ich möchte aber darauf hinweisen, dass der SWR ein Beratungsgremium und kein politisches Organ ist. Die Politiker müssen sich auf das Machbare stützen. Wir im SWR können ruhig einmal den Boden des absolut Machbaren verlassen und Dinge empfehlen, die ein Politiker heute kaum in Betracht ziehen würde, da sie eben nicht sofort realisierbar sind.

An dieser Stelle muss ich betonen, dass es oft recht schwierig war, im Wissenschaftsrat zu einem Konsens zu kommen. Man bedenke, dass es sich beim dritten Ausbaubericht nicht um einen Alleingang des SWR handelt, sondern um ein Gemeinschaftswerk, das in Zusammenarbeit mit den Sekretariaten der Hochschulkonferenz, der Erziehungsdirektorenkonferenz des Amtes für Wissenschaft und Forschung und den Redaktoren der verschiedenen Universitäten entstanden ist.

**Was soll mit der Studienreform erreicht werden?**

Die Studienreform soll nicht zuletzt dazu dienen, dass die angehenden Akademiker an den Universitäten Lehrgänge vorfinden, die sie nicht zu elitären Standesvertretern «erziehen». Die Akademiker sollen einen Berufsverband verkörpern, der sich seiner grossen Verantwortung gegenüber der Gesellschaft bewusst ist.

**Wird der Wissenschaftler und Akademiker heute nicht zur Verantwortung erzogen?**

Man darf nicht sagen, der Akademiker habe kein Verantwortungsgefühl. Im Gegenteil: Es gibt heute zahlreiche Wissenschaftler, die das Dilemma «Verantwortung und Freiheit» klar erkannt haben. (Mehr darüber in *Berner Universitätschriften*, Heft 19, «Die Verantwortung des Wissenschaftlers» 1976. Paul-Haupt-Verlag)

Es gilt aber zu bedenken, dass heute

viele Wissenschaftler als Spezialisten in einer Abgeschlossenheit arbeiten, die den Überblick über die Zusammenhänge der Forschung erschwert. Es ist deshalb ein Anliegen, durch interdisziplinäre Gespräche über Aspekte des Verhältnisses von Wissenschaft und Gesellschaft das Verständnis für eine ganzheitliche Lagebeurteilung zu wecken.

**Wann wird die Frage der Erwachsenenbildung aktuell?**

Die Studentenstatistiken zeigen, dass die Zahl der Studienanfänger nach 1984 wieder abnehmen wird. Die Intensität der Abnahme kann allerdings nicht vorherausgesagt werden. Die Lösung dieses Problems muss unsere erste Sorge sein.

**Wird die Erwachsenenbildung also erst in fünf Jahren aktuell?**

Wir müssen uns heute schon für den Fall rüsten, dass die Studentenzahlen zurückgehen und die Universitäten wieder über mehr Platz verfügen. Die Planung muss aber bald an die Hand genommen werden, damit man in der entsprechenden Zeitpunkt ein klares, wohlüberdachtes und realistisch Konzept aus der Schublade ziehen kann.

**Die Erwachsenenbildung stellt laut Ausbaubericht auch einen Beitrag an die rezessionsbedingten Schwierigkeiten dar. Was ist damit gemeint?**

Unter der Erwachsenenbildung kann man verschiedene Formen der «education permanente» verstehen. Weiterbildung im erlernten Beruf, Ausbildung zu neuen Berufen, und schliesslich die Selbstverwirklichung, d. h., Erwerb neuer Kenntnisse aus persönlichem Interesse und aus Liebe zur Sache. Vor allem die ersten zwei Formen können mit rezessionsbedingten Schwierigkeiten in Zusammenhang gebracht werden. Man denke an die rasch fortschreitende Entwicklung in allen Berufssparten und die Entschleunigung des Lebens. Den Arbeitswilligen soll durch angepasste Ausbildungsmöglichkeiten der Einstieg in neue Berufe erleichtert werden.

**Die Erwachsenenbildung sollte durch Umleitung von Geldmitteln aus entlastenden Bildungsbereichen finanziert werden. Welche Probleme stellen sich dabei?**

Zur Zeit könnte bereits aus dem primären Bildungsbereich Geld umgelenkt werden und z. B. in den Hochschulbereich und, vor allem später, in die Erwachsenenbildung gesteckt werden. Die Umleitung stösst aber jedes Mal auf Schwierigkeiten, da die beiden Bildungsbereiche nicht in allen Belangen dieselben Träger haben. Es müssen aber Regeln und Verfahren gefunden werden, um einen solchen Transfer von Mitteln zwischen Gemeinden, Kantonen und Bund möglich zu machen.

**Wieso berücksichtigte der SWR in seinem Bericht auch den ausseruniversitären Bildungsbereich? Sollte dabei schon etwas vorsondiziert werden, was mit den abgewiesenen Maturanden geschehen könnte?**

Der SWR war der Auffassung, mit dem dritten Ausbaubericht eine Gesamtschau des Bildungswesens zu bieten. Um dieser Anforderung gerecht zu werden, musste auch der ausseruniversitäre Bildungsbereich mitberücksichtigt werden.

Daraus folgt, dass der SWR nicht die Absicht hatte mit dem Einbezug des ausseruniversitären Bildungsbereichs die Möglichkeit für die Umleitung abgewiesener Maturanden zu prüfen. Im grossen und ganzen besteht für die Maturanden kein grosser Anreiz, in den ausseruniversitären Bildungsbereich einzusteigen. Ferner besteht auch kein Bedürfnis, diesen Bereich weiter auszubauen; man denke z. B. an die höheren technischen Lehranstalten, wo noch genügend Platz vorhanden ist. Das sind nur ein paar feingrammatische Hinweise. Ich lade alle interessierten Studenten ein, die Kurzfassung des 3. Ausbauberichts (ca. 50 Seiten) zu lesen. Sie kann beim Sekretariat des SWR, Postfach 2732, 3001 Bern, unentgeltlich bezogen werden.



**Der Bundesrat hat eine Kommission für Jugendfragen bestellt. Darin sind die Frauen mit 6 (auf insgesamt 25) Personen vertreten! Entspricht wohl der Geschlechterverteilung in der Bevölkerung?**

Auch bei der Expertenkommission für die Frage des Schwangerschaftsabbruchs waren 6 Frauen auf 31 Mitglieder (darunter ein Oberarzt der Armee). Daraus folgt: wo Armee, da Schwangerschaften. Und weiter: Der Bundesrat hat's mit den Frauen mit 6 (sprich: sex), oder ist das böswillige Unterschneidung?

**Noch eine Kommission: Eherecht. Na, wieviel Frauen sind wohl davon betroffen? Nach Kommissionsanteil ca. 33 Prozent, also 8 Frauen auf 23 Mitglieder.**

**Und nun zur Ausgewogenheit: In der Kommission für Frauenfragen dürfen gleich viele Frauen wie Männer sitzen. Schweren Herzens...**

Resolution des VSS zum Berufsbildungsgesetz

## Gesetz über Berufslehren undemokratisch

Das im April 1978 von den eidgenössischen Räten bereinigte neue Berufsbildungsgesetz über die berufliche Ausbildung, das im wesentlichen die Züge unternehmerischer Interessenspolitik trägt und die Berufsdürfnisse der an einer breiten und qualifizierten beruflichen Ausbildung interessierten Jugendlichen diametral entgegengesetzt ist, erhält in der aktuellen bildungspolitischen Situation besonders negatives Gewicht. Programmatische Bedeutung kommt speziell der neu verankerten *«Anerkennung»* zu, dies angesichts der zu erwartenden Tausenden von Schulabgängern, die bar jeglicher Chance eine vollwertige Berufslehre absolvieren zu können, einer düsteren Zukunft als Angelernte oder Ungelernte entgegenblicken müssen. Einerseits sollen durch diese die exportierten ausländischen Arbeitskräfte ersetzt, andererseits soll das Berufsbildungswesen auf eine vermehrt nur arbeitsplatzspezifische Ausbildung orientiert werden. - Untermauert wird diese Entwicklung zusätzlich durch das Einführen der auf ein schmales Berufsfeld fixierten *«Beruflehre»* und dem Verzicht auf die Forderungen des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, die schulischen und allgemeinbildenden Grundlagen der Lehrlinge über die Verlängerung der Berufsschulzeit auf vier Halbjahre auszubauen.

Anstelle einer gründlichen und breiten beruflichen Ausbildung für alle wird als Gegenpol zur Anerkennung die nur einer kleinen Minderheit zugängliche Berufsmittelschule endgültig sanktioniert. Aber auch die sich auf dem Hintergrund der wissenschaftlich-technischen Entwicklung ständig verändernden Berufsanforderungen verlangen auf allen Stufen des Bildungswesens, von der Berufsbildung bis zum Hochschulstudium, eine möglichst breite und vielseitige berufliche Qualifizierung, die ein möglichst flexibles Verhalten auf dem Arbeitsmarkt erlaubt und so eine drohende Dauerarbeitslosigkeit für den einzelnen vermeiden hilft.

Diese Differenzierungen in Breite und Qualität der verschiedenen Ausbildungen führen zu einer *«Hierarchisierung»* und damit zu *«neuen Klassen»* von Berufsleuten, die zudem gegeneinander ausgespielt und als Lohndrücker missbraucht werden können. Einer Entwicklung des Bildungswesens in Richtung horizontaler und vertikaler Durchlässigkeit, wie sie die demokratischen Kräfte seit langem fordern, werden die Wege verbaut.

Der VSS, der seit langem für ein ganzheitliches bildungspolitisches Denken eintritt, das die verschiedenen Teilbereiche des Bildungswesens in einem Gesamtzusammenhang betrachtet, wendet sich schärfstens gegen das Ausspielen von Lehrlingen gegen Studenten und umgekehrt. Eine Demokratisierung des Bildungswesens lässt sich nur unter gleichzeitigen Verbesserungen der Ausbildungsmöglichkeiten für alle erreichen.

Im Interesse einer der Möglichkeiten und Fähigkeiten jedes einzelnen entsprechenden Ausbildung lehnt der Verband der Schweizerischen Studentenschaften (VSS) deshalb das neue Berufsbildungsgesetz vehement ab und bekräftigt erneut seine aktive Unterstützung des vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB) konsequenterweise ergriffenen Referendums gegen das Gesetz.

Der VSS fordert alle Studentinnen und Studenten auf, sich an der Unterschriftensammlung für das Referendum zu beteiligen.  
Resolution verabschiedet vom 56. Delegiertenrat des VSS, 2. 6. 78

Der VSS-Delegiertenrat zur Ablehnung der Hochschulförderung

## Angemessener Ausbau des Bildungswesens

Das Schweizer Volk hat die Zustimmung zum neuen Hochschulförderungsgesetz (HFG) verweigert. Unerschiedliche Gründe mögen für diesen negativen Entscheidungsverantwortlich sein. Sicher spielen dabei das «Sparargument» und die Verkeimerung des universitären Milieus, wovon auch die Gegner der Vorlage nicht zurückgeschreckt sind, eine wichtige Rolle. Darüber hinaus muss der VSS aber auch feststellen, dass entgegen den vollen Beteuerungen der Vertreter der Bundesratsparteien, sie würden das HFG unterstützen, von dieser Seite keine adäquate Kampagne geführt worden ist. Der finanzielle Einsatz der Bundesratsparteien und anderer Stellen, die sonst grosse Summen auszugeben bereit sind, wenn es um bundesrätliche Vorlagen geht, war bescheiden. In weiteren Kreisen hat man sich nicht genügend Rechenschaft darüber abgeleitet, von welcher Tragweite diese Ausmarbung gewesen ist. Andererseits dürfen wir darauf hinweisen, dass der Einsatz der Studenten und ihrer Organisationen, gemessen an den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln, gross war. Der VSS aktiv eingesetzt haben.

16 000 neuen Studienplätze, die bis 1985 benötigt werden, sind nicht zu realisieren. Die zuständigen Behörden haben dafür die volle Verantwortung zu übernehmen.

Der VSS wird sich mit keiner Lösung einverstanden erklären, die den kommenden Studentengenerationen nicht mindestens die gleichen Bildungschancen bietet wie heute. Wie der VSS seit Jahren deutlich erklärt, ist für die Schweizer Studenten ein Numerus clausus unakzeptabel. Wir werden auch nach der Abstimmungsniederlage den Kampf gegen den offenen und versteckten Numerus clausus weiterführen und die dazu notwendige Mobilisierungsbemühungen in den Universitäten und Mittelschulen leisten. Jeder Versuch, das Abstimmungsergebnis zum Vorwand für Verschlechterungen im Studienbetrieb, im Stipendienwesen usw. zu nehmen, wird auf den Widerstand der Studenten stossen.

Der VSS ist bereit, auf breiterer Ebene die Diskussion über das «Anerkennungsgesetz» zu eröffnen, ohne dass es zu einem Ausverkauf der berechtigten studentischen Forderungen Hand bietet. Wenn wir klar an der Forderung nach einem angemessenen Ausbau des höheren Bildungswesens in der Schweiz festhalten, so tun wir dies nicht aus einer engstirnigen Interessenpolitik heraus, sondern indem wir das Bildungswesen als Gesamtheit betrachten und für dessen Demokratisierung eintritt, verdienen wir damit die Interessen breiterer Bevölkerungskreise und die Zukunft unseres Landes.

\*) Die Ablehnung der HFG-Kampagne des VSS sieht wie folgt aus:  
Aufwand: Abstimmungskosten, Postkarten, Poster, UNITESS-Press, Verwaltungskosten 24 611.35 Fr.  
Ertrag: Spenden (VSM, GESA, VSR, VSETH) 18 395.70 Fr. Rest 6215.65 Fr. aus VSS-Budget.

Der VSS ist der Ansicht, dass der negative Ausgang der Abstimmung nicht als Verdikt des Volkes gegen die Universitäten als solche ausgedeutet werden darf, dürfen doch vor allem finanzpolitische Überlegungen den Ausschlag gegeben haben - Überlegungen, die dem Volk in anderem Zusammenhang von denselben politischen Kräften nahegebracht werden, die sich diesmal zu einem lauen Ja durchringen konnten.

Welche Weise die auf die Universitäten zukommenden Probleme gelöst werden sollen, ist unklar: Es ist offen, wie die 12 000 bis

Zürich: Verwirrungen um Studentenschaft zu Ende?

## Eigene Interessen wahrnehmen

Von René Zeyer, KStR

Neuwahlen in die Gremien der Studentenschaft der Universität Zürich (SUZ) haben einige Klärung in die verworrene Situation um die Neuorganisation der Studentenschaft gebracht. Die Mehrheit der Studenten hat der abwartenden Politik des KStR (Kleiner Studentenrat, Exekutive), der zuletzt nur noch aus zwei Liberalen bestand, die sich um die Interessen der Studenten einen Deut kümmern, eine klare Absage erteilt. Der Wahlsieg der Linken in den GStR-Wahlen (Grosser Studentenrat, Legislative) hat bewiesen: Auch die Uni-Studenten sind der Ansicht, dass die Liberalen nicht mit zuviel politischer Verantwortung überfordert werden sollten. Der neue KStR besteht nun ausschliesslich aus linken Mitgliedern.

Der neugewählte KStR wird nur bis im Herbst 1978 amtieren. Dann soll die Neuorganisation der SUZ in Kraft treten. In diesem halben Jahr sind wichtige Vorentscheidungen über die zukünftige Struktur der Studentenschaft zu treffen, soweit sie von der Obrigkeit (Erziehungsdepartement, Regierungsrat) nicht schon vorentschieden worden sind.

### Schlagkräftige Interessenvertretung

Alle diese Entscheidungen werden einen gemeinsamen Nenner enthalten: Sie sollen garantieren, dass die Studentenschaft auch weiterhin eine *«schlagkräftige politische, soziale und kulturelle Interessenvertretung»* hat; keine Motzblude ist, von den Behörden als getarntes Überdruckventil eingebaut, sondern eine starke, finanziell und politisch unabhängige Organisation, die ungebeten manchen Herren in den Hintern treten kann, wenn es sein muss.

Um es hier nochmals klar auszudrücken: Eine sinnvolle Interessenvertretung ist nur unter den Bedingungen möglich, wie sie in der Vernehmlassung der SUZ zur Neuorganisation der Studentenschaft 1977 festgehalten sind: Satzungsautonomie, finanzielle Autonomie, freie politische Meinungsäusserung, direkte Verantwortlichkeit der Mandatsträger gegenüber ihren Wählern, gesetzliche Anerkennung der öffentlichen Rechte der Studentenschaft, Einheit von Dienstleistungen und politischer Interessenvertretung, enge Integration der Fachbereiche in die gesamtstudentische Organisation.

So wie der vom Senat verabschiedete Vorschlag zur Neuorganisation (Senatsmodell) heute aussieht, besteht keine Chance, dass auch nur eine dieser selbstverständlichen Voraussetzungen im neuen Modell der SUZ verwirklicht wird. Um einer damit drohenden völligen Kastration der Studentenschaft vorzubeugen, haben die linken politischen Gruppierungen an der Uni einen privatrechtlich organisierten Verein aufgebaut, den *«VU (Verband der Studierenden an der Uni)»* hervorgegangen aus dem Verein pro Studentenschaft (VPS), der seine Entscheidungen ohne die Gefahr eines behördlichen Eingreifens fällen und auch durchsetzen kann.

Der VU hat für die Wahlen in den Grossen Studentenrat (GStR) kandidiert und konnte einen *«Erdrussstiege»* verbuchen, kann aber haben die Studenten an der Uni klar *«ihren Willen»* ausgedrückt, auch in Zukunft über eine *«schlagkräftige Organisation»* zu verfügen, wenn nicht in Form der SUZ, dann eben als VU. Der KStR wird dieser Absichtserklärung politischen Inhalt verliehen.

**Dienstleistungen für alle?**

Da bedeutend mehr Studenten auf das Konto des VU eingezahlt haben, über-

nimmt er schon heute einen grösseren Teil der Finanzierung studentischer Dienstleistungen als die SUZ. Man darf dabei aber nicht übersehen, dass nur etwa 40 Prozent aller Studierenden ihren Beitrag entweder der SUZ oder dem VU eingezahlt haben, aber alle immatrikulierten Studenten Nutznieser der studentischen Dienstleistungen sind.

Und es gibt wohl kaum einen Studenten, der noch nie von einer solchen Dienstleistung profitiert hätte, am Uni-Kiosk, beim Lesen des «zürcher student», an einem Fest der Kulturstelle und *«Lini aufordern»*. Ihren Beitrag nachträglich einzubehalten, denn er will vorläufig noch nicht alle Gratsdienstleistungen von einem Mitgliederbeitrag bei SUZ oder VU abhängig machen.

### Die Aktivitäten der KStR

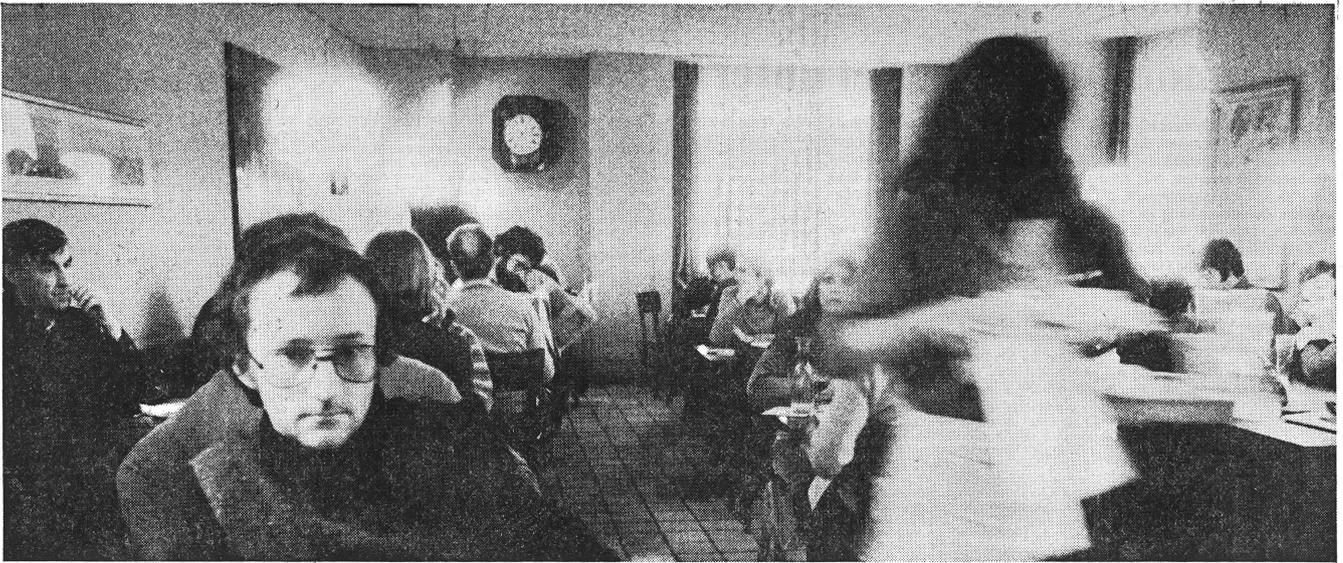
Da der KStR erst seit wenigen Wochen im Amt ist, kann er natürlich nicht ein fixiertes Programm der Aktivitäten auf den Tisch legen. Erste Umrisse zeichnen sich aber schon ab:

- Der KStR wird einen Schritt vorwärts zur Demokratisierung der Forschung und der Universität machen.

Durch eine Informationskampagne die Vorkurs an den Studenten und in der Öffentlichkeit abbauen.

Der KStR wird versuchen, dass zehn Jahre nach 1968 die damaligen Ereignisse nicht zu einer Nostalgievolle Anlass geben, sondern dass dort angeknüpft werden kann, wo den Leuten immer mal wieder der Schnauf ausging, bei der *«Bekämpfung der studentischen Letargie und Interesselosigkeit, beim Aufbau einer autonomen Studentenschaft, beim Versuch, Leben in die sterilen Hallen unserer Uni zu bringen.»*

**Denn auch heute noch gilt: Wer sich nicht organisiert, wird nicht wahrgenommen! Die eigenen Interessen kann man nur selber wahrnehmen!**



# Zürich hat jetzt eine Abendzeitung.

**Sie erscheint jeden Freitagmorgen.**

Sogenannte «Abendzeitungen» erscheinen normalerweise am Abend, berichten aber über das, was am Morgen geschehen ist.

Bei unserer Abendzeitung ist es umgekehrt: Sie erscheint an einem Morgen und berichtet über das, was am Abend geschieht. Und nicht etwa über das, was am gleichen Abend geschieht, sondern über Dinge, die sich erst an den Abenden der folgenden Woche ereignen. Hellschere!

Die Zeitung, die so viel über die Zukunft weiss, ist das neue «Wochenprogramm» des Tages-Anzeigers. Gemacht für Leute in und um Zürich, für die der Abend aus etwas anderem besteht, als in die Pantoffeln zu schlüpfen und müde zu sein.

Für Leute wie Sie, die noch Lust zum Ausgehen verspüren. Und die

über Filme, Theateraufführungen, Opern, Sinfoniekonzerte, Jazz-Sessions oder Kunstausstellungen mehr wissen wollen, als dass sie stattfinden.

Das einmalige an Zürichs neuer Abendzeitung ist freilich, dass man sie immer zusammen mit einer echten Morgenzeitung, dem Tages-Anzeiger, bekommt. Und den bekommen Sie nicht nur am Freitag, sondern sechsmal in der Woche. Mit Informationen über die grosse und die kleine

Politik, die Wirtschaft, die Kultur, den Sport. Und mit seinen Begleitern, dem grossen Stellen-Anzeiger am Dienstag und am Donnerstag und dem anspruchsvollen Magazin am Samstag.

Und noch etwas bekommen Sie, nur Sie: 30% Studentenrabatt.



**COUPON**

**30% Studentenrabatt.**

Ich möchte den Tages-Anzeiger, diese Morgen- und Abendzeitung, kennenlernen. Vorerst 2 Wochen lang gratis.

Ich möchte den Tages-Anzeiger abonnieren. Die ersten 2 Wochen sind gratis.

Ich wünsche folgende Zahlungsart:

monatlich Fr. 6.85       halbjährlich Fr. 38.90

vierteljährlich Fr. 19.65       jährlich Fr. 77.-

Name \_\_\_\_\_

Strasse \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_

Fakultät \_\_\_\_\_ 7411

Semester \_\_\_\_\_

Bitte ausschneiden und senden an: Tages-Anzeiger, Vertrieb, Postfach, 8021 Zürich